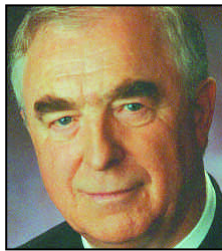




Tamara Bischof:

Die Familie ist unsere Zukunft

Beim „Tag der offenen Tür“ im Landratsamt Kitzingen plädierte die Landrätin für familien- und kinderfreundliche Rahmenbedingungen. **Seite 16**



Adolf Dingreiter:

Bewegung in Richtung Fortschritt

Deutschland ist aufgerufen, sich aus seiner Erstarrung zu lösen, so der langjährige Abgeordnete. Leistung und Mut müssen sich wieder lohnen. **Seite 12**



Dieter Thallhammer:

Wissenswertes in Sachen Transrapid

Um objektive Aufklärung zum Thema Magnetschwebebahn bat der Freisinger Oberbürgermeister bei einer BMG-Dialogveranstaltung. **Seite 13**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 2. Dezember 2004

55. Jahrgang / Nummer 23

Fremdenverkehr als Zukunftspotenzial

Innovationspreis für Angebotsgestaltung zum vierten Mal vergeben
Wieder positive Grundstimmung im Reisemarkt

Um den Tourismus im Freistaat weiter zu fördern, hat Bayern zum vierten Mal seinen Innovationspreis für Angebotsgestaltung im Tourismus vergeben. Denn der Tourismus ist und bleibt für Bayern ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und eine Wachstumsbranche mit großen Zukunftspotenzialen, zumal sich im deutschen Reisemarkt wieder eine positive Grundstimmung abzeichnet.

Für 2004 und 2005 wird von Fachleuten dem Europa-Tourismus ein reales Marktwachstum von fünf Prozent pro Jahr prognostiziert, und in den Folgejahren bis 2010 von durchschnittlich drei bis vier Prozent. Bayern hat nach Aussage seines Wirtschaftsministers Otto Wiesheu gute Chancen, an diesem Wachstum zu partizipieren. Um diese Chancen wahrzunehmen, fördert der Freistaat auf vielfältige Weise die Aktivitäten der Branche, so außer durch den Innovationspreis durch Betriebsvergleiche und durch den Ratgeber, wie sich Hotellerie und Gaststättengewerbe besser auf ausländische Gäste einstellen können.



Sinner ein 60er

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat Europaminister Eberhard Sinner zu dessen 60. Geburtstag gratuliert. Dabei würdigte Stoiber besonders Sinners große Sachkenntnis, Überzeugungskraft und Verlässlichkeit, mit der der Minister stets die berechtigten Interessen Bayerns vertritt, ohne die notwendige europäische Integration aus den Augen zu verlieren. Stoiber würdigte auch die Verdienste Sinners als früherer Verbraucherschutzminister, der, als der Sturm der BSE-Krise über Bayern hereinbrach, sofort zur Stelle war, im neuen Ministerium das Steuer zu übernehmen. Als Ressortchef habe Sinner dem Gütesiegel „Qualität aus Bayern“ neue Glaubwürdigkeit verliehen. Im Landtag vertritt Eberhard Sinner den Stimmkreis Main-Spessart.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Marketingpaket Die Sieger beim Innovationswettbewerb erhalten ein Marketingpaket der Bayern Tourismus Marketing GmbH im Wert von je 10.000 € Preissträger waren in der Kategorie „Gesundheit & Wellness“ das Hotel Angerhof in St. Englmar („Angerhof Klang-

Marketingpaket

Wettbewerb erhalten ein Marketingpaket der Bayern Tourismus Marketing GmbH im Wert von je 10.000 € Preissträger waren in der Kategorie „Gesundheit & Wellness“ das Hotel Angerhof in St. Englmar („Angerhof Klang-

Bayerischer Städtetag:

Ja zur Verstaatlichung kommunaler Schulen

Auf große Zustimmung ist beim Bayerischen Städtetag der Beschluss des CSU-Parteitages gestoßen, kommunale Schulen auf Antrag zu verstaatlichen. Seit über 30 Jahren liegen dem Kultusministerium Verstaatlichungsanträge vor.

Wegen der schlechten Finanzlage der Städte hat sich die Zahl der Anträge in kurzer Zeit von rund 40 auf mehr als 85 Anträge verdoppelt. Der Grund für diese Entwicklung sind die völlig unzureichenden Personalkostenzuschüsse des Staates, die vielfach nicht einmal die Hälfte der tatsächlichen Kosten decken. Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, rechnet vor: „Die Kommunen mit eigenen Schulen entlasten den Freistaat Bayern um rund 200 Millionen Euro im Jahr“. Einen Zwang zur Verstaatlichung der kommunalen Schulen lehnt der Städtetag ab. Für Kommunen, die ihre Schulen behalten wollen, fordert er realitätsnahe Personalkostenzuschüsse.

Beitrag zur Qualifizierung

In Bayern gibt es rund 420 kommunale Schulen. Ein Viertel aller Schulen im beruflichen Bereich sind kommunale Schulen. Sie leisten mit ihrer Ausbildung einen wichtigen Beitrag zur Qualifizierung junger

welten“), in der Kategorie „Lust auf Natur“ der Tourismusverband Franken („Frankenweg - vom Rennsteig zur Schwäbischen Alb“), in der Kategorie „Kunst, Kultur & Feste“ die Regio-Augsburg Tourismus GmbH („Die Mozartstadt Augsburg“), in der Kategorie „Städte und Rundreisen“ das Romantik Hotel Goldene Traube in Coburg („Coburg in 3 Tagen“), in der Kategorie „Familienurlaub“ die Tourist-Information Siegsdorf („Ein Tag in der Steinzeit für die Familie in Siegsdorf“) und schließlich in der Kategorie „Fußball-Land Bayern“ der Campingpark Gitzenweiler Hof in Lindau („Fußballcamp für 8- bis 14-Jährige“).

Ein Fünftel in Bayern

Der Tourismus in Bayern erwirtschaftet im Jahr einen Bruttoumsatz von knapp 19 Mrd. € Mit 19,7 % wird nahezu ein Fünftel der touristischen Wertschöpfung in Deutschland damit in Bayern erwirtschaftet. Mit großem Abstand folgen Nordrhein-Westfalen (14,9 %), Baden-Württemberg (12,4 %) und Niedersachsen (10,2 %). Im Freistaat ist das Einkommen von mehr als 420.000 Menschen

Menschen und steuern damit auch der wachsenden Arbeitslosigkeit entgegen.



Während des CSU-Parteitages besuchte Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber auch den Stand der Bayerischen Gemeindezeitung. Unser Bild zeigt den CSU-Parteivorstehenden zusammen mit GZ-Repräsentantin Margit Spenninger und Jochen Glaser vom Verlag Hütig Jehle Rehm, der das neueste Werk von Landtagspräsident Alois Glück, Prof. Dr. Holger Magel und Dr. Thomas Rübke „Neue Netze des Bürgerschaftlichen Engagements - Stärkung der Familien durch ehrenamtliche Initiativen“ vorstellte. Foto: Bertele



„Kreative Ideen, innovative Angebote, hohe Service- und Produktqualität und professionelles Marketing sind für die Zukunft des bayerischen Tourismus entscheidend“, sagte Dr. Otto Wiesheu bei der Verleihung des Innovationspreises. Unser Bild zeigt den Minister (2. v. r., hintere Reihe) gemeinsam mit den Preisträgern, die ausgezeichnet wurden für mehr als 500 km zertifizierten „Premiumwanderweg“ durch schönste Naturlandschaften in Franken. Der neue Wanderweg ist das Ergebnis der Zusammenarbeit der drei Wandervereine (Frankenwaldverein, Fränkische Schweiz-Verein, Fränkische Alb-Verein) und des Tourismusverbands Franken mit seinen Feriengebieten Frankenwald, Oberes Maintal - Coburger Land, Fränkische Schweiz, Frankenalb, Naturpark Altmühltal und Fränkisches Seenland. Foto: Frankentourismus

vollständig vom Tourismus abhängig. In den vergangenen zehn Jahren hat das Bayerische Wirtschaftsministerium zur Qualitätsverbesserung rund 360 Mio. € für die Gewerbeförderung und circa 213 Mio. € für die Kom-

munalförderung ausgegeben. Damit wurde nach Wiesheu Darstellung ein Investitionsvolumen von insgesamt etwa 2 Mrd. € ausgelöst und rund 4.700 neue Arbeitsplätze geschaffen sowie fast 18.000 bestehende gesichert.

Bayern ist bestrebt, seine starke Position und seine Wettbewerbsvorteile zu festigen, auszubauen und Wachstumsspielräume auszunutzen. Der Freistaat ist nach wie vor das innerdeutsche Reiseziel Nummer 1.

Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu:

Jahresgutachten von Skepsis und Kritik geprägt

München. „Nach den führenden Forschungsinstituten warten auch die „Fünf Wirtschaftsweisen“ mit insgesamt unbefriedigenden Prognosen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2004/2005 auf: Der Aufschwung in Deutschland droht zu Ende zu gehen, bevor er richtig begonnen hat.“

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt besorgniserregend. Zudem wird die Bundesregierung im nächsten Jahr trotz immer abenteuerlicherer Methoden von Finanzminister Eichel, an Geld zu kommen, voraussichtlich zum vierten Mal in Folge gegen das 3-Prozent-Maastricht-Kriterium verstoßen. Skepsis und Kritik prägen das Gutachten“, so Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu zum Jahres-

gutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage.

Nach einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,8 Prozent heuer erwarten die Fünf Weisen für 2005 nur mehr 1,4 Prozent.

Wiesheu: „Das ist nicht nur deutlich weniger als die von der Bundesregierung erhofften 1,7 Prozent, sondern reicht vor allem erneut nicht, um in Deutschland neue Arbeitsplätze entstehen zu lassen. Daran wird sich nichts ändern, solange die Bundesregierung nicht durch weitere mutige Reformen im Steuerrecht, in den Sozialsystemen und auf dem Arbeitsmarkt einerseits die kraftlose Binnennachfrage ankurbelt und andererseits die Beschäftigungsschwelle des Wachstums in Richtung 1 Prozent drückt.“

Souveräne Spitzenposition

Bayern hat seine Spitzenposition als führendes deutsches Urlaubs- und Tourismusland „soverän behauptet und ausgebaut“. (Fortsetzung auf Seite 4)



Die Einstellung zu Rauchen ist reichlich schizophren, findet die Vorzimmerperle. Hierzulande wird keine Gelegenheit ausgelassen, das Rauchen zu brandmarken; wenn aber weniger Glimmstengel gekauft werden, geht sogleich ein Wehgeschrei ob des Steuerausfalls los. Schon Winston Churchill meinte: „Man soll dem Leib etwas Gutes tun, damit die Seele Lust hat, darin zu wohnen.“ S. 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Parallelgesellschaften gescheitert	2
Rettungsdienst braucht selbst Hilfe	2
Huber zieht Zwischenbilanz der Verwaltungsreform	2
GZ-Kolumne Maximilian Gaul: Feiertage sind Teil unserer Sozial- und Bürgerkultur	3
Saubere Ideen für Kläranlagen	3
GZ-Fachthemen:	
Wasser, Abwasser, Grundwasser, Hochwasser	3 - 7
Umwelt- und Abfalltechnik	8/9
Kommunalfahrzeuge	10/11
Kommunales Verkehrswesen/ÖPNV	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Stoiber zum Verhältnis von Deutschen und ausländischen Mitbürgern:

Parallelgesellschaften gescheitert

Forderung nach mehr Integration und Anerkennung der deutschen Wertordnung
Beckstein fordert stärkeres und deutlicheres Bekenntnis gegen islamistischen Terror

Die schrecklichen Vorfälle in Holland zeigten, dass die Idee der Parallelgesellschaften, bei der einheimische und ausländische Mitbürger nebeneinander in völlig verschiedenen Welten leben, gescheitert ist, unterstrich Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber in der Kabinettsitzung. „Die multikulturelle Gesellschaft fördert letztlich Intoleranz und gegenseitiges Unverständnis. Sie ist eine im Kern kalte und gefährliche Gesellschaft. Statt die falsche Entwicklung von Parallelgesellschaften zu dulden, ist wesentlich mehr Integration ausländischer Mitbürger in unserer Gesellschaft und die Anerkennung der deutschen Wertordnung durch die hier lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger notwendig“, erklärte Stoiber.

Dies sei der einzig richtige Weg im Verhältnis von deutschen und ausländischen Mitbürgern. Nur die Integration, beginnend beim Erlernen der deutschen Sprache, fördere das gegenseitige Verständnis, die Toleranz und das Miteinander von Mitbürgern aus verschiedenen Kulturkreisen in Deutschland.

Multi-Kulti gescheitert

Stoiber erklärte, die Anhänger von Multi-Kulti bei Rot-Grün seien gescheitert. Der schwierige und unbequemere Weg einer verstärkten Integration, wie ihn CDU und CSU seit Jahren einfordern, sei ohne Alternative und der einzig richtige Weg. Stoiber kündigte an, dass das richtige Verhältnis im Zusammenleben von deutschen und ausländischen Mitbürgern neben allen wichtigen ökonomischen Fragen die politische Diskussion in Deutschland in den nächsten Wochen und Monaten ganz entscheidend prägen werde.

Signale gegen Terror und Gewalt

Nach der Großkundgebung der Türkisch-Islamischen Union rief Innenminister Dr. Günther Beckstein die in Deutschland lebenden Muslime auf, sich künftig stärker und deutlicher von gewaltbereiten Islamisten zu distanzieren, die oftmals nur unter dem Deckmantel des Islam terroristische Gewaltakte rechtfertigen wollten. Beckstein forderte nach der Demonstration an der er selbst als Redner teilgenommen hatte, weitere klare Signale

gegen Terror und Gewalt und für ein tolerantes und friedliches Miteinander in unserem Land. Der Minister betonte, dass die überwältigende Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime friedliche und rechtstreu Bürger sind, die Gewalt und Terror verabscheuen.

Signal für Deutschland

Eine pauschale Verurteilung des Islam und gar seine Gleichsetzung mit Terrorismus dürfe deshalb in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. „Auf der Kölner Großkundgebung hat eine Vielzahl von Muslimen deutlich gemacht, dass sie von islamistisch motivierter Gewalt nichts halten und auf dem Boden der Werteordnung unserer Verfassung stehen. Dieses Signal muss überall in Deutschland von Berlin über München bis nach Hamburg verstärkt werden.“

Integrationsangebote

Beckstein appellierte an alle ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, von den zahlreichen Integrationsangeboten in Deutschland stärker Gebrauch zu machen und insbesondere alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die deutsche Sprache zu erlernen. Sprachkenntnis sei der Schlüssel für eine echte Teilhabe am gesellschaftlichen, beruflichen und wirtschaftlichen Leben in Deutschland. Darüber hinaus gilt: „Wer auf Dauer bei uns leben will, muss sich nach besten Kräften in das rechtliche, politische und gesellschaftliche Umfeld einfügen. Er muss die Wer-

teordnung unserer Verfassung anerkennen und respektieren. Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist der Dreh- und Angelpunkt unseres Staates. Dazu gehört vor allem die Garantie der Menschen- und Bürgerrechte für Männer und Frauen gleichermaßen, Demokratie, Toleranz und Pluralismus. Auf dieser Basis kann sich jeder Bürger entfalten und sein Leben verwirklichen. Wer dagegen eine „Todes-Fatwa“ ausspricht, handelt kriminell und stellt sich außerhalb unserer Werte- und Verfassungsordnung.“

Anspruch auf Sicherheit

Weiter forderte Beckstein dazu auf, die Sicherheitsbehörden zu informieren, wenn hier lebende Muslime von gefährlichen Umtrieben gewaltbereiter Islamisten Kenntnis erlangen. „Gefährder etwa im Umfeld des Terrornetzwerkes Al Qaida oder auch Hassprediger, die in Moscheen versuchen, Muslime in Deutschland aufzuheizen und zu indoktrinieren, haben in unserem Land nichts zu suchen. Ausländer, die sich nicht an die Spielre-

Diskussion um PISA-Studie:

Bulmahn liefert unbrauchbare Rezepte

Bayern weist Vorschläge des Bundes als völlig unbrauchbar zurück
Rot-grüne Bildungspolitiker haben Misere an deutschen Schulen herbeigeführt

Bayern weist die Vorschläge von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn zu Konsequenzen aus der neuen PISA-Studie als völlig unbrauchbar zurück. Ministerpräsident Stoiber: „Die Bildungspolitiker von Rot-Grün und ihre falschen Experimente haben die Misere an vielen deutschen Schulen ganz wesentlich mitverursacht. Die letzte PISA-Studie, die im Jahr 2002 deutschlandweit aufgeschlüsselt wurde, hat ganz eindeutig gezeigt, dass die Schüler in Bayern, in Baden-Württemberg und Sachsen den internationalen Qualitätsmaßstäben voll entsprechen, während der deutsche Durchschnitt leider nur schlechtes Mittel ist und auf den hinteren Plätzen rangiert.“

Dies liege nicht etwa daran, dass die Schüler im Norden weniger intelligent wären als die Schüler im Süden. Dies liege allein daran, dass SPD und Grüne seit den siebziger Jahren keine leistungsorientierte Bildungspolitik betreiben und zwar auf Kosten der Schüler. Es würde den Bock zum Gärtner machen, wenn ganz Deutschland jetzt den falschen bildungspolitischen Lösungen der rot-grünen Politiker in Berlin und in anderen Ländern folgen müsste. Deswegen würde eine Zentralisierung der Bildungspolitik nach rot-grünem Muster zu Lasten der Qualität in den südlichen Bundesländern gehen, so Stoiber. „Eine Zentralisierung der Bildungspolitik wird es nicht geben. Nur der seit der PISA-I-Studie in Gang gekommene stärkere Wettbewerb wird die Bildungsqualität in ganz Deutschland steigern.“

Bayern unter Top Ten

Kultusministerin Monika Hohlmeier wies darauf hin, dass die deutschlandweite Auswertung der letzten PISA-Studie im Jahr 2002 mit den Themen Lesen und Textverständnis ergeben hat, dass die Schülerinnen und Schüler in Bayern als einzige in Deutschland auch im internationalen Vergleich unter den Top Ten beim Bildungsniveau in der Welt liegen. Hohlmeier: „Im nächsten Jahr erfolgt die deutschlandweite Auswertung der neuen PISA-Studie mit dem Schwerpunkt Mathematik.“ Stoiber: „Wie bei der letzten PISA-Studie setze ich auch bei der neuen PISA-Studie mit dem Schwerpunkt Mathematik auf ein positives Abschneiden der Schülerinnen und Schüler in Bayern.“ Wissenschaftsminister

Rettungsdienst braucht selbst Hilfe

Beckstein legt im Landtag Ergebnisse einer Studie vor
Situation insgesamt gut, jedoch Unterschiede zwischen Stadt und Land

Die Situation des Rettungsdienstes in Bayern ist nach Ansicht aller Fraktionen im Landtag vor allem in ländlichen Gebieten verbesserungsbedürftig. Innenminister Dr. Günther Beckstein hat dazu im Innenausschuss erklärt, man könne Einsparpotenziale nutzen, Versorgungslücken schließen und die Hilfsfristen optimieren. Grundsätzlich soll niemand länger als 12, ausnahmsweise 15 Minuten auf Rettung bzw. ärztliche Hilfe warten müssen. Der Landtag wird darüber nächstes Jahr weiter beraten.

Der Innenminister hatte für 6,7 Millionen Euro eine Trend- und Strukturanalyse im Rettungsdienst (TRUST) anfertigen lassen, die jetzt im Innenausschuss erörtert wurde. Sechs Jahre sind Daten von 600.000 Notfällen in Bayern erhoben worden. Insgesamt funktioniere der Rettungsdienst gut, ist das Ergebnis. Zwischen Stadt und Land, vor allem in strukturschwachen Gebieten, gebe es jedoch große Unterschiede. In 195 Gemeinden wurden durchschnittliche Fahrzeiten von mehr als 12 Minuten ermittelt - was zum Beispiel für Infarktpatienten fatal sein könne. Insgesamt fordert TRUST Änderungen bei fast jedem dritten der zusammen 317 Rettungsstandorte. An 42 sollen mehr Notarztwagen sta-

tioniert werden, vier Rettungswachen sollen geschlossen, zehn neue andernorts eingerichtet werden. So könnten bei der Rettung 1,6 Millionen Euro und beim Krankentransport 5,5 Millionen Euro jährlich gespart werden.

Beckstein setzte sich im Ausschuss dafür ein, eine Strukturreform des Rettungsdienstes zu Gunsten der ländlichen Gebiete durchzuführen, was zu Lasten der übersorgten Städte gehen müsse. Durch Anpassung an den wirklichen Bedarf an Rettungsfahrzeugen könne die Effizienz des Rettungswesens gesteigert werden, das jährlich über 300 Millionen Euro kostet.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Helga Schmitt-Bussinger (SPD) meinte, die Studie sei mit 6,7 Millionen Euro zu teuer gewesen und hätte nur nach Ausschreibung in Auftrag gegeben werden sollen. TRUST habe keine wesentlich neuen Erkenntnisse gebracht. Die Ergebnisse würden auch von der Arbeitsgemeinschaft der Rettungsdienste in Zweifel gezogen. Es sei fraglich, ob die von den Kostenträgern geforderten Einsparungen überhaupt möglich seien. Christine Kamm (Grüne) fand es erschreckend, dass es noch immer „weiße Flecken“ in Bayerns Notfallversorgung gebe. **rm**

geln unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung halten, missbrauchen ihr Gastrecht. Sie müssen Deutschland so schnell wie möglich verlassen“. Zugleich machte Beckstein klar, dass auch Muslime einen An-

spruch haben, sich in Deutschland sicher zu fühlen wie alle anderen Bürger: „Wer es wagt, den sozialen Frieden etwa durch Anschläge auf Moscheen zu stören, wird die ganze Härte des Gesetzes spüren“.

den Volksschulen im neuen Schuljahr noch einmal um fast ein Drittel auf 220 gestiegen.

Sprachstandsdiagnose

Mit Einführung der Sprachstandsdiagnose bei der Einschulung im Jahr 2002 und inzwischen fast 340 Vorkursangeboten für 2.800 Kinder könnten sprachliche Defizite von Kindern bereits frühzeitig ausgeglichen werden. An den Hauptschulen sei die Zahl der Praxisklassen noch einmal auf ca. 100 erhöht worden. Mit der Einführung der Intensivierungsstunden im achtjährigen Gymnasium sei eine stärker individuelle Förderung möglich geworden. „Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und wir werden auf unsere Weise weiter daran arbeiten, die Qualität von Schule und Bildung zu steigern“, sagte die Kultusministerin. **sz**

Kindergärten sowie weitreichenden Reformen in allen Schularten verstärkte Bayern die Förderung leistungsschwächerer ebenso wie leistungsstärkerer Kinder und Jugendlicher. Insbesondere seien die Angebote ganztägiger Förderung weiter ausgebaut worden. Auch in die Sprachförderung werde nachhaltig investiert. Beispielsweise sei die Zahl der Sprachlernklassen an

Huber zieht Zwischenbilanz der Verwaltungsreform

11.000 Beamtenstellen und 550 Millionen Euro jährlich eingespart / 200 Ämter werden aufgelöst

Als „großartigen gemeinsamen Erfolg von Staatsregierung und CSU-Landtagsfraktion“ bezeichnete Verwaltungsreformminister Erwin Huber die Entscheidungen von CSU-Landtagsfraktion und Staatsregierung zur Verwaltungsreform. Huber: „Wir haben alle Ziele erreicht, die wir uns mit dem Projekt „Verwaltung 21“ vorgenommen haben: Der Staat wird schlanker, weil wir mit Verwaltungsreform und Arbeitszeitverlängerung 11.000 Beamtenstellen und öffentlich Bedienstete im Freistaat einsparen und den Haushalt jedes Jahr um 550 Millionen Euro entlasten. Wir lösen mehr als 200 Ämter und Dienststellen auf und schaffen effiziente und straffe Strukturen, die auch in 20 und 30 Jahren noch Bestand haben. Und wir organisieren unsere Verwaltung auch über Ressortgrenzen hinweg als „Unternehmen Bayern“, in dem viele Räder ineinander greifen.“

Zugleich kündigte Huber an, dass im Dezember die Entscheidungen zur Reform der Schulverwaltung und der Polizeiverwaltung folgen werden. Die fachlich fundierten und auch unter Kosten-Nutzen-Aspekten sorgfältig erarbeiteten Reformvorschläge der Ressorts seien in einem mehrmonatigen Diskussionsprozess zu einem geschlossenen und stimmigen Gesamtkonzept aus einem Guss weiter entwickelt worden. Mit dieser ergebnisoffenen und intensiven Diskussion sei die Grundlage für die große Geschlossenheit bei den Entscheidungen von Staatsregierung und Fraktion gelegt worden.

Im Interesse des Landes

Huber: „Das ist deswegen besonders bemerkenswert, weil gerade bei Standortentscheidungen jeder Abgeordnete auch die besonderen Anliegen und

Interessen aus seinem eigenen Stimmkreis mit berücksichtigen muss. Deswegen sind die Entscheidungen manchem Abgeordneten sicher nicht leicht gefallen. Am Ende stehen Ergebnisse, die eindeutig im Interesse des gesamten Landes sind. Das spricht für die große Entschlossenheit und die große Gestaltungskraft der CSU-Landtagsfraktion.“

Mehr Kompetenzen vor Ort

Wie Huber ankündigte, werden in den nächsten Wochen die letzten Entscheidungen zum Paket Zwei fallen. Mit der Reform der Schulverwaltung wird sich die Fraktion abpragemeß Anfang Dezember befassen. Die Staatsregierung schlägt vor, mehr Kompetenzen auf die Schulämter vor Ort zu verlagern und die Eigenverantwortung der Volksschulen und ihrer Leitungen zu stärken. **sz**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Sturm
86559 Adelshausen
am 11.12.
Bürgermeister Gottlieb Mai
91085 Weisendorf
am 14.12.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Gerd Hoffmann
86938 Schondorf a. Ammersee
am 18.12.65

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Aicher
84550 Feichten
am 7.12.
Bürgermeister Georg Birner
95490 Mistelgau
am 7.12.

Bürgermeister Gerhard Jäger
96179 Rattelsdorf
am 11.12.

Bürgermeister Karl Köhler
91080 Uttenreuth
am 11.12.
Bürgermeister
Arnold Markert
63825 Sommerkahl
am 17.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Günther Holler
92549 Stadlern
am 9.12.
Bürgermeister
Herbert Schneider
96328 Küps
am 10.12.

Bürgermeister Josef Mannes
89426 Mödingen
am 10.12.

Bürgermeister
Johann Weinzierl
84056 Rottenburg a. d. Laaber
am 12.12.

Bürgermeister
Martin Kiermeyer
84089 Aiglsbach
am 19.12.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Reinhard Glaser
63776 Mörnbris
am 8.12.

Bürgermeister
Josef Gutmiedl
94133 Röhrnbach
am 15.12.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gottfried Härtl
95688 Friedenfels
am 9.12.

Oberbürgermeister
Dr. Bernhard Gmehling
86633 Neuburg a. d. Donau
am 10.12.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Georg Menninger
97618 Hollstadt
am 11.12.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Christoph Göbel
82166 Gräfelting
am 19.12.

Lechwerke als Dienstleister für Kommunen in Bayerisch-Schwaben:

Saubere Ideen für Kläranlagen in der Region

Vorstandsmitglied Paul Waning: Maßgeschneiderte Angebote An die Wassercharta des Europarates erinnert / Einladung zum Dialog

Augsburg (jdt). Positiv wird in der Führungsspitze der Lechwerke AG Augsburg das steigende Interesse der Kommunen an den Energiedienstleistungen der LEW zum Beispiel bei der Betriebsführung von Kläranlagen registriert. Paul Waning, Vorstandsmitglied der Lechwerke, zeigte sich in einem Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung überzeugt davon, dass das Konzept des Unternehmens „Saubere Ideen für Ihre Kläranlage“ auf große Anerkennung bei den Kommunen stößt.

Von Waning wird hervorgehoben: „Die Lechwerke verstehen sich als Partner der Kommunen bei der Stromversorgung und seit 1998 genauso als Partner und Dienstleister bei den vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben der Abwasserbeseitigung“. In den Vordergrund gerückt wird bei den Lechwerken dabei auch die Grundsatzklärung aus der „Wassercharta des Europarates“. Darin heißt es richtungweisend „Ohne Wasser gibt es kein Leben, Wasser ist ein kostbares, für den Menschen unentbehrliches Gut“.

Baustein-Konzept

Waning stellt heraus, dass die Lechwerke bei ihrem Baustein-Konzept für die Kläranlagen in der Lage seien, Städten und Gemeinden „maßgeschneiderte Angebote für die Betriebsführung“ zu bieten. Die wichtigsten Vorteile für die Kommunen ließen sich in vier Punkten zusammenfassen:

- ☞ Alle Leistungen sind flexibel wählbar im Baustein-Konzept.
- ☞ Es gibt hoch qualifizierte Mitarbeiter auf allen Ebenen.
- ☞ Lösungen für wachsende gesetzliche und arbeitsrechtliche Anforderungen stehen bereit.
- ☞ Technische, organisatorische und kaufmännische Optimierung sind das Ziel.

Bei den Gemeinden, die den vielfältigen Kundendienst der Lechwerke im Bereich der Kläranlagen schon nutzen, wird von Bürgermeister - wie bei Rückfragen bestätigt - festgestellt, dass die Zusammenarbeit mit LEW eine sehr beruhigende Sicherheit biete gerade im Hinblick auf die strengen gesetzlichen Anforderungen.

Betriebstechnik

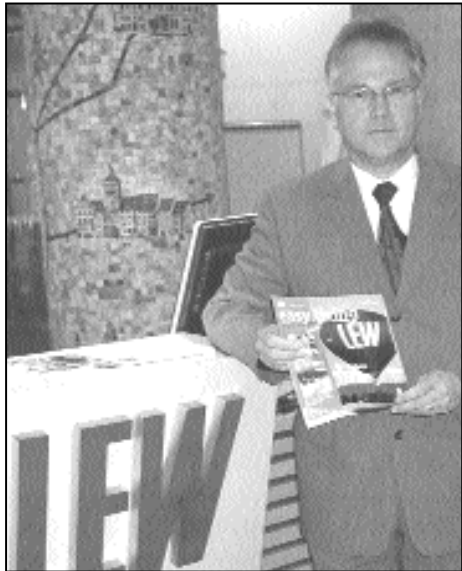
Einzelnen oder im sogenannten „Paket“ stehen nach dem Baustein-Prinzip folgende LEW-Leistungen im Sektor „Betriebstechnik“ zur Verfügung:

- ☞ Unterstützung oder Durchführung der Eigenüberwachung mit analytischer Qualitätssicherung,
- ☞ regelmäßige Auswertung der Betriebsdaten anhand einer LEW-eigenen Software, die individuell auf die Kläranlage zugeschnitten wird,
- ☞ Organisation von Klärschlammabgaben (Betreuung der Klärschlammanalyse, Bodenproben, Ausstellung von Lieferscheinen in der Datenbank des Landesamtes für Umweltschutz)
- ☞ Durchführung von Wartungs- und Reparaturarbeiten,
- ☞ sicherheitstechnische Einweisung durch LEW-Experten,
- ☞ Schulung und Weiterbildung der Mitarbeiter,

Betriebsorganisation

- ☞ Erstellung von Jahresberich-

- ☞ Darstellung der Kläranlagen-Kosten für den Haushaltsplan,
- ☞ Entwicklung eines individu-



Vorstandsmitglied Paul Waning von den Lechwerken betont: „Wir haben saubere Ideen für die Kläranlagen in der Region“.

leistungsunternehmen entwickelt“, zeigt sich Waning optimistisch. Seit 1998 bieten die Lechwerke auch die technische und/oder kaufmännische Betriebsführung von kommunalen Kläranlagen an. Entsprechende Erfahrung und Kompetenz zum Vorteil der Kommune und somit deren Bürgern ist vorhanden. Die Kläranlagen werden nach den Wünschen der Kommune betreut bei gleichzeitiger Einhaltung aller gesetzlichen Anforderungen. Die Lechwerke können auf ein qualifiziertes Team aus Ingenieuren (Chemie, Maschinenbau mit Fachrichtung Umwelt- und Verfahrenstechnik), Meistern und Klärfacharbeitern zurückgreifen. Die wachsenden sicherheitstechnischen und gesetzlichen Anforderungen an den Betrieb von Kläranlagen sind für die Profis der Lechwerke kein Problem.

24-Stunden-Service

Waning stellt zudem heraus, dass von den Lechwerken ein hohes Maß an Flexibilität geboten werden könne, entsprechend dem Bedarf jeder Kommune. Nach deren Vorstellungen und Bedürfnissen biete man ein individuelles Personalangebot mit

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

ellen Betriebshandbuchs,

- ☞ Organisation eines 24-Stunden-Bereitschaftsdienstes mit Facharbeitern und Ingenieuren,
- ☞ Optimierungsvorschläge (zum Beispiel für bessere Ablaufwerte, Einsparung von Betriebsmitteln / Kosten etc.),
- ☞ Kontakt zu den Genehmigungsbehörden in enger Abstimmung mit den Gemeinden.

Fairer Preis

Darüber hinaus würden, so Vorstandsmitglied Waning, individuelle Wünsche im Rahmen der gesetzlichen Anforderungen erfüllt. „Auch bieten wir professionelle Leistung zu einem fairen Preis“, betont Waning. Hingewiesen wird von Paul Waning auf den starken Rückhalt der Lechwerke in der Region Bayerisch-Schwaben mit Randgebieten zu rund 275 direkt versorgten Kommunen als Stammkunden. Hier habe sich ein sehr stabiles Vertrauensverhältnis zum Dienstleister LEW entwickelt.

Langjährige Erfahrung

„Wir besitzen langjährige Erfahrung in der sicheren und zuverlässigen Stromversorgung von Kommunen. Durch die Offenheit für innovative Wege und Produkte haben wir uns zu einem modernen Energie-Dienst-



Der frühere Bürgermeister und jetzige Landrat Leo Schrell, Dillingen, ist voller Lob für die Lechwerke: „Seit 1998 machen wir mit den Lechwerken als Betriebsführer der Kläranlage in Buttenwiesen sehr gute Erfahrungen. Es sind sehr kompetente Mitarbeiter vor Ort und wir erhalten alle Leistungen zu einem fairen Preis. Letztendlich kommt das über die Gebühren wieder unseren Bürgerinnen und Bürgern zugute“. Bilder: -jdt-

hoher Flexibilität hinsichtlich Zeitpunkt und Dauer. Im Angebot habe das Unternehmen zum Beispiel einmalige Urlaubsvertretungen bis hin zum 24-Stunden-Service, ebenso kurzfristige Vertretungen in Krankheitsfällen („Schnell und unbürokratisch...“). Positiv wirke sich das engmaschige Netz, von nicht weniger als 24 Betriebsstandorten in Bayerisch-Schwaben aus, mit den rund um die Uhr verfügbaren knapp 200 Mitarbeitern in der Fläche.

Die Referenzliste von LEW

GZ Kolumne Maximilian Gaul

Liebe Leser

während die Eltern am evangelischen Buß- und Bettag in die Arbeit gehen, bleiben die Kinder ungeachtet ihrer Konfession im ganzen Land oft unbeaufsichtigt daheim. Die Schulen haben frei, die Lehrer auch. Warum eigentlich, und wissen die Kinder, warum sie nicht in die Schule dürfen und statt dessen, ja eigentlich was?

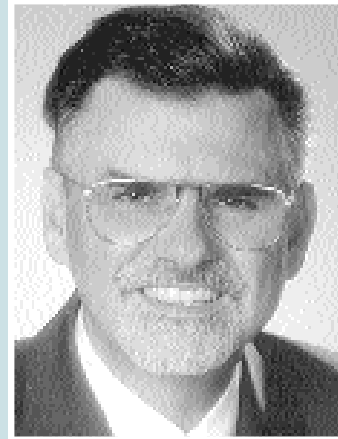
Warum der Buß- und Bettag ausgerechnet mitten in der Woche begangen wird, das wissen zum Teil nicht einmal die Vertreter der evangelischen Kirche. Warum bieten an diesem Tag die Kirchen nicht Angebote für die Kinder und Jugendlichen, um zu einer Besinnung hinzuführen. Warum werden Lehrer nicht verpflicht-

Feiertage sind Teil der Sozial- und Bürgerkultur

tet, an einem solchen Tag zu arbeiten und zwar mit den Kindern, wobei an diesem Tag dann meinetwegen kein „normaler“ Unterricht stattfindet, sondern ethische Fragen und Probleme bearbeitet werden? Themen, über die man längst einmal sprechen wollte, wie Toleranz, Erziehung zum Frieden, Ehrfurcht vor dem Leben und vor Gott, Wert von Vergebung und Verzeihen, die Kitt sind für Kinder aus verschiedenen Konfessionen und Weltanschauungen.

Wenn am diesjährigen Buß- und Bettag die Meldung kam, dass der Grünen-Bundestagsabgeordnete Ströbele nun gar die Einführung eines muslimischen Feiertags fordert, wo wir in unserem Lande nicht einmal wissen, was wir an den christlichen Feiertagen eigentlich zu feiern haben, dann spürt man, wie weit weg einige unserer Multikulti-Verantwortlichen vom Volk und seiner Leitkultur eigentlich sind, wie sie offensichtlich provozieren wollen und keinesfalls dazu beitragen, dass sich um Gottes willen solche Ausschreitungen wie zur Zeit in den Niederlanden bei uns nicht ereignen.

Anstatt den Sinn und Gehalt der Feiertage durch gestaltetes Feiern zum Ausdruck zu bringen, werden willkürlich Feiertage, die unserer Identität dienen, wie zum Beispiel der Tag der Einheit, von unsensiblen und unfähigen Regierungsvertretern aufs Spiel gesetzt. Gut, dass es da einen Bundespräsidenten gibt, der nicht kuscht, sondern seine Rolle als Staatsoberhaupt wahrnimmt.



Aber auch wir Kommunalpolitiker haben neben den Vertretern unserer Kirchen eine gute Möglichkeit, zu einer sinnvollen Feiertagskultur beizutragen. Wir sollten uns zum Beispiel vehement gegen die totale Kommerzialisierung des Weihnachtsfestes stemmen und Front machen gegen den Weihnachtsrummel teilweise schon in der Zeit weit vor dem Volkstrauertag. Wenn wir selbst keine Feiertagskultur mehr haben, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass der säkularisierte Coca-Cola-Weihnachtsmann den Nikolaus in den katholischen Gegenden völlig zu verdrängen scheint und im evangelischen Franken auch der „Pelzmärtel“ am 11. November bereits als Coca-Cola-Weihnachtsmannverschmitt daher kommt. Dass bloßer Halloween-Schabernack nicht überhand nimmt und statt dessen daran gearbeitet wird, unsere alten Perchtbräuche zu pflegen und zu erklären, auch daran können wir in den Kommunen mitwirken. In den zahlreichen „Weihnachtsfeiern“, zu denen wir in der „Vorweihnachtszeit“, die früher einmal noch „Advent“ hieß, hat jeder Stadtrat und Bürgermeister, dem noch irgendwas an der Festtagskultur in seiner Gemeinde oder Stadt liegt, Gelegenheit, ein paar besinnliche Worte zu dieser Problematik zu sagen. Und mancher Verein hat bei uns schon darauf reagiert und zu einer „adventlichen Feier“ oder „Frohe Stunden im Advent“ eingeladen und „Stille Nacht, heilige Nacht“ als Lied für den Weihnachtsabend im Familienkreis oder in der Mette vorbehalten.

Im Streit um die Abschaffung oder gar Einführung von Feiertagen haben sich die Kommunen bisher vornehm zurückgehalten. Feiertagskultur ist ein Teil unserer kulturellen Identität in unseren Kommunen. Viele Kommunen leben aus und von ihren Traditionen, bleiben damit einmalig und liebenswert. Feiertage, die inhaltlich nicht mehr oder nicht gefeiert werden, verlieren ihren Sinn und bleiben bloße arbeitsfreie Zeit. Es ist halt ein Tag Urlaub mehr und allenfalls ein Beitrag zur Spaß- und Freizeitgesellschaft, aber nicht zu einer neuen Sozial- und Bürgerkultur.

Im Streit um die Abschaffung oder gar Einführung von Feiertagen haben sich die Kommunen bisher vornehm zurückgehalten. Feiertagskultur ist ein Teil unserer kulturellen Identität in unseren Kommunen. Viele Kommunen leben aus und von ihren Traditionen, bleiben damit einmalig und liebenswert. Feiertage, die inhaltlich nicht mehr oder nicht gefeiert werden, verlieren ihren Sinn und bleiben bloße arbeitsfreie Zeit. Es ist halt ein Tag Urlaub mehr und allenfalls ein Beitrag zur Spaß- und Freizeitgesellschaft, aber nicht zu einer neuen Sozial- und Bürgerkultur.

Max. Gaul

Dr. Rainer Jehl wurde 60:

Impulse für Schwaben

Irsee (pm). Sein Name ist mit dem Schwäbischen Tagungs- und Bildungszentrum Kloster Irsee untrennbar verbunden: Dr. Rainer Jehl, Direktor der im ehemaligen Benediktinerkloster angesiedelten Einrichtungen des Bezirks Schwaben und des Verbandes der bayerischen Bezirke, feierte am 27. November seinen 60. Geburtstag und zugleich sein 20-jähriges „Dienstjubiläum“.

Im Herbst 1984 kam Jehl nach Irsee, zunächst als Leiter des Bildungswerks des Verbandes der bayerischen Bezirke. In kurzer Zeit baute er dort das Institut zur



Dr. Rainer Jehl.

Fort- und Weiterbildung für das Personal in der bayerischen Psychiatrie und die Mitarbeiter in der Sozialverwaltung der Bezirke auf. Über diese Programme wirkte Dr. Jehl unter anderem bei der Einführung der Psychotherapie in die bayerische Psychiatrie, bei der Umsetzung der Personalverordnung in der Psychiatrie und bei der Akademisierung der Pflege mit. Seine besondere Unterstützung galt zu-

dem dem ehrenamtlichen Engagement von Bürgerhelfern.

Jehl betrieb von Anfang an den konsequenten Ausbau des Hauses zu einer Tagungsstätte internationalen Zuschnitts mit Gästen aus der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Politik. 1989 wurde ihm die Direktion der Schwabenakademie Irsee, einem Zweckverband des Bezirks Schwaben mit den Schwäbischen Volkshochschulen, übertragen. Mit diesem in Kloster Irsee vorhandenen Gesamtpotential gelang es Jehl, wichtige Ereignisse, wie den überregional bekannten Schwäbischen Kunstsommer oder das Musikfestival „Klang & Raum“ dauerhaft in Irsee zu etablieren.

„Mit viel persönlichem Engagement hat Dr. Rainer Jehl Irsee zu einem Ort gemacht, der weit über den Bezirk hinausstrahlt“, betont Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert. Jehl habe dabei immer auch auf das „Schwäbische“ im Namen des Bildungszentrums großen Wert gelegt - „nicht auf eine vordergründige Art“, so Reichert, „sondern so, dass das Bildungszentrum tatsächlich ein Forum bildet, von dem immer wieder Impulse nach Schwaben hinein ausgehen“.

Appell an Kommunen zur Substanzerhaltung:

Wasser- und Abwasserleitungen immer maroder

Baufachbranchen klagten über erhebliche Defizite bei Investitionen und Organisation

Um die Leitungsnetze für Wasser und Abwasser in Bayern steht es nicht zum Besten. Der Landesverband Bayern des Rohrleitungsbauverbandes (RBV) und der Bayerische Bauindustrieverband (BBIV) beklagen erhebliche Investitions- und Organisationsdefizite. Der öffentliche Investitionsstau führe dazu, dass viel zu wenig in die Substanzsicherung investiert werde. Weil die Kommunen über keine kaufmännische Buchführung mit bilanzieller Erfassung des Substanzzustandes verfügten, seien die Missstände allzu oft noch nicht einmal hinreichend bekannt.

Durch die Hinnahme des Verfalls dieser Infrastruktur lebten wir heute auf Kosten künftiger Generationen. Bei einem Gespräch zum Thema „Perspektiven für die Wasserver- und Abwasserentsorgung in Bayern“ leiteten die beiden Verbände aus dem beklagten Zustand der Leitungsnetze akuten Handlungsbedarf und damit Forderungen ab.

Re-Investitionen

Zu den wichtigsten Forderungen, die der bayerische RBV-Vorsitzende, Walter Arnold von der Kassecker GmbH aus Waldsassen nannte, zählen kontinuierliche Re-Investitionen, die Erstellung flächendeckender Abwasserkataster, die Ersetzung der kameralistischen durch die kaufmännische Buchführung bei den Kommunen, die Zusammenlegung kleiner Versorger sowie von Wasser- und Abwasserbetrieben und schließlich die Nutzung privater Finanzierungs- und Betreibermodelle, bekannt unter dem Namen Public Private Partnership (PPP).

Bayern sieht im Tourismus ...

(Fortsetzung von Seite e1)

Mit rund 22 Mio. Ankünften und rund 70 Mio. Übernachtungen hat sich nach Darstellung des Ministeriums 2003 der Tourismus im Freistaat auf hohem Niveau bewegt. Und in den ersten neun Monaten 2004 haben im Vergleich zum Vorjahreszeitraum die Gästeankünfte um 4,4 % und die Übernachtungen um 0,4 % zugelegt. Damit hat sich der Aufwärtstrend aus dem Vorjahr beschleunigt.

Motor ist das Auslandsplus

Motor dieser positiven Gesamtentwicklung ist das Auslandsplus mit einem Gästeplus von 12,3 % und einem Übernachtungszuwachs von 12,0 %. Die Inlandsnachfrage hat sich 2004 mit einem Zuwachs von 2,5 % bei den Gästeankünften konsolidiert. Bei den Übernachtungen gab es aber einen Rückgang um 1,3 %. Von der positiven Entwicklung konnte insbesondere der Städtetourismus profitieren. So gab es in München bei den Ankünften ein Plus von 9,2 % und bei den Übernachtungen von 10,3 %, in Regensburg von 13,2 bzw. 8,6 % und in Würzburg von 12,8 bzw. 11,6 %.

Potenzial Osteuropa

Besonders dynamisch entwickelten sich die Auslandsmärkte. So nahmen im ersten dreiviertel Jahr 2004 die Übernachtungen der Europäer, die rund zwei Drittel aller Ausländer-Übernachtungen in Bayern ausmachen, um 9,3 % auf 5,2 Mio. zu. Ein wichtiges Potenzial bieten zunehmend die osteuropäischen Länder. So stiegen die Übernachtungen aus Russland von Januar bis September um 17,5 % auf knapp 143.000. Auch der Tourismus aus Ungarn, Polen und der Tschechischen Republik entwickelte sich gut. Wiesheu: „Die EU-Osterweiterung wird wichtige Impulse für

Verantwortung liegt bei den Kommunen

Bayern verfügt derzeit über eine extrem dezentrale Wasserversorgungsstruktur mit etwa 2.500 Wasserversorgern. Die Verantwortung für die Versorgung liegt bei den Kommunen. Gesetze, Verordnungen, Regelwerke, Leitlinien und Amtsblätter regeln die Betriebsführung und die Pflichten aller Wasserversorger. Nach Ansicht von Arnold führen aber europäische Liberalisierungsbestrebungen zu einem strukturellen Reformbedarf und zu einem Konzentrationsprozess in der bayerischen Wasserversorgung. Bei vielen Wasserversorgern sei die Wasserabgabe zu gering. Bei 85 Prozent der Betriebe erreiche sie nicht mehr als 500.000 Kubikmeter (cbm) im Jahr, was einem Umsatz von etwa 600.000 Euro entspricht. Das aber reiche für das notwendige qualitative und verfahrensmäßige Know-how und für die Beschäftigung speziell ausgebildeter Techniker nicht aus. Deshalb empfehle das Bayerische Landesamt für Was-

serwirtschaft die Zusammenlegung der Versorger von derzeit 2.500 auf etwa 500. Der RBV tritt zusätzlich für die Zusammenlegung von Wasser und Abwasser zu Betrieben mit einer Mindestgröße von 2 bis 3 Mio. Euro Umsatz ein, forderte Dieter Beck von der Mennike Rohrbau GmbH aus Nürnberg. So könnten etwa 500 neue, kreditwürdige Unternehmen entstehen mit den Kommunen als Eignern.

Solche flächendeckenden effektiven Organisationseinheiten wären zudem durch den geschlossenen Gebühren- und Investitionskreislauf attraktiv für Beteiligungskapital. Für die Betriebe im Rohrleitungsbau, so der RBV, käme dies einem Konjunkturaufschwung ohne staatliche Finanzspritze gleich. Eine solche Entwicklung trage schließlich auch dem Sanierungsbedarf des öffentlichen Leitungsnetzes Rechnung. Bereits 2001 sei das Statistische Bundesamt von einer Leckrate bei der bayerischen Wasserversorgung von 11,75 Prozent ausgegangen. Das entspricht 104 Mio. cbm Wasser.

Die Abwasserentsorgung wird in Bayern in der Regel von den Kommunen in eigener Regie oder über einen Eigenbetrieb bewerkstelligt. Nach Becks Angaben besteht bei den 81.000 km Abwasserkanälen in Bayern derzeit ein aktueller Sanierungsbe-

darf von ca. 7,5 Mrd. Euro. Schon heute versickerten rund 10 Prozent des Abwassers im Grundwasser wegen maroder oder undichter Kanäle. Der Bayerische Gemeindetag rechnet beim Abwasser sogar mit einem Investitionsbedarf von ca. 11 Mrd. Euro bis 2010.

Die Pflicht zu investieren, liegt bei den Kommunen. Die kommunalen Investitionen in der Abwasserentsorgung sind jedoch laut BBIV in den vergangenen zehn Jahren um rund 43 Prozent gesunken. Die staatlichen Zuschüsse wurden im gleichen Zeitraum um 44 Prozent reduziert. Außerdem habe die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag im März 2004 beschlossen, die Fördermittel für die Erneuerung und Sanierung von Leitungsnetzen einzustellen. Die Investitionslücke steige also rapide.

Anlagevermögen verliert laufend an Wert

Genauere Angaben über das Schadenausmaß gebe es aber nicht, da trotz der gesetzlichen Verpflichtung nach Art. 89 des Bayerischen Wassergesetzes derzeit keine flächendeckenden Schadenskataster bei den Kommunen bestünden, die den Bestand und Zustand der Anlagen dokumentierten. Wenn nicht jährlich ein Prozent der Gebühren zu Re-Investitionen verwandt würden, könnten die Folgeschäden im schlimmsten Fall zum Zusammenbruch des Kanalnetzes führen. Das Anlagevermögen der öffentlichen Hand, so Beck, verliere dadurch laufend an Wert. Dabei sei außerdem festzustellen, dass nach Paragraph 22 des Wasserhaushaltsgesetzes die Kommunen zivilrechtlich für Schäden durch undichte Abwasserkanäle hafteten.

Beck verwies auf eine Studie der Deutschen Bank, wonach die demografische Entwicklung, d.h. die Überalterung der Gesellschaft, die Situation bei den kommunalen Gebühreneinnahmen zusehends verschlimmere. Denn die Einwohnerzahl in Deutschland verringere sich bis 2050 voraussichtlich um 10 Prozent, die Erwerbstätigenzahl sogar um 20 Prozent. Probleme würden besonders bei Kommunen in „Fortzugsgebieten“ erwartet.

Arnold beklagte, dass keine ausreichenden Kontrollmöglichkeiten bestehen, zumal die 1995 erlassene Eigenüberwachungsverordnung in der Praxis kaum befolgt werde. Sie sieht vor, dass Betreiber von Abwasseranlagen deren Betriebssicherheit und Funktionsfähigkeit periodisch zu überwachen haben. Somit ist die geplante flächendeckende Schadenerfassung bis zum Jahre 2005 ebenfalls nicht gewährleistet: „Im Gegenteil, auf Grund der prekären Finanzsituation der Kommunen wurde bereits eine Verlängerung der Fristen bei der Schadenerfassung und -kontrolle sowie eine Aufweichung von Grenzwerten gestattet“, kritisierte der Vorsitzende.

Kameralistik mit Schuld

Bayerische Städte und Gemeinden verfahren, so der RBV, derzeit nach dem kameralistischen Prinzip, was keine Abschreibungen berücksichtigt und Anlagewert und Re-Investitionen nicht kennt. Laut Europäischer Wasserrahmenrichtlinie müssten die Wasserver- und Abwasserentsorgung künftig jedoch von den zuständigen Kommunen kostendeckend betrieben werden - unter Berücksichtigung der Abschreibungen. Dementsprechend sei die Aufgabe der kameralistischen Buchführung und die Einführung der kaufmännischen Buchführung mit betriebswirtschaftlicher Abschreibung, die den Leitungsnetz-Zustand als bilanziellen

Wert erfasst, dringend erforderlich, verlangte für den RBV dessen Vorstandsmitglied Maximilian Hofmann von der Firma Streicher aus Deggendorf. Nur so sei Transparenz herzustellen.

Kritik übte Hofmann auch an der seines Erachtens verkürzten und einseitigen Darstellung von „Public Private Partnership“ - PPP, die eine Vielzahl von Finanzierungs- und Organisationsmodellen im Wasser- und Abwasserbereich sehr unterschiedliche Nutzungspotenziale biete. Nach Auffassung des RBV sollen innovative Finanzierungsmodelle in Bayern stärker forciert werden.

PPP-Modelle

Dass es hierfür gute Beispiele gibt, erläuterte Dr. Franz X. Keilhofer von der HypoVereinsbank. „Eigentlich, so der Banker, „ist in Deutschland genügend Arbeit und genügend Geld vorhanden.“ Die niedrigen Zinsen seien Ausdruck fehlender Investitionsmöglichkeiten. Strukturelle Defizite ließen sich nur beseitigen, wenn es gelinge, das private Kapital für Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge zu aktivieren. Die vielfach gemachte Äußerung von Kommunalpolitikern „uns geht es nicht um Gewinn und Rendite, weil wir für die Bürger da sind“, zeige den Irrtum in aller Deutlichkeit. Denn weil bei Kommunen kein Gewinn machen dürfen, sei auch das Kostenbewusstsein bei ihnen nicht ausgeprägt. Die Folge sei, dass Leistungen der öffentlichen Hand oftmals unverhältnismäßig teuer seien. Nach dem Kostendeckungsprinzip hätten sie schließlich die Möglichkeit, ihre Gebühren zu erhöhen, wenn sie mehr Geld brauchen. „Die gängige Praxis wirkt nicht kostenbegrenzend“, so Keilhofer. Fehlinvestitionen seien vorprogrammiert. Deshalb müssten die kommunalen Spitzenverbände endlich ihren Widerstand aufgeben und ihren Mitgliedern auch deutlich sagen, dass Betreiber- und Betriebsfüh-

rermodelle keineswegs eine Privatisierung der öffentlichen Aufgabe bedeuten. Die Verantwortung bleibe nach wie vor bei der Kommune.

Qualifizierte Unternehmen beauftragen

Der RBV fordert deshalb, die Instandhaltung und/oder die komplette technische Betriebsführung in die Hände von qualifizierten Unternehmen zu verlagern. Dabei müsse es eine Einigung auf qualitative Mindestanforderungen bei Bau, Instandhaltung und Betrieb von Leitungsnetzen geben. Heute kämen, so die Verbände, bei Ausschreibungen häufig Billiganbieter zum Zuge, die sich nicht an die von den Branchenverbänden definierten Mindestanforderungen bei Materialien und Ausführungen gebunden fühlten und dadurch hohe Folgekosten verursachten. Die aus dem unseriösen Preisdumping folgenden Schäden zeichneten sich aber erst mittel- bis langfristig ab.

Zukunftssicherung

Der Schrumpfungsprozess in der bayerischen Bauwirtschaft führe mittelfristig zu Engpässen beim qualifizierten Fachpersonal. Stellenabbau und Outsourcing hätten einen teilweise dramatischen Verlust an Know-how in Bezug auf technische Qualifikationen zu Folge. Die Zahl der Arbeitnehmer im Rohrleitungsbau ist von 1996 bis 2002 in Deutschland um ein Drittel gesunken. Die Verbände fordern deshalb, bei den Ausschreibungen auf die Zukunftssicherung des qualitätsorientierten heimischen Rohrleitungsbaus und des regionalen Branchen-Know-hows mehr als bisher zu achten.

Dem seit 54 Jahren bestehenden RBV gehören rund 540 Unternehmen an, die alle gemäß Arbeitsblatt GW 301 der Deutschen Vereinigung der Gas- und Wasserwirtschaft (DVGW) zertifiziert sind „und den hohen Qualitätsstandards genügen.“ dhg.

Bei PPP müssen die richtigen Partner zusammenkommen

Kommunalpolitiker aus Günzburg und Neu-Ulm suchen nach Problemlösungen

Deisenhausen, Landkreis Günzburg. Die Investitionsquote sinkt, Sozialleistungen steigen. Das wissen Kommunalpolitiker und Bauunternehmer gleichermaßen. Deutschland hat dazu einen enormen öffentlichen Baubedarf im Verkehrsbereich, im Umweltsektor und im Hochbau. Dem steht eine extrem angespannte Haushaltssituation bei Bund, Ländern und Gemeinden gegenüber.

Wie kann der Misere abgeholfen werden? Ist „Private Public Partnership“, kurz PPP genannt, der Königsweg für Kommunen? Wo liegen die Chancen - wo die Risiken? Dazu hatten die Kreisvorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU, Beate Altmann (Neu-Ulm) und Hans Joas (Günzburg), Dipl.-Ing. Josef Geiger aus dem Oberallgäu eingeladen. Er ist Geschäftsführer der Fa. Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG, Vorstandsmitglied im Bayer. Bauindustrieverband e.V. und Vorsitzender des Arbeitskreises PPP.

Privates Know-how zur öffentlichen Aufgaben

„PPP“ ist eine langfristig vertraglich geregelte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privater Wirtschaft. Auch in Deutschland sollte privates Know-how und privates Kapital verstärkt zur Erfüllung bislang öffentlicher Aufgaben genutzt werden. Die Nachbarländer seien hier schon viel weiter, so der Referent. Diskutiert werden verschiedene Vertragsmodelle mit unterschiedlichen Konsequenzen für die Risikoverteilung zwischen Kommunen und Unterneh-

mern. Beachtet werden sollen die kommunale Einflussmöglichkeiten, aber auch die steuerliche Bewertung werden genannt.

Effizienz und Kompetenz

Wo liegen nun die Vorzüge und Nachteile? Die Bauwirtschaft nennt Wirtschaftlichkeits- und Effizienzvorteile. Bau und Unterhalt von öffentlichen Einrichtungen könnten von privaten Managern um rund 20 % günstiger erbracht werden. Sie würden auch mehr Kompetenz im Bau- und Gebäudemanagement bieten.

Die Kommunalpolitiker sehen als Vorteil die frühzeitige Verwirklichung nötiger Bauten trotz fehlender Haushaltsmittel außerhalb des regulären Haushalts. Der anwesende Landrat Hubert Hafner, die Bürgermeister, Kreisstadt- und Gemeinderäte, aber auch Architekten waren sich mit den Ausführungen des Oberallgäuer Unternehmers Josef Geiger einig, dass zum Gelingen der Maßnahmen immer der richtige und geeignete Partner gehört. Ein Leitfadens für die Kommunen ist derzeit in Bearbeitung. Daran wirken Ministerien, die kommunalen Spitzenverbände und die Bauwirtschaft mit. hj

den Bayern-Tourismus bringen.“

Überseemärkte

Zurückgemeldet haben sich im laufenden Jahr auch die Überseemärkte. Die USA als stärkster Auslandsmarkt erzielten Zuwächse bei den Ankünften von 15,4 % auf knapp 434.000 und bei den Übernachtungen von 17,1 % auf fast 977.000. Als bedeutendste asiatische Märkte gelten Japan und China einschließlich Hongkong mit dicken zweistelligen Zuwachsraten. Auch aus den arabischen Golfstaaten kamen mehr Besucher.

Gästeplus

Wiesheu zog das Fazit, dass sich der bayerische Tourismus in solider Verfassung präsentiert und sich auf konstant hohem Niveau behauptet. Die positive Entwicklung mit Auslandszuwachsen und stabilem Inlandmarkt werde sich fortsetzen und das Gesamtjahr 2004 mit einem deutlichen Gästeplus von rund 4 % abschließen.

Schwarzgastronomie

Was die Sparten betrifft, berichtete der Präsident des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes, Ludwig Hagn, von einer moderaten Erholung des Gastgewerbes, obwohl die Gaststätten nach wie vor leichte Umsatzrückgänge hinnehmen müssen. Habe man früher ums Personal gekämpft, kämpfe man heute um den Gast. Probleme bereiten nach wie vor die Schwarzgastronomie und die zum Teil hohen Pachten der Brauereien. Habe die Außer-Haus-Verpflegung früher zu 100 % in der Gaststätte stattgefunden, sei heute deren Anteil auf 9,4 % gefallen. Stärkste Konkurrenz sind die Fastfood-Ketten.

Für die Heilbäder und Kurorte berichtete Verbandspräsident

Franz Gnam von einer schwieriger gewordenen Situation. Positiv ist die Zunahme der Selbstzahler. Machten sie 1997 erst 30 % aus, sind es heute bereits 70 %.

Als Renner hat sich der Urlaub auf dem Bauernhof entwickelt. 2003 erzielten die über 7000 bayerischen Betriebe mit rund 10,5 Mio. Übernachtungen ein Spitzenresultat. Damit findet etwa jede zehnte Übernachtung in Bayern auf einem Bauernhof statt.

Urlaub auf dem Bauernhof

Orientierungshilfe für die Branchenbetriebe will ein Betriebsvergleich für die Hotellerie und Gastronomie in Bayern geben, der im gemeinsamen Auftrag des Ministeriums, des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes und der LFA Förderbank Bayern bei 800 Teilnehmerbetrieben im Anschluss an die Ereignisse vom 11. September 2001 durchgeführt worden ist. Erhoben wurde, wie die Betriebe auf die Einbrüche im Tourismusgeschäft reagiert haben. Als wichtigste Maßnahmen erwiesen sich die Steigerung der Produktivität und der Effizienz des Personal- und Wareneinsatzes und die Senkung der Verwaltungsaufwendungen.

Andere Länder - andere Sitten

Damit sich Bayerns Gastgeber besser auf die Lebensgewohnheiten, Speisepläne und kulturellen Vorlieben ihrer ausländischen Gäste einstellen können, hat der Hotel- und Gaststättenverband mit Unterstützung des Ministeriums einen Ratgeber „Andere Länder - andere Sitten“ herausgegeben, der sich speziell mit den Bedürfnissen und Vorlieben der arabischen, chinesischen, japanischen, jüdischen, italienischen, russischen und amerikanischen Gästen befasst. dhg

„Beim Thema Hochwasser rudern wir stets gegen den Strom“

Kongress und Ausstellung der acqua alta 2005 präsentieren Konzepte zum vorbeugenden Hochwasserschutz

Für einen langfristigen, vorbeugenden Hochwasserschutz genügt es nicht, Deiche, Polder oder Schutzdämme zu bauen. Wer sich vor Schäden schützen will, muss lernen, mit der Gefahr zu leben - und sich darauf einstellen. Während der acqua alta, der internationalen Fachmesse mit angeschlossenen Kongress für Klimafolgen und Katastrophenschutz der Neuen Messe München, werden Experten vom 18. bis 20. Januar 2005 Schutzkonzepte vorstellen, mit denen sich zukünftig Hochwasserschäden vermindern oder ganz vermeiden lassen.

Als die Wassermassen der Müglitz im August 2002 durch den kleinen Ort Weesenstein in der Sächsischen Schweiz rauschten, war kein Halten mehr. Die Fluten rissen ganze Häuser fort. Wie Skelette ragten einzelne Hauswände aus der tosenden schlammigen Brühe. Die Medien berichteten Tage lang aus der kleinen Gemeinde. Und sprachen von einer Katastrophe. Zweifellos war die Zerstörungskraft des Wassers erschreckend groß. Experten aber wehren sich dagegen, Hochwasser als singuläre unerwartete Ereignisse zu betrachten. Denn Hochwässer kehren mehr oder weniger regelmäßig wieder - nach Jahrzehnten oder eben erst Jahrhunderten. Das gilt für Weesenstein genauso wie für Dresden oder die Iller in Bayern.

Finanzielles Desaster

Doch dieses Wissen gerät in Vergessenheit, wenn es lange still ist. So wurde in der Vergangenheit zu wenig für den langfristigen und vorbeugenden Hochwasserschutz getan, bemängeln die Fachleute. Wie Recht sie haben, wurde im Sommer 2002

klar. Nach einer Schadensschätzung der Bundesregierung aus dem Dezember 2002 belief sich der Gesamtschaden der „Elbeflut 2002“ für alle Bundesländer auf insgesamt 9,1 Milliarden Euro. Und auch das Oderhochwasser 1997 war ein finanzielles Debakel - im schwer betroffenen Tschechien und Polen wurden die Schäden mit 4 Milliarden Euro beziffert, in Ostdeutschland mit 300 Millionen Euro.

Flächenvorsorge

Während der acqua alta, der internationalen Fachmesse mit angeschlossenen Kongress für Klimafolgen und Katastrophenschutz, werden zahlreiche Wissenschaftler sowie Vertreter von Behörden und Verbänden darüber berichten, wie vorbeugender Hochwasserschutz aussehen muss, welche Schutzkonzepte bereits verwirklicht wurden, und was noch zu tun ist. „Sicher ist, dass langfristige Hochwasservorsorge zugleich auf verschiedenen Ebenen stattfinden muss“, sagt Prof. Dr. Uwe Grünwald von der Technischen Universität Cottbus. Ein wichtiger Aspekt zur Minderung von Hochwasser-

schäden sei beispielsweise die Flächenvorsorge. Dabei gehe es darum, Bauwerke soweit wie möglich aus Überschwemmungsgebieten herauszuhalten. In Dresden beispielsweise war das missachtet worden. In einer der vor fast hundert Jahren angelegten Flutrinnen, einem gezielt von Nutzung freizuhaltenen Hochwasserseitenkanal, waren Sportanlagen und Gebäude errichtet worden. 2002 verschärften sie die Flut in der Elbestadt, weil sie den Abfluss der Wassermassen behinderten.

Leben mit dem Risiko

Grünwald wird während der acqua alta von Projekten zur Hochwasservorsorge im Elbegebiet berichten, die Flutschäden zukünftig verringern sollen. „Auch durch eine intelligente Bauvorsorge lassen sich die Schäden kleiner halten“, sagt Grünwald. Heizöltanks etwa sollten so angebracht werden, dass sie weder fortstreifen noch Leck schlagen können. Denn ausgelaufenes Heizöl könne ganze Häuser und Wohngebiete ruinieren, selbst wenn der Schaden ansonsten gering scheint. Eines, sagt er, hat das Hochwasser vom Sommer 2002 besonders deutlich gemacht. „Es muss ein Umdenken stattfinden - weg vom ‚Versprechen des Schutzes vor Hochwasser‘ hin zum intelligenten Umgang mit Hochwasserrisiken.“

So richte sich der Schutz bis-

lang häufig nach dem 100-jährigen Hochwasser, dem HQ-100, mit besonders hohen Wasserständen. Es gibt beispielsweise vor, wie hoch Deiche sein sollten. „So wiegt man sich in Sicherheit, obwohl es keine Garantie gibt, dass es nicht noch schlimmer kommen kann.“ Sinnvoller sei es, abgesehen von notwendigen Schutzmaßnahmen, zu lernen, mit dem Risiko zu leben, sich der Gefahr bewusst zu sein und Vorsorge zu treffen - etwa indem man Kellerräume oder das Erdgeschoss nur geringwertig nutzt - als Abstellraum oder Garage.

Ausschluss vom Versicherungsschutz

Dem pflichtet Dr. Wolfgang Kron von der Münchener Rückversicherung bei. Er betont, dass es im Grunde nirgends notwendig ist, Neubauten in Gebieten zu errichten, die von Überflutungen bedroht sind. Da letztlich aber die Kommunen über die Bebauung entscheiden, liege es auch in ihrer Verantwortung, Baumaßnahmen entsprechend zu steuern. „Es ist sogar möglich, in gefährdeten Bereichen nachträglich Gebäude hochwassersicherer zu machen, indem man sie gegen das Eindringen von Wasser oder Aufschwimmen sichert.“ Auch die Versicherer könnten dazu beitragen, Bauaktivitäten in die richtige Richtung zu lenken oder in Risikogebieten zu verhindern; etwa, indem Häuser in gefährdeten Arealen vom Versicherungsschutz ausgeschlossen werden. Kron: „Das muss den zukünftigen Bauherren allerdings bereits beim Kauf des Grundstücks mitgeteilt werden, nicht erst, wenn sie kurz vor dem Einzug eine Versicherung abschließen wollen.“

Ermittlung von Überschwemmungsgebieten

Doch wie groß die Gefährdung ist, lässt sich bislang nicht für alle Gebiete in Deutschland mit Sicherheit sagen. Das Bayerische Landesamt für Wasserwirtschaft in München hat deshalb bereits im Jahr 1997 mit der landesweiten Befliegung der Flussregionen begonnen - etwa an der Donau oder der Iller - um so genannte Überschwemmungsgebiete zu ermitteln. Vom Flugzeug aus nehmen Spezialkameras Luftbilder der Landschaft auf. Aus diesen berechnen Experten anschließend dezimetergenau die Höhe der Geländes und somit jene Flächen, die bei verschiedenen Hochwasserständen überflutet werden könnten.

Karten im Internet

Als erstes Bundesland hat Bayern die Karten auch ins Internet gestellt - als Planungsgrundlage für Gemeinden, Unternehmen oder Privatleute. Bis zum Jahr 2008 sollen an rund 9.000 Kilometern bayerischer Flüsse und Bäche sämtliche gefährdeten Areale erfasst sein. Auch andere Bundesländer arbeiten derzeit an der Erstellung solcher Karten. Sind die ermittelten Überschwemmungsgebiete dann rechtlich festgesetzt, darf in den gefährdeten Gebieten nicht mehr gebaut werden. Prof. Dr. Albert Göttle vom Bayerischen Landesamt für Wasserwirtschaft weiß, dass das immer wieder Konflikte mit betroffenen Gemeinden verursacht. „Beim Thema Hochwasservorsorge rudern wir stets gegen den Strom.“

Dreisäulenkonzept

Bayern setzt bei der langfristigen Hochwasservorsorge auf ein Dreisäulenkonzept, das verschiedene Schutzaspekte vereint. Dieses „Aktionsprogramm 2020“ gliedert sich in die Bereiche

(Fortsetzung auf Seite 6)

acqua alta erweitert Angebot

Aus der „Hochwassermesse“ wird die internationale Fachmesse für Klimafolgen und Katastrophenschutz

Nach dem großen Erfolg der Auftaktveranstaltung erweitert die acqua alta ihr Angebot. Neben dem Kernthema Hochwasser widmet sich die Fachmesse künftig allen vom Klimawandel verursachten Naturkatastrophen. Die acqua alta 05 findet vom 18. bis 20. Januar 2005 auf dem Münchner Messegelände statt - erstmals parallel zur BAU, Europas führender Baufachmesse.

Ausstellung und Kongress der erweiterten acqua alta werden folgende Themen abdecken: Klima (Prognose, Vorhersage, Warnung), Hochwasserschutz, Katastrophenschutz, Fluss- und Deichbau, Gebäudetechnik und -materialien, Dienstleistungen, Versicherungen. Neu im Portfolio sind die folgenden Segmente: Lawinen, Muren, Glaziologie; Wassermanagement; Wassermangel; Dürre; Brandbekämpfung; Sturmschäden; Wiederaufforstung; Maritimer Küstenschutz; Schutz vor alpinen Naturgefahren. Als Folge der Angebotserweiterung ändert sich auch Untertitel der acqua alta. Er lautet jetzt: „2. Internationale Fachmesse mit Kongress für Klimafolgen und Katastrophenschutz“.

Klimawandel

Mit der Angebotserweiterung stellt die Messeleitung - in Abstimmung mit dem Programmbeirat - die acqua alta in einen größeren Zusammenhang. Sie ist nicht mehr nur „Hochwassermesse“, sondern beleuchtet - nach wie vor interdisziplinär - alle Folgen des weltweit zu beobachtenden Klimawandels. Klimaforscher des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) rechnen für das 21. Jahrhundert mit einem durchschnittlichen Temperaturanstieg von 1,4 bis 5,8 Grad Celsius. Das bedeutet einen Anstieg des Meeresspiegels um 9 bis 88 cm bis zum Jahr 2100. Auch das Niederschlagsmuster wird sich ändern. Feuchtgebiete werden überall

auf der Welt noch feuchter und Trockengebiete noch trockener. Der Klimawandel erfordert neue Strategien und Produkte für Hochwasser, Dürre und Sturm.

Unterschiedliche Disziplinen

Vor diesem Hintergrund versteht sich die acqua alta 05 als Kommunikationsplattform für alle Fachleute unterschiedlicher Disziplinen aus Industrie und Politik, Wissenschaft und Verwaltung, die sich mit den Folgen des Klimawandels beschäftigen und an entsprechenden Lösungen arbeiten.

Der Kongress

Der Kongress der acqua alta 05 hat im Vergleich zur letzten Veranstaltung eine neue Struktur: Unterteilt in vier Themenblöcke werden an zwei Tagen alle Themen zu Klimafolgen und Wassermanagement dargestellt. Neue Themen im Kongress sind Raumplanung und staatenübergreifender Katastrophenschutz, ebenso wie die spezifischen Probleme der Alpenländer.

acqua alta und BAU

Die acqua alta wird auf 10.000 qm² Brutto-Ausstellungsfläche in der Halle C4 der Neuen Messe München stattfinden - erstmals parallel zur BAU 2005, Europas führender Baufachmesse, die regelmäßig die Marktführer der europäischen Bauwirtschaft zu einer einmaligen Leistungsschau zusammenführt. Besucher der acqua alta werden mit ihrer Ein-

trittskarte auch Zugang zur BAU haben - und umgekehrt. Nach Überzeugung der Messeleitung werden beide Veranstaltungen voneinander profitieren und sich inhaltlich hervorragend ergänzen. Viele der rund 18.000 Fachleute aus Architektur- und Planungsbüros, welche die BAU besuchen, zeigen auch Interesse für die Themenfelder der acqua alta. Umgekehrt finden insbesondere Fachleute aus Bund, Ländern und Gemeinden, die sich für städtebauliche Entwicklungen interessieren, auf der BAU ein umfangreiches Reservoir an technischem und gestalterischem Know-How im europäischen Industrie- und Objektbau.

Rückblick

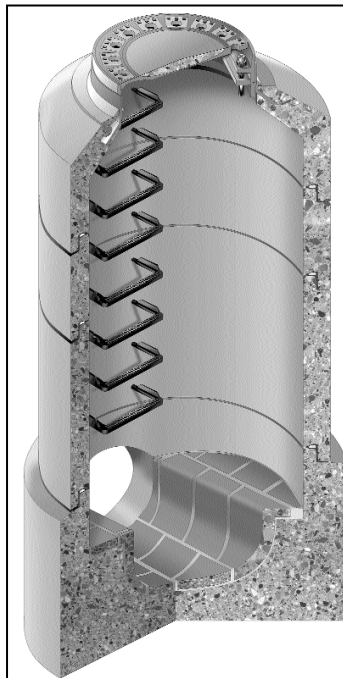
Im November 2003 feierte die acqua alta ihre erfolgreiche Premiere. Aus 21 Ländern kamen rund 4.000 Besucher nach München, um am hochkarätig besetzten Kongress teilzunehmen und sich über das Angebot der 105 Aussteller aus 12 Ländern zu informieren. Unter Ausstellern, Besuchern und Kongressteilnehmern bestand Einigkeit, dass die acqua alta einer sich neu formierenden Branche zum ersten Mal die Möglichkeit gegeben hat, einen interdisziplinären Dialog aufzunehmen. „Insofern hat das Konzept der acqua alta als kombinierte Messe- und Kongressveranstaltung genau ins Schwarze getroffen“, so Norbert Bargmann, Geschäftsführer der Messe München. „Die Erstveranstaltung hat gezeigt, dass noch erhebliches Entwicklungspotenzial in der acqua alta steckt, deshalb war die Angebotserweiterung die logische Konsequenz.“


Neue DIN V-4034-1 für Schachtbauwerke und econorm®

Seit dem 23. 11. 2004 ist die neue DIN-V-4034-1 gültig. Die DIN verspricht, dass künftig im Schachtbau mit vielen Verbesserungen zu Sicherheit und Statik zu rechnen ist. Doch ist die Norm zeitgemäß, bzw. entsprechen die Neuerungen wirklich dem aktuellen technischen Stand? Hier werden die wesentlichen Anforderungen der neuen DIN angesprochen und dem econorm®-Schachtsystem gegenübergestellt. Dieses System versteht sich als hochwertiges modulares Gesamtsystem, das vom Schachtboden bis zum höhenverstellbaren Schachtdeckel ausgereift ist.

Ein wesentlicher Punkt der neuen DIN ist die Forderung nach einem Lastausgleich, der die vertikale, nicht federnde gleichmäßige Lastübertragung zwischen den Schachtabteilen sicherstellt. Dies kann durch eine Frischmörtelschicht von nicht

mehr als 15 mm auf der Aufstandsfläche geschehen. Die Praxis zeigt jedoch deutlich, dass die Vermörtelung oftmals kaum oder unzulänglich ausgeführt wird. Bei den auf Schächten wirksamen Bedingungen wie Mikroklima, dynamische Verkehrslasten, Erddruck und Setzungen etc. ist zudem eine lange Lebensdauer der Vermörtelung nicht zu erwarten. Das führt immer wieder zu ausserplanmäßigen Sanierungen und ist somit ein nicht zu kalkulierender Unsicherheitsfaktor für die finanzgeschwächten Kommunen.



econorm® - ein ausgereiftes und sicheres Schachtsystem. 

Integrierte Dichtungen

Die DIN fordert Dichtmittel aus Elastomeren nach DIN EN 681-1 und DIN 4060. Das ermöglicht lose Dichtungen auf dem Spitzende mit oder ohne Schulter sowie fest in der Muffe des Schachtwerkes integrierte Dichtungen. Beide Möglichkeiten sind in der Praxis bekannt. Es hat sich gezeigt, dass integrierte Dichtungen einer losen Dichtung vorzuziehen sind, da nur so auf der Baustelle eine zügige und insbesondere fehlerfreie Verbauung gewährleistet ist. Es wäre sinnvoll gewesen, wenn die

integrierte Dichtung Eingang in die DIN gefunden hätte. Top-Seal-Plus ist die von econorm verwendete integrierte Dichtung. Diese ist fest mit dem mit Quarzsand gefüllten Lastausgleichselement verbunden. Durch diese einteilige Ausführung erhält das System alle Eigenschaften zur optimalen Dichtung plus Lastübertragung und gewährleistet eine ordnungsgemäße Bauausführung.

Seit zehn Jahren belegt

Der statische Nachweis ist für den DIN-Schacht nun neu. Das wirkungsvolle Zusammenspiel zwischen Dichtung, Lastübertragung und Beton durch geprüfte statische Berechnungen sowie durch Traglastuntersuchungen am Gesamtbauwerk ist bei econorm® seit 10 Jahren klar belegt. Bei econorm® liegen die Ergebnisse der nach der neuen DIN V-4034-1 geforderten Traglastuntersuchung bei Verwendung von Trockenbau-Lastübertragungselementen mit bis zu 600 kN je nach Einbautiefe über dem geforderten Wert von 300 kN. Das Spitzende wird bei Schachtsystemen in der Regel mit 45 mm ausgeführt und kann laut der neuen DIN unverändert bleiben. econorm® setzt auch hier mit einem spezifisch verstärkten Spitzende von 70 mm einen strengeren Maßstab zugunsten von mehr Sicherheit und besserer technischer Werte gegenüber anderen Systemen.

Statische Schwachstellen

Schachtringe mit unterschiedlichen Bauhöhen dienen dem Höhenausgleich bei der Geländeanpassung. Schon Mitte der neunziger Jahre wurde in statischen Untersuchungen belegt, dass der Schachtring mit 250 mm Höhe als kleinstes Element auch das schwächste Element ist. Risse in den Schachtbauwerken zeigen sich in der Praxis sehr oft. Diesen statischen Schwächen wurde in der neuen DIN begegnet. Der 250 mm Schachtring ist nicht mehr zulässig. econorm® hat von Anfang an auf diese Problematik durch die Verwendung von Konen mit 350, 850 und 1100 mm reagiert und nie einen 250 mm Schachtring im Programm gehabt. Statik ist kein Selbstzweck an sich, sondern hat bei der Forderung nach sicheren Schachtbauwerken eine klare Funktion. Die höhere Belastbarkeit eines Schachtbauwerkes führt unmittelbar auch zu einer längeren Lebensdauer und hilft langfristig, Sanierungsko-

sten im Kanalwesen zu senken.

Steigelemente

Ein Punkt, für den die neue DIN keine Aussage trifft sind die




Im Mittelpunkt des Konzeptes steht der Mensch: Bürger, Planer, Politiker und Mitarbeiter.

Steigelemente. Bei Betrachtung der optimalen Bestückung ist von einem Schachtbauwerk auszugehen, bei dem einheitliche Steigelemente in gleichen, ergonomisch optimalen Abständen angebracht sind. Die derzeitige Praxis in den Schächten bietet ein anderes Bild. Unter dem Gesichtspunkt der Unfallverhütung ist dieser Zustand sehr bedenklich. Bei econorm® steht seit mehr als 10 Jahren der Mensch im Mittelpunkt der Überlegungen. Hier wird bewiesen, dass Unfallschutz kein ökonomisches Hindernis ist. Durch den zentrisch versetzten Einstieg ergibt sich mit 610 mm ein größerer Einstieg als von der DIN gefordert. Er erleichtert damit nicht nur dem Wartungspersonal die Arbeit sondern verbessert ebenfalls die Sicherheit.

Überfällige Neuerungen

Insgesamt bringt die neue DIN V-4034-1 längst überfällige Neuerungen, welche die Statik, Sicherheit und Langlebigkeit der Systeme erhöhen. Zum Thema

Steigmittel wäre eine verbindliche Definition in der neuen DIN, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Unfallverhütung, zwingend notwendig gewesen. Alternativen, die als ausgereiftes Komplettsystem alle Anforderungen erfüllen, gab es schon lange. econorm® hat mit dem Lastausgleichselement Top-Seal-Plus und vielen anderen klugen Innovationen schon immer einen Standard verfolgt, der über dem der jetzt gültigen Norm liegt. Es ist zu hoffen, dass dies in der Zukunft nachgeholt wird. Solange bleibt es Systemen wie econorm® überlassen, im Sinne der in den Kommunen Verantwortlichen und den im Kanalwesen arbeitenden Menschen mehr zu bieten als die DIN fordert.

Weitere Informationen: Die DIN-Texte und PAS 1004 können vom Beuth Verlag (www.beuth.de) bezogen werden. Allgemeine Informationen, Prüfberichte und technische Zeichnungen zum econorm®-Schachtsystem sind im Internet unter www.econorm.de zu finden. 

Fürth auf dem Weg zur Quellenstadt

Nach Probebohrungen am Stadtrand steht einer zweiten Karriere Fürths als Heilbad nichts mehr im Wege. In 460 Metern Tiefe sei ein Bohrteam auf 22 Grad warmes, stark mineralhaltiges Wasser gestoßen, teilte Fürths Oberbürgermeister Thomas Jung mit. Die Wasserqualität sei mit der in den Kurbädern Bad Kissingen, Bad Homburg oder Bad Pyrmont vergleichbar, sagte Jung. Die Stadt plant an der Bohrstelle ein Thermalbad. Fürth war bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts Heilbad.

Auch wenn weitere genaue Analysen und Gutachten noch abgewartet werden müssen, steht nach Aussage des Projektbeauftragten für die Fürther Heilquellen, Rudolf Brand, schon jetzt so gut wie fest, dass das jetzt gefundene Wasser mit dem der König-Ludwig-Quelle I vergleichbar oder sogar identisch ist. Dafür spricht auch, dass das dampfende Nass, das hinter dem Hallenbad aus dem Boden sprudelt, 22 Grad warm ist. Das sind zwei Grad mehr als nötig, um als echte Therme zu gelten. Zudem konnte schon festgestellt werden, dass der Gehalt an natürlichen Mineralien sehr hoch ist. Die Mineralisation ist voraussichtlich zehn mal höher als 1000 Milligramm pro Liter - der Wert, der für eine staatliche Anerkennung als Heilwasser gefordert wird. Eine Besonderheit ist für Brand auch, dass die Quelle von Fürth auf Grund ihrer Zusammensetzung eine einzigartige Stellung unter den deutschen Kochsalzquellen einnimmt.

Traumwasser

Kein Wunder also, dass das Fürther Stadtoberhaupt den Begriff „Traumwasser“ verwendet und es hinsichtlich seiner Qualität mit dem von Bad Kissingen,

Bad Homburg, Bad Pyrmont oder Bad Nauheim vergleicht. „Uns ist in sensationellem Umfang gelungen, nachzuweisen, dass unter dieser Stadt ein wertvoller Schatz liegt“, erklärte Jung. Auch Partheimüller hob hervor, dass man in eine neue Dimension vorgedrungen sei und der ursprüngliche Anspruch eines Wellness-Bades weit überschritten werden könne. Deshalb startet die infra fürth gmbh sofort das Anerkennungsverfahren für Heilwasser.

Anwendungsbeispiele

Die Fürther Heilquelle soll besonders bei rheumatischen oder Knochenkrankungen sowie bei Herz- und Kreislaufkrankheiten helfen. Als Trink-Kur wird sie bei Magen- und Darmproblemen sowie bei Erkrankungen der Leber, der Gallen- und Harnwege, bei Gicht und bei Eisenmangel empfohlen.


Für das Projekt am Scherbsgraben wurde bewusst ein realistischer und finanzierbarer Ansatz gewählt. Das künftige Thermalbad soll zusammen mit den vorhandenen Bädern betrieben werden. Dazu wird am 16. Dezember vom Stadtrat aus vier Angeboten ein Privatinvestor ausgewählt, der auch die Sanie-

rung des Freibades finanzieren soll. Der Beitrag der Stadt ist festgeschrieben und wird genauso hoch sein wie der Defizitausgleich, der bereits jetzt zum Betrieb der bestehenden Einrichtungen aufgebracht werden muss. Jung: „Das heißt, wir erhalten bei gleichbleibenden Kosten eine völlig neue, hoch attraktive und moderne Bäderlandschaft mit einem Thermal- und Heilbad.“

Für das Stadtoberhaupt geht damit ein Jahrtausendprojekt in Erfüllung. Denn bis zur 1000-Jahr-Feier Fürths in 2007 soll auf dem Gelände die neue Bäderlandschaft mit einem Thermal- bzw. Heilbad im Mittelpunkt entstehen. **DK**

Chiemseeregion:


Gleichklang von Natur und Fremdenverkehr

Am Chiemsee wird das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung konkret und greifbar, betonte Bayerns Umwelt-Staatssekretärin Emilia Müller bei der Chiemseekonferenz in Übersee. Müller: „Gewässerentwicklungsplan und Chiemsee-Agenda sind Meilensteine, die die Region auch in Zukunft als attraktiven Lebens-, Wirtschafts-, Erholungs- und Naturraum erhalten.“ Laut Müller war es eine große Herausforderung, die Nutzung und den Schutz des Chiemsees in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Dies sei inzwischen dank der hervorragenden Zusammenarbeit aller Beteiligten mit Bravour gelungen. 

Beim Thema Hochwasser ...

(Fortsetzung von Seite 5)
Natürlicher Rückhalt/vorbeugender Hochwasserschutz, dazu gehört die Schaffung von Auwäldern oder die Renaturierung von Bächen, zweitens den Technischen Hochwasserschutz, etwa die Errichtung von Schutzstoren und drittens die weitergehende Hochwasservorsorge. Göttele wird das Programm während des acqua-alta-Fachkongresses vorstellen. Grundlage ist die Einsicht, dass für einen effektiven Schutz verschiedene Sektoren zusammenarbeiten müssen. Für die weitergehende Hochwasservorsorge beispielsweise hat Bayern in diesem Jahr ein neues Frühwarnsystem fertiggestellt. 320 Niederschlagsmesser, unterstützt durch sieben Radarmessstationen, ermitteln zwischen Aschaffenburg und Berchtesgaden ständig, wie viel Regen vom Himmel fällt und mit welchen Regenmengen in den nächsten Stunden zu rechnen ist.

Zuständigkeitsbereich der Gemeinden

Zwar haben Gemeinden bei der Ausweisung von Überschwemmungsgebieten oder dem Bau von Poldern zur Aufnahme von Hochwasser nach jetziger Rechtslage wenig Mitspracherecht. Nach Aussage von Werner Schmid vom Bayerischen Gemeindefachtag soll für die Kommunen zukünftig aber ein Beteiligungsrecht erreicht werden. Unabhängig davon gebe es eine Reihe von vorbeugenden Hochwasserschutz-Maßnahmen, die in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinden fallen. Schmid wird während der acqua alta zeigen, wie Kommunen in Zeiten knapper Kassen etwa Wasser-Rückhaltesystem realisieren können. „So können geeignete Flächen erworben und für die Errichtung von Rückhaltebecken oder zur Veränderung des Bachlaufs genutzt werden.“ 

ATV-DVWK-Bundestagung 2004 in Würzburg:

„Wasserwirtschaft - nachhaltig und modern“

Das diesjährige Treffen der deutschen Wasser- und Abfallxperten, die Bundestagung der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (ATV-DVWK) in Würzburg stand heuer unter dem Motto „Wasserwirtschaft - nachhaltig und modern“. An zwei Veranstaltungstagen wurde ein Programm angeboten, das alle wichtigen Aspekte der nachhaltigen Wasser- und Abfallwirtschaft abdeckte.

Die Auswirkungen der Landbewirtschaftung auf die Gewässergüte standen im Mittelpunkt der Ausführungen zur Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Wie Simone Auth vom Bayerischen Landesamt für Wasserwirtschaft erläuterte, sind für die Bestandsaufnahme nach der WRRL die Erhebung von Belastungen sowie die Beurteilung ihrer Auswirkungen auf die Wasserkörper erforderlich. Nach diesen Grundlagen werde eingeschätzt, für welche Wasserkörper

Auf ihrer Bundestagung in Würzburg beschloss die Mitgliederversammlung der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (ATV-DVWK) die Einführung eines neuen Kurznamens: Aus dem bisherigen Kürzel ATV-DVWK wird DWA, der Langname der Vereinigung bleibt unverändert.

ein Risiko besteht, die Zielvorgabe im Jahr 2015 zu verfehlen.

Beiderseitiges Verständnis

Um die Nährstoffbelastung aus diffusen Quellen abschätzen zu können, wurden in Bayern vorhandene Daten zur Landwirtschaft in Bezug auf Intensität der Landnutzung, der Viehdichte, der Nährstoffüberschüsse sowie der Erosionsgefährdung aufbereitet, erklärte Auth. Dabei werde bereits zum Zeitpunkt der Bestandsaufnahme die Einbindung der Landwirtschaftsverwaltung angestrebt. Umfangreiche und detaillierte Landnutzungs- und Tierdaten fehlten in der Wasserwirtschaftsverwaltung, lägen jedoch den landwirtschaftlichen Fachbehörden vor. Diese Zusammenarbeit schaffe beiderseitiges Verständnis für wasserwirtschaftliche sowie landwirtschaftliche Belange, sichere von Beginn an eine transparente Vorgehensweise bei der Umsetzung der WRRL und fördere langfristig die Akzeptanz bei der Umsetzung von Maßnahmen.

Anpassungsmaßnahmen

Auch die Problematik des Klimawandels mit seinen Auswirkungen auf die Wasserwirtschaft wurde behandelt. Dr. Manfred Stock vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung betonte, dass der Klimawandel einen

Handlungsbedarf in zwei Richtungen erzeuge, die sich ergänzen. Zum einen seien Verminderungen von Treibhausgasemissionen im Klimaschutz erforderlich und zum anderen benötige man parallel dazu vorsorgende regionalspezifische Anpassungsmaßnahmen an die dennoch zu erwartenden unvermeidlichen Klimaänderungen. Die Maßnahmen, die bei der Wasserwirtschaft die Verwundbarkeiten reduzieren könnten, lägen nicht nur in ihrem Verantwortungsbereich, sondern auch auf den Gebieten Landnutzung, Regionalplanung und Infrastruktur.

Schwerpunkt Kanal

Einen thematischen Schwerpunkt der Bundestagung nahm die Kanalsanierung ein, aktuelle Forschungsergebnisse zu diesem Thema wurden intensiv während eines Statusseminars vorgestellt und diskutiert. Am Beispiel Rosenheim stellten Werner Willeitner und Harald Chmiel die „Anforderungen an die Sanierungsplanung aus der Sicht der Kanalnetzbetreiber“ dar. Ihrer Ansicht nach sollte ein Kanalnetzbetreiber zusammen mit dem planenden Ingenieurbüro seine spezifischen Anforderungen an eine Sanierungsstrategie bzw. -konzeption möglichst genau definieren, um zu einem optimierten Ergebnis zu kommen. Dazu gehöre auch ein genauer Zeitplan, da von der Grundlagenermittlung bis hin zur Sanierungskonzeption mehrere Jahre benötigt würden. Soweit verwendbares Datenmaterial vorhanden sei, verkürze sich die Bearbeitungszeit entsprechend.

Kanalinformationssystem

Um einen Datenfriedhof zu vermeiden, müsse die Fortschreibung der gewonnenen Daten bei Auftragserteilung an das Ingenieurbüro festgelegt werden. Soweit der Kanalnetzbetreiber die Fortschreibung selbst übernehme, sei ein Kanalinformationssystem notwendig. Falls dieses oder die entsprechenden personellen Kapazitäten nicht vorhanden seien, bestehe die Möglichkeit, die Fortschreibung dem mit der Ersterfassung beauftragten Ingenieurbüro zu übertragen.

Laut Willeitner und Chmiel fielen mit umfangreichen Vor-

leistungen sowie den Sanierungsstrategien in Rosenheim insgesamt Kosten in Höhe von 2,8 Mio. Euro an - „eine nicht geringe Summe, mit der aber die Grundlage geschaffen wurde, die anstehenden Sanierungsmaßnahmen in Höhe von rund 56 Mio. Euro wirtschaftlich abzuwickeln“. Eine fundierte „Pflegerleitung“ für die Kanalnetze zu schaffen, sei man zudem auch der Umwelt und den nachfolgenden Generationen schuldig.

Die weiteren Themenschwerpunkte der Bundestagung befassten sich mit Europäischer Normung, Energieerzeugung auf Kläranlagen, Integrierte Qualitäts- und Umweltmanagementsystemen, Abfall/Klärschlamm, Benchmarking, Boden- und Grundwasserschutz sowie Arbeitssicherheit. Nachwuchskräfte konnten wieder an einem

„ZwischenWasser“ in Bad Aibling:

Einmaliges Kunstprojekt

Die oberbayerische Kurstadt Bad Aibling feierte heuer ihre Ersterwähnung vor 1200 Jahren. Zu den besonderen Veranstaltungen gehörten allerdings nicht nur solche, die nostalgisch die alte Zeit heraufbeschwören; der Stadtrat genehmigte auch erhebliche finanzielle Mittel für eine große Ausstellung zeitgenössischer Kunst im öffentlichen Raum. Veranstalter waren der Kunstverein Bad Aibling und die AIB-KUR GmbH.

Zustande kam ein Kunstprojekt, das es in dieser Aktualität, Überregionalität und Größe in Bad Aibling bislang nicht gegeben hat. Unterstützt wurde es vom Kulturfonds der Bayerischen Staatsregierung, vom Bezirk Oberbayern und der Hypo Kulturstiftung und dem BBK.

220 Künstler

An der Ausschreibung beteiligten sich über 220 Künstler. Der Titel ZwischenWasser beinhaltet mehrere Motive: den Übergangszustand zwischen Geschichte und Zukunft, zwischen altem und neuen Kurwesen und die große Bedeutung von Wasser und Moor für die Geschichte und Wirtschaft Bad Aiblings. Die Jury entschied sich schließlich einstimmig für 18 Projekte.

Die Auswahl umfasste vor allem Arbeiten, die konzeptuell auf das Ausschreibungsthema eingehen. Skulpturen und Objekte, die an jedem Ort beliebig aufstellbar sind, waren nicht vorgesehen. So befand sich z.B. an einer Straßenecke eine überdimensionale Dusche und an acht romantischen Plätzen Plakat-Skulpturen, die Damen abbildeten, deren Bekleidung aus Moorerde bestand. Ein Moorkegel mit Goldspitze war als kostbares Juwel in einer Vitrine ausgestellt.

„Jungen Forum“ teilnehmen, für Studenten wurde eine Karriereberatung angeboten. Den Festvortrag hielt Prof. Peter A. Wilderer, der 2003 mit dem Stockholm Water Prize ausgezeichnet wurde. Wilderer referierte zum Thema „UN-Wasseraktionsdekade 2005 - 2015: Herausforderung und Chance für den Wasseringenieur“. Den Abschluss der Bundestagung bildete wiederum eine hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion zum Thema Klärschlamm. Rund 70 Fachaussteller präsentierten ihre aktuellen Produkte und Dienstleistungen aus den Bereichen Abwasser, Abfall, Klärschlamm und Wasserwirtschaft. Zudem wurde neben der Fachausstellung eine Posterausstellung veranstaltet.

Zwei Fachexkursionen rundeten das Angebot ab. Die erste der beiden Fachexkursionen führte die Teilnehmer zu den Hochwasserschutzanlagen von Würzburg, an denen die Besonderheiten des Hochwasserschutzes einer historischen Stadt vorgestellt wurden. Während der zweiten Fachexkursion bestand die Möglichkeit, das Würzburger Müllheizkraftwerk zu besichtigen. **DK**



Rita Kamm-Schubert, Dieter Kachelrieß (beide N-ERGIE), Karl Köhler (Erster Bürgermeister Uttenreuth), Thomas Fösel (N-ERGIE), Georg Kreiner (VG Uttenreuth), Wolfgang Riedel, Gerhard Schwarz, beide NexaTec GmbH (v.l.n.r.).

N-ERGIE übernimmt in Spardorf und Uttenreuth:

Bereitschaftsdienst für die Wasserversorgung

Für die nächsten zwölf Monate wird das Tochterunternehmen der N-ERGIE AG, die NexaTec GmbH, in den Gemeinden Uttenreuth und Spardorf (Landkreis Erlangen-Höchstadt) den Bereitschaftsdienst für die Wasserversorgung außerhalb der Geschäftszeiten sowie an Wochenenden und Feiertagen übernehmen. Kürzlich unterzeichneten Uttenreuths Bürgermeister Karl Köhler und Thomas Fösel von der N-ERGIE den Vertrag.

Vertragsinhalt ist die Erstsicherung bei Leckagen oder Rohrbrüchen im Wasserleitungsnetz beider Gemeinden bis zu den Hausanschlüssen. Gewährleistet wird damit eine punktgenaue Ortung der Wasserleitungsleckstelle, die Absperrung der Hauptwasserleitung, sowie die Notversorgung der von der Hauptwasserleitung abgesperrten Häuser mit Trinkwasser. Auch ein Messwagen mit modernster Messtechnik steht rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr hierfür zur Verfügung.

Die Wasserversorgung der beiden Gemeinden besteht aus einem

50 Kilometer Wasserleitungen, einem Tiefbrunnen und einem Hochbehälter. Täglich werden rund 5.700 Bürger mit 942,4 Kubikmeter Trinkwasser versorgt.

„Mit diesem Vertragsabschluss beschreitet die Gemeinde Uttenreuth einen neuen Weg der Zusammenarbeit zwischen Kommune und Wirtschaft“ so Bürgermeister Karl Köhler.

„Wir beweisen damit die Leistungsfähigkeit der N-ERGIE und unserer spezialisierten Tochterunternehmen. Mit diesem Netzwerk können wir kundenindividuelle Lösungen zielgerichtet für unsere kommunalen Partner entwickeln.“ so Thomas Fösel. **DK**

Erfolgreicher Einsatz des Elektronischen Begleitscheins

Das elektronische-Begleitschein-Verfahren (eBS) wird in Bayern erfolgreich eingesetzt. In einem erweiterten Probetrieb nehmen bislang mehr als 200 Firmen am Online-Verfahren teil. Bereits über siebentausend Begleitscheine sind elektronisch abgewickelt worden. Dabei entfällt bei den Firmen, bei denen besonders überwachungsbedürftige Abfälle anfallen, und den Transporteuren das aufwändige und fehlerträchtige herkömmliche Papierbelegverfahren, das bisher den Entsorgungsweg begleitet hat. Ziel des erweiterten Probetriebes ist es, eine kostengünstige Online-Umsetzung des Begleitschein-Verfahrens, die Eignung für eine Massenverarbeitung und den marktgerechten Einsatz des Systems durch kleine und mittlere Betriebe der Abfallwirtschaft zu testen.

Das Portal bietet mittels EN-BEX-Schnittstelle unterschiedliche Zugangsbereiche für die Nutzer je nach Fallzahlen und benötigtem Leistungsumfang. Kleine und mittlere Betriebe mit geringem Sonderabfallaufkommen und ohne eigenes Fachpersonal für die Begleitscheinabwicklung können einfach mittels Internetbrowser auf das System zugreifen. Große Unternehmen mit hohem Sonderabfallaufkommen und Entsorger mit entsprechender Massenverarbeitung von Begleitscheinen können vorhandene betriebliche Software nutzen und Entsorgungsdaten aus dem Begleitscheinverfahren direkt in eigene zentrale Finanz- und Qualitätssicherungssysteme integrieren. Das System prüft die eingegebenen Daten auf Plausibilität; das Fehlerpotenzial sinkt gegenüber dem herkömmlichen Papierbelegverfahren erheblich. Die Daten sind sofort verfügbar.

Verfahren

Das bayerische Online-Begleitschein-Verfahren verzichtet im Rahmen einer Befreiung von der Nachweispflicht auf das amtliche Formular in sechsfacher Ausfertigung. Der Abfallerzeuger drückt lediglich ein auf dem Portal generiertes einzelnes Begleitschein-Formular aus, das mit dem Abfall weitergegeben und mit den Unterschriften der beteiligten Beförderer und Zwischenlager beim Entsorger abgegeben und dort archiviert wird. Nach Abschluss des Entsorgungsvorgangs werden die Daten an das LfU zur Übernahme in das bundesweite Behördensystem ASYS übermittelt, auf das in Bayern über eine zentrale Datenbank im Rechenzentrum des Umweltministeriums alle betroffenen Überwachungsbehörden (LfU, Kreisverwal-

tungsbehörden, Regierungen) Zugriff haben. Die Kreisverwaltungsbehörden können ihre Daten auch direkt auf dem Portal einsehen. Betroffene außer-bayerische Behörden werden mittels länderübergreifendem Datenaustausch unterrichtet. Die Überwachungsarbeit der Behörden wird durch die schnelle Datenverfügbarkeit wesentlich erleichtert.

Eigenes Portal

Auf der Grundlage des bestehenden bayerischen Systems wird für andere Bundesländer bzw. die mit der Überwachung beauftragten Landesorganisationen ein eigenes Portal angeboten. Über das bayerische Portal sind derzeit bereits Firmen aus drei weiteren Bundesländern beteiligt. Zudem wurde das eBegleitschein-Verfahren bereits in die Überlegungen des Bundes zur Novellierung der Nachweisverordnung eingebracht.

Teilnahmevoraussetzung

Alle Abfallerzeuger und -entsorger werden zur Teilnahme am elektronischen Begleitschein Bayern (<http://www.begleitschein-bayern.de/>) aufgefordert. Die Teilnahmevoraussetzung ist ein formloser Antrag an das LfU Außenstelle Nordbayern (Ansprechpartner: Dr. Wolfgang Güntner, Tel.: 09221/604-5820, <mailto:wolfgang.guentner@lfu.bayern.de> oder Dr. Bernd Matthes, Tel.: 09221/6045800 <mailto:bernd.matthes@lfu.bayern.de>) mit folgenden Angaben:

- ≪ EN-Nachweisnummer(n)
- ≪ Gültigkeitsdauer des/der Entsorgungsnachweise
- ≪ AVV-Nummer(n)
- ≪ Abfallbezeichnung(en)

Auf der Basis dieses Antrages

erstellt das LfU einen kostenlosen Bescheid mit dem der Erzeuger, der Transporteur und der Entsorger freigestellt werden. Fachliche Details, wie Zugangsberechtigung, Kosten etc. werden durch das vom LfU beauftragte Unternehmen BifA (Ansprechpartner: Alexander Farny, Tel.: 0821/7000-128, mailto:begleitschein@bifa.de) geklärt und erteilt. Das BifA betreibt im Auftrag des LfU als

Umweltindikatoren:

Wesentlicher Baustein nachhaltiger Umweltpolitik

Die Umweltqualität in Bayern hat sich auch bei zunehmender Bevölkerung, rasant wachsender Mobilität und steigender Wirtschaftskraft in wesentlichen Parametern positiv entwickelt. Dieses Fazit zog Umweltminister Werner Schnappauf in München anlässlich der Vorstellung der neuen Umweltindikatoren für Bayern, die das Landesamt für Umweltschutz (LfU) erarbeitet hat.

Schnappauf: „Obwohl Bayerns Bevölkerung in den Jahren 2001 und 2002 um rund 160.000 Menschen zugenommen hat, ist der tägliche Flächenverbrauch im selben Zeitraum von rund 28 ha auf 18 ha zurückgegangen.“ Auch bei einem der Hauptziele der Staatsregierung, der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch, seien deutliche Fortschritte erreicht, so der Minister.

Spürbare Verbesserungen

So sei das reale Wirtschaftswachstum in Bayern in den letzten 20 Jahren um 95 Prozent gestiegen, der Primärenergieverbrauch aber nur um ein Drittel. Schnappauf: „Dies zeigt, dass umweltverträgliches Wirtschaftswachstum machbar ist.“ Ebenso seien bei der Gewässergüte oder der Luftqualität spürbare Verbesserungen zu verzeichnen.

Handlungsbedarf

In anderen Bereichen wie etwa beim Artenschutz zeigten die Indikatoren noch weiteren Handlungsbedarf, den Bayern konsequent angehen werde. Durch die jüngste Meldung für den europäischen Biotopverbund steigt die Fläche des zu erhaltenen Lebensraumes auf rund 13

„Trustcenter“ den Server, auf dem alle Daten liegen, und erteilt für alle Betroffenen die entsprechenden abgestuften Zugangsberechtigungen. Das BifA hat den Betrieb vorerst bis zu einer grundsätzlichen Regelung des BMU zum elektronischen Nachweisverfahren übernommen, so dass ein nahtloser Übergang gewährleistet werden soll.

Hierdurch wird sichergestellt, dass alle Betroffenen bereits jetzt die verwaltungsmäßig erheblichen Vorteile, insbesondere bei der Nachweisbuchführung und des Kopienversandes, durch Ihre Teilnahme nutzen können. ≪

Prozent der Landesfläche, so der Minister.

Die Erarbeitung von Umweltindikatoren beruht auf der Rio-Agenda 21 und dem Aktionsplan von Johannesburg. Wichtige Parameter und Entwicklungen, die Einfluss auf die Umweltqualität haben, werden mit diesen Indikatoren repräsentativ vereinfacht dargestellt.

Zielgenaue Planung

Wie Umweltminister Werner Schnappauf und Christoph Himmighoffen, Präsident des LfU, betonten, wird es so noch besser möglich, Handlungsbedarf zu erkennen, Umweltschutz zielgenauer zu planen und den Erfolg von Maßnahmen zu bewerten.

Transparente Information

Schnappauf: „Das ist eine wesentliche Unterstützung für einen modernen, nachhaltigen Umweltschutz.“ Zudem dienen Umweltindikatoren auch einer transparenten Information der Öffentlichkeit über wichtige Umweltdaten. Deshalb haben Umweltministerium und LfU die Indikatoren unter <http://www.umweltinformation.bayern.de> und <http://www.lfu.bayern.de> auch im Internet bereit gestellt. ≪

Tierkörperbeseitigung wird teurer

EU-Recht zwingt zu Gesetzesanpassung Konnexitätsprinzip wird gewahrt

Ab kommendem Jahr wird die Beseitigung von Tierkadavern bzw. nicht verwertbaren Nebenprodukten teurer. Eine EU-Verordnung zwingt Bund und Länder, ihre Gesetze entsprechend zu ändern. Es bleibt grundsätzlich dabei, dass die Kosten für gefallenes Vieh vom Staat, den Kommunen und der Tierseuchenkasse zu je einem Drittel zu tragen sind.

Für die Kommunen bringt das einen höheren Verwaltungsaufwand beim Erlass der Gebührenbescheide und Entgeltforderungen. Geschätzt werden etwa eine Million Euro Forderungen pro Jahr, wovon 500.000 Euro Vollzugskosten sein dürften, die durch Einsparungen nicht zu decken sind. Die Kommunen müssen zwangsläufig ihre Gebühren erhöhen.

Die entsprechende Vorlage der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Tierkörperbeseitigungsgesetzes (AGTierKBG) wurde in den zuständigen Landtagsausschüssen ohne größere Aussprache einstimmig gebilligt. Nach Verabschiedung im Landtagsplenum werden die neuen Vorschriften zum 1. Januar 2005 in Kraft gesetzt. Im Rechtsausschuss, der die Zweite Lesung im Plenum vorzubereiten hatte, erklärten Vorsitzender Franz Schindler (SPD) sowie Hans Herold (CSU) und Christine Stahl (Grüne) als Berichterstatter, es gebe keine Alternative, da es sich um die Umsetzung von EU-Recht handele.

Die Staatsregierung geht davon aus, dass sich der Vollzugsaufwand bei den Kommunen erhöht. Ein Erfahrungswert spricht von etwa 500.000 „Abholungen“ im Jahr, was mindestens 125.000 Gebührenbescheide oder Rechnungen an die Tierhalter mit sich brächte. Die eingangs erwähnte Summe von 500.000 Euro Vollzugskosten pro Jahr entstehen durch Personal- und Sachaufwand, ferner u.a. durch Gebührenerhebung. Das Konnexitätsprinzip werde dadurch gewahrt, dass die Kommunen ihre zusätzlichen Kosten durch Gebühren oder privatrechtliche Entgelte decken können. Ein Konsultationsverfahren mit den kommunalen Spitzenverbänden wurde bereits durchgeführt. Entlastung der Tierhalter ist über den Kostenanteil der Tierseuchenkasse vorgesehen. **rm**

Akzeptanz von Recycling-Kunststoffen wächst

Kunststoffprodukte erfreuen sich bei der Bevölkerung großer Zustimmung. Auch die Akzeptanz von Recyclingkunststoffen wächst, wie eine neue Studie belegt. Wenn die Qualität stimmt, würde eine Mehrheit bevorzugt zu Produkten aus Recyclingkunststoff greifen. Ebenso wünscht sich eine Mehrheit der Verbraucher eine Kennzeichnung rezyklathaltiger Produkte. Die Hälfte der Befragten gibt an, sogar einen Aufpreis zu akzeptieren. Auch die Industrie, die Kunststoffrezyklate anteilig zu hundert Prozent für die Herstellung neuer Kunststoffprodukte einsetzt, gibt die Qualität als wichtigstes Kaufkriterium an. Ausschlaggebend ist hier die Verarbeitbarkeit.

Überraschend hoch ist der Einfluss des privaten Umfelds auf die Entscheidung für Recyclingkunststoff. Dies sind die zentralen Ergebnisse der ersten umfassenden Studie zu den Marktpotenzialen für Recyclingkunststoffe. Die Umfrage wurde zwischen September 2003 und Januar 2004 im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Kunststoff-Recycling mbH (DKR) von Stephan Götze (Ecology Integrated Marketing & Research, Heidelberg) durchgeführt. Das auf Marktanalysen für ökologische Produkte spezialisierte Marktforschungsunternehmen befragte insgesamt 498 Entscheider aus dem Kunststoffmarkt sowie insgesamt 1.400 Haushaltsvorstände in der Bevölkerung.

Grundsätzlich würden die Verbraucher eine Kennzeichnung rezyklathaltiger Kunststoffprodukte mit deutlicher Mehrheit begrüßen. Ausschlaggebend für die Kaufentscheidung ist die Qualität der Produkte. Etwa die Hälfte der Befragten würde bei Recyclingprodukten sogar einen Aufpreis von durchschnittlich zwölf Prozent akzeptieren. Als zweitwichtigstes Kriterium nennen die Befragten den persönlichen Beitrag zur Ressourcenschonung. Im Umfeld der Befragten haben die Familienmitglieder den größten Einfluss beim Kauf rezyklathaltiger Produkte. Untermauert werden diese Ergebnisse dadurch, dass sich eine Mehrheit der Bevölkerung an der Abfalltrennung im Haushalt beteiligt und in der Trennarbeit keinen großen Aufwand sieht. Das Recycling halten die

Befragten mit großer Mehrheit für sinnvoll und für besser, als Kunststoffabfälle nur zu beseitigen.

Für die Industrie steht die Verarbeitungsqualität beim Einsatz von Rezyklaten an erster Stelle. Ist diese gesichert, stehen den Kunststoffrezyklaten die Märkte offen. Eine reibungslose Verarbeitung sieht die Industrie jedoch kritisch. Unklar ist, ob es sich hier um technische Probleme oder ein Imageproblem von Recyclingkunststoffen handelt. Überraschenderweise hat knapp dahinter die vermutete Einstellung der eigenen Kinder und Bekannten zum Recycling und Umweltschutz den größten Einfluss auf die Entscheidung der Unternehmer. Befürwortet diese Gruppe den Einsatz von Recyclingkunststoffen, ist dies einer der wichtigsten Gründe, Rezyklate zu verarbeiten. Dass sie durch den Einsatz von Rezyklaten einen Beitrag zum Umwelt- und Ressourcenschutz leisten, nehmen die meisten Industrievertreter an, einen Imagegewinn jedoch nicht.

„Den wichtigsten Einfluss auf das Kaufverhalten hat die Qualität der Kunststoffrezyklate und der daraus hergestellten Produkte. Wir sehen das als Herausforderung an, noch stärker zu kommunizieren, dass es diese qualitativ hochwertigen Rezyklate und die entsprechenden Fertigprodukte gibt“, kommentiert DKR-Geschäftsführer Dr. Volker Gibs die Resultate der Studie. Insgesamt zeige die Studie, dass die Marktpotenziale für Recyclingkunststoffe noch längst nicht ausgeschöpft seien. ≪

Landbell gewinnt Bayern dazu

Zweites Duales System auf dem Vormarsch / Mittelfristig 10 % Marktanteil angepeilt

Nach Hessen und Hamburg ist die Landbell AG nun auch in Bayern als zweites duales System zugelassen. Der Mainzer Systembetreiber hat vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz den lange erwarteten Feststellungsbescheid für die flächendeckende Erfassung und Verwertung von Verkaufsverpackungen mit dem „Grünen Punkt“ erhalten. Damit erweitert Landbell ihr Marktpotential mit einem Schlag um rund 15 Prozentpunkte auf ein Viertel aller in Deutschland in Umlauf gebrachten Verpackungen.

Für Landbell ist dies ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zur vollständigen Markterschließung. „Mit der Zulassung im zweitgrößten Bundesland Bayern haben wir unsere Position als zweites duales System und erster Wettbewerber des DSD signifikant ausgebaut“, erläutert Wolfgang Schertz, Vorsitzender des Vorstands der Landbell AG, den erfolgreichen Abschluss eines langen Verfahrens. „Jetzt kommt wieder Dynamik in den Wettbewerb um den Grünen Punkt. Wir rechnen in Kürze mit der Zusage weiterer Bundesländer. Unser Ziel von insgesamt zehn Prozent Marktanteil rückt damit in greifbare Nähe.“

Kostensenkung

Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf sagt dazu: „Bayern macht den Weg frei für Mitbewerber um den „Grünen Punkt“-Konkurrenz belebt das Geschäft. Dieser Wettbewerb wird die Kosten der Abfallent-

sorgung senken und damit die Handels- und Verbraucherpreise langfristig verbilligen.“

Die bessere Alternative

Seit Landbell den politisch gewollten Wettbewerb im August 2003 realisiert hat, bietet das unabhängige Unternehmen seinen Kunden aus Industrie, Handel und Handwerk effiziente und kostengünstige Lösungen zur Verpackungsentsorgung. „Wir sind für viele Kunden die bessere Alternative im Dualen System, mit mehr Service zum fairen Preis. Das wissen mittlerweile auch die großen Marktersteller“, so Schertz weiter.

Folgen der Zulassung

Mit der Zulassung im inzwischen dritten Bundesland können Unternehmen aus ganz Deutschland nun einen noch größeren Anteil ihrer Verpackungen als bislang über Landbell entsorgen und verwerten lassen. Dieser Anteil errechnet sich aus

dem Bevölkerungsanteil der Bundesländer, in denen Landbell bereits zugelassen ist.

Anteil steigt

Mit Hessen (7,38 Prozent), Hamburg (2,11 Prozent) und Bayern (15,06 Prozent) kann jedes Unternehmen inzwischen 24,55 Prozent seiner Verpackungstonnagen über Landbell entsorgen lassen. Mit jeder weiteren Bundesland-Zulassung von Landbell vergrößert sich der Anteil entsprechend.

Für die Endverbraucher hingegen ändert sich bei der Mülltrennung nichts. Sie entsorgen die mit dem „Grünen Punkt“ gekennzeichneten Verpackungen weiter über die dafür vorgesehenen Behälter wie Gelbe Tonne oder Gelber Sack.

Die Landbell AG betreibt das Zweite Duale System zur Erfassung und Verwertung von

Verkaufsverpackungen. Als erster Wettbewerber der DSD AG machte Landbell dem Monopol im Bereich der dualen Entsorgungssysteme ein Ende und erwarb im August 2003 die lange geforderte Marktzulassung.

Über Landbell

Das Mainzer Unternehmen organisiert im Auftrag von Industrie, Handel und Handwerk flächendeckend das haushaltsnahe Erfassen und Entsorgen von Verkaufsverpackungen mit dem „Grünen Punkt“. Ein Vertrag mit dem Mainzer Systembetreiber befreit die Kunden von ihren gesetzlich durch die Verpackungsverordnung (VerpV) vorgeschriebenen Rücknahme- und Verwertungspflichten für Verpackungen.

Weitere Informationen: Landbell AG, Rheinstraße 4L, 55116 Mainz, Tel.: 06131/235652-0, Fax: 06131/235652-10, E-Mail: info@landbell.de, Internet: www.landbell.de.

Maut darf nicht zum Konjunkturkiller werden

bvse-Vizepräsident Kühl fordert volle Kompensation ein

Mit Sorge verfolgt die mittelständische Recycling- und Entsorgungswirtschaft die Bemühungen um die Einführung der Maut in Deutschland. Nach den Worten Rolf Kühls, Vorsitzender der bvse-Fachvereinigung Papierrecycling und bvse-Vizepräsident, seien die Versprechungen der Politik nach einer vollen Mautkompensation immer noch nicht umgesetzt worden.

Kühl verwies darauf, dass die Unternehmen der Recycling- und Entsorgungsbranche schon an der Grenze ihrer Belastungsfähigkeit angekommen seien. Dazu hätten vor allem die Erfüllung gesetzlicher Auflagen, die personalkostenintensiv seien und fahrzeugebundene Kosten wie die drastisch erhöhten Dieselpreise beigetragen. Nach Aussage der bvse-Fachvereinigung Papierrecycling sei die wirtschaftliche Lage der Unternehmen äußerst angespannt: „Es gibt keinen Spielraum mehr.“

Versprechungen umsetzen

Die Politik sei jetzt aufgefordert, ihre Versprechungen in die Tat umzusetzen und die Maut nicht zu einem weiteren Konjunkturkiller werden zu lassen. Von einer konjunkturellen Aufhellung in Deutschland sei man schließlich noch meilenweit entfernt, wie die enttäuschenden Zahlen aus dem letzten Quartal gezeigt hätten.

Es sei glasklar, so bvse-Vizepräsident Rolf Kühl, dass angesichts des wirtschaftlichen Umfelds die Unternehmen nicht mehr in der Lage seien, die Mautkosten aufzufangen. Wenn die Maut kommt, dann seien höhere Entsorgungskosten und eine Steigerung der Altpapierpreise zwangsläufig. Kühl: „Alle Beteiligten wissen das und es ist deshalb nicht nur ein Gebot der Fairness, sondern auch der wirtschaftlichen Vernunft, dass die Mautkosten getrennt ausgewiesen und berechnet werden müssen.“

Keine seriöse Politik

Als „grobe Unfug“ bezeichnete er die Diskussion darüber, auch Bundesstraßen mautpflichtig machen zu wollen. „Das hat mit seriöser Politik nicht mehr viel zu tun. Noch bevor die Maut auf Autobahnen technisch realisiert ist, wird der Spekulation und damit der Unsicherheit Tür und Tor geöffnet“, kritisierte Rolf Kühl.



Bei der Vorstellung: Dr. Peter Deml und Dr. Werner Schnappauf.

„E.ON Bayern Umweltpreis“ ins Leben gerufen

Die in Regensburg ansässige E.ON Bayern AG hat den mit 250.000 Euro dotierten „E.ON Bayern Umweltpreis“ unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Umweltministers Dr. Werner Schnappauf ins Leben gerufen. Der Umweltpreis wird erstmals im Jahr 2005 verliehen und zählt bundesweit zu den höchst dotierten Preisen für ökologisches Handeln.

„Eine idealtypische Energieversorgung bewegt sich im Dreieck von Versorgungssicherheit, Preiswürdigkeit und Umweltverträglichkeit. Diesem Ideal fühlen wir uns verpflichtet“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der E.ON Bayern AG, Dr. Peter Deml.

Mit dem Umweltpreis wolle E.ON Bayern ein Ausrufezeichen für aktives Engagement setzen und das Profil des Energieversorgers als nachhaltig handelndes und ökologisch orientiertes Unternehmen schärfen. Der Preis richte sich an Kommunen, kommunale Einrichtungen, Vereine, Kirchen und Bürgerinitiativen. „Mit dem Umweltpreis wollen wir unsere Partnerschaft zu den Kommunen vertiefen und die enorme Vielfalt kommunaler bürgerlicher Umweltinitiativen unterstützen“, begründete der E.ON Bayern-Chef das kommunal ausgerichtete Engagement des bayerischen Energieversorgers.

Neue Schubkraft

Schnappauf begrüßte die E.ON Bayern-Initiative als „deutliches Signal für gesellschaftliche Mitverantwortung von Unternehmen bei der Sicherung unserer Lebensgrundlagen“. „Der Preis wird dem Umwelt- und Klimaschutz vor Ort neue Schubkraft geben. Besonders im Interesse des Klimaschutzes brauchen wir eine bessere Energieausnutzung und klimafreundlichere Energien. Viele gute Ideen dazu wird jetzt der Umweltpreis mit seinen zusätzlichen finanziellen Anreizen zu Tage fördern und dafür sensibili-

sieren, was im Kleinen möglich ist. Das heißt Umweltschutz in der Gesellschaft verankern“, betonte der Minister. Ökonomie und Umweltschutz seien nicht der viel beschworene Widerspruch, sondern bedingten sich gegenseitig. „Die künftige ökonomische Entwicklung ist an nachhaltigen Umwelt- und Klimaschutz sowie an Investition in die Vorsorge für die Umwelt gekoppelt“, betonte Schnappauf.

Gegenwart und Zukunft

Der Umweltpreis wird laut E.ON Bayern jährlich verliehen und soll der Einführung und Umsetzung innovativer energie- und umweltschonender Projekte dienen. Dabei gehe es um Reduktion des Primärenergieverbrauchs, Verminderung von Schadstoffemissionen, den Schutz natürlicher Ressourcen und um ökologisch orientiertes Bauen. Dr. Peter Deml: „Im Fokus stehen Projekte der Gegenwart und der Zukunft, die ohne Förderung nicht oder nur sehr schwer realisierbar sind.“

Zweckgebundenes Geld

Das Preisgeld sei zweckgebunden für die jeweiligen Konzepte und Maßnahmen. Die Gesamtsumme von 250.000 Euro teile sich auf in einen Top-Preis von 50.000 Euro und zehn Preise von je 20.000 Euro. Die Bewerbungsfrist läuft laut E.ON Bayern bis 30. April 2005, Bewerbungsunterlagen sind bei E.ON Bayern oder im Internet unter www.eon-bayern.com zu beziehen.

Anhörung zur Umsetzung der WEEE in Deutschland:

Geteilte Verantwortung als richtiger Weg

Keine unnötige Bürokratie aufbauen

Berlin. Die mittelständischen Recycling- und Entsorgungsunternehmen können einen wichtigen Beitrag zu einer effizienten Umsetzung der europäischen WEEE-Richtlinien in Deutschland schaffen, erklärte heute morgen der bvse-Hauptgeschäftsführer Hans-Günter Fischer als Sachverständiger vor dem Umweltausschuss des Deutschen Bundestages.

Fischer bekannte sich zur geteilten Produktverantwortung, „weil es falsch wäre, die Kommunen bei der haushaltsnahen Erfassung der Elektro-Altgeräte außen vor zu lassen“. „Die regional verankerten mittelständischen Recycling- und Entsorgungsunternehmen können die Kommunen beim Aufbau eines dichten Netzes von umweltrechtlich genehmigten Annahmestellen unterstützen“, so Fischer, der außerdem darauf hinwies, dass „bei dieser Lösung auch die Sozialbetriebe als Subunternehmer optimal eingebunden werden könnten“.

Warnung vor Zentralismus

Der bvse-Hauptgeschäftsführer warnte in diesem Zusammenhang vor „zentralistischen Lösungen großer Systembetreiber“. Damit würde die Existenz der kleinen und mittleren Unternehmen gerade in den östlichen Bundesländern stark gefährdet. Hier habe sich langsam und unter großen Schwierigkeiten eine junge mittelständische Struktur herausgebildet, die für die Herausforderungen des neuen Gesetzes hervorragend aufgestellt sei. Dieses Know-how sollte genutzt und nicht durch Systeme von außen zerschlagen werden, betonte Fischer vor den Abgeordneten.

Richtige Kategorisierung

Aus Sicht der Recyclingunternehmen betonte Fischer, dass eine optimale Verwertung der Geräte auch etwas mit der richtigen Kategorisierung bei den Annahmestellen zu tun habe. „Wir setzen uns daher für sechs Gerätegruppen ein, das ist für qualifi-

zierte Annahmestellen absolut leistbar“, so Fischer, der sich auch dafür einsetzte, dass - entgegen dem Entwurf- die Unterhaltungselektronik gemeinsam mit Haushaltskleingeräten gesammelt werden solle. Aus verwertungstechnischer Sicht wäre das eine wichtiger und notwendiger Schritt zur Erfüllung der geforderten Recyclingquoten, erklärte er.

Integrativer Ansatz

Hinsichtlich der Zertifizierung der beteiligten Recycling- und Entsorgungsunternehmen setzte sich Fischer für einen „integrativen Ansatz“ ein. Er betonte, dass die zusätzlichen Qualifikationsanforderungen für E-SchrottreCYCLER unproblematisch im Rahmen der Zertifizierung der Unternehmen zu Entsorgungsfachbetrieben gemäß der Entsorgungsfachbetriebe-Verordnung abgeprüft werden können.

Auch beim „notwendigen“ Monitoring setzte sich der Sachverständige dafür ein, keine zusätzlichen bürokratischen Hürden zu schaffen, sondern mittels der Betriebstagebücher, die die Unternehmen ohnehin führen, die geforderten Verwertungsnachweise zu dokumentieren.

Über den Verband:

Der Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. vertritt als Anwalt der mittelständischen Recyclingwirtschaft mehr als 600 Unternehmen, die mit ca. 50.000 Beschäftigten etwa 10 Milliarden EURO jährlich erwirtschaften. Der bvse steht für Wettbewerb, Transparenz und Kontrolle in der Entsorgungswirtschaft.

Günstige Entwicklung des BayWa-Konzerns

Steigerung im Segment Baustoffhandel/Umsatzerwartung zum Jahresende

München. Der Handels- und Dienstleistungskonzern BayWa erreichte in den ersten neun Monaten dieses Jahres 4,5 Milliarden Umsatz und lag damit leicht über der Vorjahreshöhe. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit stieg um 3,6 Prozent auf 36,7 Millionen Euro. Der Konzernüberschuss nahm um 5,9 Prozent auf 30,5 Millionen Euro zu. „Damit bleibt der Konzern auf Plankurs“, erklärte Vorstandsvorsitzender Wolfgang Deml bei der Pressekonferenz in München. Zum Jahresende werde voraussichtlich wieder ein Umsatz von sechs Milliarden Euro erreicht.

Deml nannte als Hauptgründe für die günstige Entwicklung des Konzerns bis zum vierten Quartal deutliche Kostensenkung in allen Geschäftssparten und die positive Tendenz im Baustoffhandel. So trugen die Baustoffe knapp acht Millionen Euro zum Ergebnis der Bausparte bei und kompensierten die Rückgänge bei den Bau- und Gartenmärkten sowie die saisonalen Sondereinflüsse im Agrarbereich.

Expansion im Visier

Der Baustoffhandel konnte seine Marktposition in Bayern und Österreich stärken. „Diese Sparte setzt trotz schwieriger Marktverhältnisse verstärkt auf Expansion“, betonte der Vorstandsvorsitzende. Derzeit befänden sich Gespräche über Zukäufe mit einem Umsatzvolumen von 400 Millionen Euro in fortgeschrittenem Stadium. Mit dem Zukauf könne das Unternehmen bald zum Marktführer werden.

Auch regional baue der Konzern sein Geschäft damit aus. Nachdem er vor kurzem bereits im Raum Koblenz zwei kleinere Baustoffhändler erworben hätte, kämen nun Standorte in Nordrhein-Westfalen hinzu. Darüber hinaus prüft das Unternehmen 17 weitere Akquisitionen in der Branche.

Leichter Umsatzrückgang

Das Segment Agrar weist zum dritten Quartal einen leichten Umsatzrückgang von 2,2 Prozent auf zwei Milliarden Euro

aus. Dabei spielt die erbebtungte Absatzverlagerung von Getreide und die Ausgliederung einer Technikgesellschaft in Österreich eine Rolle. Vor allem die gute Ernte habe dem Konzern, so Deml, Rückhalt gegeben, die Getreideerfassung stieg um 60 Prozent. Weil die Landwirte in vielen Gegenden sehr spät geerntet haben, laufe ein Teil der Handelsgeschäfte erst im vierten Quartal.

In der Sparte Technik ist bereits mit positiven Auswirkungen zu rechnen. Leichte Investitionsbelegung ist bei einigen Erntemaschinen und vermehrten Serviceleistungen zu spüren.

Geschäftsbelegung

Das Segment Mineralöl erwartet sich ebenfalls im vierten Quartal eine Geschäftsbelegung. Wegen des hohen Ölpreises haben sich viele Verbraucher erst zögerlich mit Heizöl eingedeckt, nun müssen sie aber vor dem Winter trotz weiterhin hoher Preise ihre Tanks nachfüllen.

Stabil auf Vorjahresniveau

Die Umsätze der Produktgruppen Kraftstoffe, Diesel und Schmierstoffe blieben bei der BayWa stabil auf Vorjahresniveau. Für Diesel wurde erstmals eine transportable Tankstelle in Betrieb genommen, diese Innovation lässt sich in ländlichen Regionen variabel einsetzen und bietet bei erfolgreichem Test Möglichkeiten zur Vertrieboptimierung.

Zum 30. September waren im BayWa-Konzern 15300 Perso-

nen beschäftigt. Das sind 510 Mitarbeiter weniger als zu Beginn des Jahres.

„Dies zeigt“, so Deml, „dass der Konzern neue Organisations-, Führungs- und Vertriebsstrukturen sowie Prozessoptimierungen zu permanenten per-

Landesfeuerwehrverband Bayern:

Ressourcen ausloten!

In Bayern engagieren sich rund 322.000 freiwillige Feuerwehrleute in über 7.000 Feuerwehren ehrenamtlich für den Brand- und Katastrophenschutz. „Für dieses Geschenk der Ehrenamtlichkeit, diesen tagtäglichen Einsatz für das Gemeinwohl, der schlichtweg unbezahlbar ist, können wir nicht dankbar genug sein“, betonte Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich der 11. Landesverbandsversammlung des Landesfeuerwehrverbandes Bayern e.V. in Barbing, verbunden mit der Feuerwehraktionswoche 2004, die heuer unter dem Motto „Wir machen uns fit für morgen - Komm und mach mit!“ stand.

Laut Beckstein sollen neue Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien sicherstellen, dass die Kommunen die Zuschüsse schnell und ohne unnötige Bürokratie erhalten. Für die meisten Kommunen werde es immer noch günstiger sein, schnell zu den in Aussicht gestellten Staatszuschüssen zu kommen, „auch wenn sie in Zukunft etwas niedriger ausfallen werden, als mehrere Jahre darauf warten und zwischenfinanzieren zu müssen“. Die neuen Förderrichtlinien sollen am 1. Januar 2005 in Kraft treten. Die Kommunen erhalten im Jahr 2004 47 Millionen Euro staatliche Zuschüsse für Feuerwehrfahrzeuge, -geräte und Gerätehäuser.

Reform des Förderwesens

Die wichtigen Ziele bei der Reform des Förderwesens sind der schnelle Abbau des Förderstaus und die Rückkehr zu einer zeitnahen Auszahlung der Zuschüsse. Zudem soll das Förderverfahren durch Reduzierung der Fördervorschriften

sonellen Anpassungen nutzt“.

Trotz vieler Unwägbarkeiten auf den Märkten Agrar, Bau und Energie plant der BayWa-Konzern nach den Worten Demls für 2005 erneut eine Ergebnisverbesserung. Zu diesem Zweck intensiviert das Unternehmen die Umsetzung seiner Strategien. Im Vordergrund stehen dabei der profitable Wachstumskurs in den Sparten Agrar und Baustoffe, Kostenreduktion in allen Geschäftsbereichen sowie Vertriebs- und Prozessoptimierung im gesamten Konzern.

E. Scholl

Kooperation von FAUN und SCHMIDT:

Synergieeffekte im produktiven Sektor

Grimma/St. Blasien - Einen Vertrag zur Produktions-Kooperation sind die beiden namhaften Kehrmaschinenhersteller FAUN und SCHMIDT eingegangen. In Zukunft wird es nur noch ein gemeinsames Produktportfolio im LKW-Aufbaukehrmaschinenbereich geben, das in Grimma, Standort des sächsischen FAUN-Werkes, hergestellt wird.

Ziel der Kooperation ist es, den SCHMIDT- und FAUN-Kunden eine qualitativ hochwertige und leistungsstarke Kehrmaschine aus den besten Bestandteilen der bisherigen Produktprogramme der beiden Unternehmen anzubieten. Das in St. Blasien ansässige Unternehmen SCHMIDT profitiert dabei von den fundierten Kenntnissen der FAUN Viatic GmbH in der Kehrmaschinenproduktion und bringt selbst seine langjährige Erfahrung aus zahlreichen ausländischen Marktgebieten in die Verbindung ein.

Unabhängiges Angebot

Gleichwohl bleiben die Marken FAUN und SCHMIDT allerdings auch zukünftig autark bestehen und werden weiterhin unabhängig voneinander angeboten. Die vorhandenen SCHMIDT-Kehrmaschinen werden selbstverständlich durch den SCHMIDT-Kundendienst betreut und mit Ersatzteilen versorgt. Eine Übergangsfrist bis September 2005 regelt den beiderseitigen Produktionsablauf und ab Oktober 2005 wird FAUN Viatic GmbH das ge-

meinsame Produktportfolio der LKW-Aufbaukehrmaschinen selbstständig fertigen. SCHMIDT konzentriert sich auch weiterhin auf die weltweiten Aktivitäten in Entwicklung und Herstellung von Kompakt-Kehrmaschinen.

Erfolgreiche Projekte

Bei FAUN und SCHMIDT freut man sich auf die Zusammenarbeit. Erfolgreiche Projekte aus der PKW- und LKW-Industrie, wo derartige Kooperationen heutzutage üblich sind, sprechen für diese Verbindung. Die FAUN Gruppe, Europas führender Hersteller für Entsorgungstechnik, hat in 2003 einen Umsatz von 195 Mio. Euro erwirtschaftet und beschäftigt europaweit 1100 Mitarbeiter.

Die SCHMIDT Gruppe entwickelt und vertreibt seit Jahren erfolgreich ausgereifte Lösungen für die Straßenreinigung, der mobilen Abwassertechnologie sowie Geräte zur Straßenunterhaltung. SCHMIDT ist weltweit Marktführer in den Bereichen Winterdienst und Kompaktkehren. Der Gruppenumsatz liegt bei 200 Mio. Euro und in 2004 beschäftigt die Gruppe 1200 Mitarbeiter.

erklärtes Ziel ist es, die Personalausstattung und damit die Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehren trotz des zunehmenden Pendlerverkehrsrund um die Uhr sicherzustellen. Deshalb sollten künftig nicht nur Gemeindebewohner, sondern alle geeigneten Personen, die in einer Gemeinde einer regelmäßigen Arbeit nachgehen, Mitglied der dortigen Freiwilligen Feuerwehr werden können“, führte Beckstein aus.

Beckstein dankte dem Landesverband für dessen ausgezeichnete Verbandsarbeit und die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen. Seinen langjährigen Amtschef im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Ministerialdirektor a. D. Dr. Georg Walterer händigte Beckstein die höchste Auszeichnung des bayerischen Feuerwesens, das Steckkreuz des Feuerwehr-Ehrenzeichens aus.

Vorsorge betreiben

Wie der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes, Kreisbrandrat Alfons Weinzierl aus Dingolfing, bemerkte, gehe es in Zukunft nicht um die generelle Neuausrichtung der Feuerwehren, sondern um Schwerpunkte und Eckpunkte, die es zu setzen gelte. Diese Eckpunkte müssten erläutert, beschrieben und im Gesetz festgemacht werden. Feuerwehr heute heiße Vorsorge zu betreiben, den Erhalt der Ortsfeuerwehren zu stärken, Aufgaben auf mehr Schultern zu verlagern, Synergieeffekte zu nutzen und Ressourcen optimal auszuloten.

Dazu gehöre eine zeitgemäße Feuerwehrförderung mit Vereinfachung der Beantragung ge-

nauso wie eine Bedarfsplanung auf örtlicher Ebene. Zudem müsse die Feuerschutzsteuer zu 100 Prozent beibehalten werden, auch seien Qualitätsstandards festzulegen. Hilfsfristen müssten klar geregelt, Personalqualifikationen festgelegt, die Verbesserung der Ausübung des Ehrenamts festgeschrieben und die Integrierten Leitstellen schnell umgesetzt werden.

Für Weinzierl nicht akzeptabel ist der Umstand, „dass der Staat wie in diesem Jahr und auch im Doppelhaushalt 2005/2006 zweckgebundene Mittel aus der Feuerschutzsteuer verwendet um seinen Haushalt auszugleichen, und zudem die Förderung für die Feuerwehren kürzt und ihnen zugleich noch mehr Aufgaben überträgt“. Hierzu müssten auch die entsprechenden Fahrzeuge gestellt werden und der Gesetzgeber den Ehrenamtlichen entsprechende Rahmenbedingungen schaffen.

Zeitnahe Präsentation

Voraussetzungen hierfür seien eine zeitnahe Präsentation von Fahrzeugen und Sondergeräten durch Bund und Staat, bessere Freistellungsmöglichkeiten der Feuerwehrler, die Unterstützung von Arbeitgebern, die Feuerwehrleute beschäftigen sowie die Abschaffung der Sozialversicherungspflicht für Ehrenamtliche. Weinzierl abschließend: „Gerade für unsere bayerischen Feuerwehren ist es sehr wichtig, die Arbeit und Interessen der Basis nachhaltig zu unterstützen. Das kann nur ein starker, selbstbewusster Spitzenverband, der sich auf das Wesentliche konzentriert und ein hohes Maß an innerer Geschlossenheit verkörpert.“ DK

Zwischen IAA und IFAT:

Mercedes lud zur Leistungsschau der Kommunalfahrzeuge

Eine Mischung aus IAA und IFAT - das bringt nur der Marktführer für Nutzfahrzeuge in Deutschland zu Stande. Mercedes-Benz nennt dies „Kommunal Live“ und präsentiert alle zwei Jahre seine gesamte Fahrzeugpalette, die im kommunalen und verwandten Bereichen eingesetzt wird. Eine hauseigene Nutzfahrzeugschau also, zu der die Aufbauten- und Geräteindustrie ebenso reichlich beiträgt. Insofern gab der Besuch auf dem Hockenheimring einen guten Marktüberblick, wenn auch echte Neuheiten erwartungsgemäß fehlten. Schließlich hatte Mercedes-Benz gerade die IAA Nutzfahrzeuge hinter sich und die Aufbautenindustrie ist mit ihren Novitäten ganz auf die IFAT im kommenden April in München ausgerichtet.

Natürlich versäumte es der Veranstalter nicht, seinen Besuchern - sämtlich als Fachpublikum aus dem unmittelbaren Anwenderbereich angesprochen - auf die jüngsten technischen Errungenschaften unter dem Stern hinzuweisen.

System Bluetec zur Bearbeitung des Abgasstroms

Im Allgemeinen galt dabei die Aufmerksamkeit dem System Bluetec zur Bearbeitung

des Abgasstroms, dank dem nicht nur vorzeitig die ab Oktober 2006 verbindliche Abgasnorm Euro 4, sondern auch schon Euro 5 (Oktober 2009) erfüllt wird.

Das System arbeitet mit Abgasnachbehandlung unter Zugabe einer Harnstofflösung, die im Katalysator aus Stickoxiden unschädlichen Stickstoff und Wasserdampf macht. Das ist einer von zwei Wegen, mit denen die gesamte Nutzfahrzeugindustrie die künftigen Abgasnormen einhält. DAF, Iveco,

Renault und Volvo haben mitentwickelt.

Interessenschwerpunkte

Im Speziellen interessierte sich das Publikum für die überarbeiteten Lkw-Baureihen Atego (Gesamtgewicht bis 15 Tonnen) und Axor (bis 26 Tonnen). Beide sind häufig verwendete Basisfahrzeuge für Kommunalaufbauten, der Axor für Abfallsammelaufbauten und Wechselcontainer und der Atego für Kehraggregate und kleinere Absetzkipper. Zudem laufen viele als Kipper mit und ohne Allradantrieb in Kommunal-Gelb.

Geliftete Gesichter

Neue Motoren, verbesserte Innenausstattung und geliftete Gesichter kennzeichnen die aktualisierten Fahrzeuge. Neue Motoren hat auch der Econic, das Prestigefahrzeug der Abfall-

sammelbranche. Der Mercedes mit der niedrigen Kabine bekommt zwar noch nicht Blue Tec - damit beginnt das Top-Modell Actros ab Januar 2005 - verfügt aber mit seinen drei Motoren (231 PS, 279 PS und 326 PS) ebenfalls über moderne und umweltverträgliche Technik. Die Krone setzt dem Econic der neue Erdgasmotor auf: Euro 5 wird locker unterboten! Der Unimog als Inbegriff des großen kommunalen Geräteträgers ist noch relativ neu, so dass es zuletzt nur wenige Weiterentwicklungen gab. Dazu zählt die Auswechselbarkeit der Leistungshydraulik. Warum das? Wenn sie - in wenigen Handgriffen - ausgebaut ist, erhöht sich die Nutzlast um 250 Kilogramm.

Reiz der Vielfalt

Nun ist die „Kommunal Live“ aber viel mehr als eine Verkaufsausstellung von Mercedes-Benz. Den Reiz macht die Vielfalt der ausgestellten Aufbauten aus. Mehr als 100 gaben sich ein Stelldichein, einschließlich der Fraktionen Feuerwehr und Flughafeneinsatz. Viele der Aufbautenhersteller arbeiten sehr eng mit Mercedes-Benz zusammen, allen voran die Schmidt Winterdienst- und Kommunaltechnik GmbH aus St. Blasien im Schwarzwald.

Hockenheim-Präsentation

Sie hat den Unimog praktisch von der ersten Stunde an begleitet und hält ein ganzes Sortiment von Winterdienst-, Kehr- und Mähgeräten speziell für Mercedes-Fahrzeuge vor. In Hockenheim präsentierte Schmidt unter anderem eine interessante Kombination: Transporter Vario mit Doppelkabine, Allradantrieb und passender Winterdienstausrüstung. Eine weitere Attraktion war der Road Repair Patcher auf Atego-Basis - ein Aufbau zum Reparieren von Asphalttrassen per Joystick von der Kabine aus. Die Maschine stammt von Savelco in Schweden, einem Betrieb der Schmidt-Gruppe.

Real vorgeführt werden konnte die Technik in Hockenheim nicht, denn auch die Nebenpisten des Hockenheimrings weisen keine Risse auf. Die inzwischen gut eingeführte Schmidt-Kehrmaschine SK 650 für Lkw-Chassis stand in mitten einer kleinen Atego-Parade im friedlichen Nebeneinander mit den Wettbewerbern Faun und Bucher-Schörling sowie Brock.

Aktuelle Lademöglichkeiten

Die lange Reihe der Abfallsammelfahrzeuge - fast alle auf Basis des Econic - bot einen kompletten Überblick über die aktuellen Lademöglichkeiten: Heck, Seite, Front, alles war vertreten bei Faun, Geesink, Haller, Schörling, Zoeller, Zweiweg und anderen.

Das Institut für Fördertechnik und Logistik der Universität Stuttgart stellte eine neue Kombination vor das gemeinsame Sammeln von herkömmlichem Abfall in Form von Schüttgut und von aufgesammeltem

Stark Geräuschabsorbieren
Oberflächenschonend
Hindernisunempfindlich
Gute Gleiteigenschaften, dadurch minimierter Kraftstoffverbrauch
Hohe Standzeiten, dadurch lange Einsatzzeiten und langer Austauschzyklus.
Gutes Preis - Leistungsverhältnis
Hauptanwendungsgebiete
Städte und Gemeinden in unteren Höhenlagen
Straßen mit Schneematsch und geringen Schneehöhen. ☞



Kehraufbauten auf Mercedes-Lkw - einer der Schwerpunkte auf der „Kommunal Live“. Vorn die Schmidt SK 650 auf Atego. Text und Bild: Matthias Röcke

Stückgut, zum Beispiel Elektroschrott. Hinter dem Fahrerhaus sind zwei Gitterboxen übereinander und eine Laderampe platziert, dahinter der her-

kömmliche Abfallsammelaufbau, in diesem Falle von Haller. Mit diesem Fahrzeug die „Kommunal Live“ sogar eine Weltpremiere! ☞



20 komplett ausgerüstete MAN-Winterdienstfahrzeuge mit Schneepflügen der Firma Schmidt aus St. Blasien wurden kürzlich nach Belgrad geliefert. ☞

Schmidt Winterdienst- und Kommunaltechnik GmbH:

Schürfleisten für Schneepflüge

Die Schmidt Stahl- Schürfleiste ist aus hochverschleißfestem Spezialstahl gefertigt. Sie ist anwendbar für die aggressive Räumung, bei allen Schneearten und für sämtliche Räumaufgaben. Bei gepflasterten Flächen (Verbundstein) ist sie jedoch nur beschränkt einsetzbar.

Schürfleisten Stahl

Produkteigenschaften:

- ☞ Sehr hart
- ☞ Nicht biegsam
- ☞ Minimale Bartbildung beim Verschleiben
- ☞ Aggressive Schälwirkung
- ☞ Gute Gleiteigenschaften
- ☞ Geringes Gewicht
- ☞ Preisgünstig

Hauptanwendungsgebiete:

- ☞ Festgefahrene Schneedecke
- ☞ Weißräumung
- ☞ Gebirgsstrecken
- ☞ Kommunen in Mittelgebirgslagen

Schürfleisten Kombi S 36/S 50

Die Schmidt Kombi S 36 Schürfleiste ist eine Verbundschiene aus Stahl, Korund (Keramik) und Gummi. Sie besitzt die Räumeeigenschaften einer Stahlverschleißschiene wobei der Verschleiß durch die Korundplatten enorm minimiert wird.

Das Verbundmaterial Gummi reduziert die Fahrgeräusche und dämpft Anfahrstöße. Sie ist anwendbar bei allen Schneearten und für sämtliche Räumaufgaben. Bei gepflasterten Flächen ist sie nur beschränkt einsetzbar.

Die Kombi S 50 entspricht im Aufbau der Kombi S 36, jedoch mit einer wesentlich höheren Standzeit, wie sie bei Autobahnen erforderlich ist.

Produkteigenschaften S 36:

- ☞ Hart
- ☞ Nicht biegsam
- ☞ Begrenzt aggressiv
- ☞ Sehr gute Gleiteigenschaften, dadurch minimierter Kraftstoffverbrauch
- ☞ Hohe Standzeit, dadurch lange Einsatzzeiten und langer Austauschzyklus.
- ☞ Geräuschabsorbierend
- ☞ Gutes Preis-Leistungsverhältnis

Zusätzlich S 50:

- ☞ Höchste Gleiteigenschaften durch sehr hohen Korundanteil in der Schiene
 - ☞ Sehr hohe Standzeiten, dadurch extrem lange Einsatzzeiten und langer Austauschzyklus
- #### Hauptanwendungsgebiete
- ☞ Landstraßen
 - ☞ Bundesstraßen,
 - ☞ Autobahnen (speziell S50)
 - ☞ Städte, Gemeinden

Schürfleisten Gummi

Die Schmidt Gummi - Schürfleiste ist ein vulkanisiertes Formteil aus einer abriebfesten Gummimischung. Ihr hauptsächlichster Einsatz ist die geräuscharme Schneeräumung von Schneematsch im Stadtbereich. Für aggressive Räumungen ist sie nicht geeignet. Sie ist geeignet, gepflasterte Fahrbahnoberflächen schonend von Schnee bzw. Schneematsch zu befreien. Fahrbahnmarkierungen werden von dieser Schiene nicht angegriffen.

Die Schmidt Gummi Verschleißschiene ist hindernisunempfindlich und schonend deshalb den Schneepflug und das Räumfahrzeug, wie auch hervorstehende Kanalschächte.

Produkteigenschaften

- ☞ Elastisch
- ☞ Biegsam
- ☞ Stark geräuschabsorbierend
- ☞ Oberflächenschonend
- ☞ Stoßabsorbierend
- ☞ Preisgünstig

Hauptanwendungsgebiete

- ☞ Städte und Gemeinden in unteren Höhenlagen
- ☞ Straßen mit Schneematsch und geringen Schneehöhen

Schürfleisten Gummi - Korund

Zur Verbesserung der Gleiteigenschaft und der Standzeit werden in der Gummischiene Keramikteile eingelegt

Die Schmidt Gummi Korund - Schürfleiste ist eine nicht aggressive räumende Schiene, die für die Räumung von Schneematsch konzipiert ist.

Die Schürfleiste bleibt jedoch biegsam, die Räumung von gepflasterten Fahrbahnoberflächen bleibt möglich.

Fahrbahnmarkierungen bleiben weitestgehend unbeschädigt. Die Schmidt Gummi Korund - Leiste ist unempfindlich beim Überfahren von Bodenhindernissen und schonend deshalb Schneepflug und Räumfahrzeug, wie auch hervorstehende Kanalschächte.

Produkteigenschaften

- ☞ Elastisch
- ☞ Beschränkt biegsam

Deutschland braucht Bewegung in Richtung Fortschritt

Von Adolf Dingreiter, MdL a. D.

Deutschland steckt in der Krise. Kaum ein Tag ohne negative und verunsichernde Meldungen. Kann es in einem solchen Klima wieder aufwärts gehen? Kaum! Deutschland braucht wieder mehr Tatkraft, mehr Bewegung und Mut zur Zukunft. Es muss sich aus der Erstarrung lösen, in der es zu ersticken droht.

Die Deutschen sind nicht dümmere als andere. Woran liegt es dann? Hat uns der Wohlstand der vergangenen Jahrzehnte träge und zögerlich gemacht? Solange Lobbyisten überwiegend darum kämpfen, wie der noch vorhandene Wohlstand verteilt werden kann, kommen wir nicht voran. Es ist vielmehr Zeit darüber nachzudenken, wie Wohlstand in unserem Land entsteht. Denn auf Dauer kann nur das verteilt werden, was vorher erarbeitet worden ist.

Kopf und Konzept

Dazu brauchen wir mehr Bewegung in den Köpfen und in den Konzepten. Aber wie soll das gehen, wenn derzeit z. B. von 100 Patenten in Deutschland 27 aus Bayern und 25 aus Baden-Württemberg - also über 50 Prozent aus den zwei Südländern kommen. Wie steht es um den Fortschritt in den übrigen 14 Bundesländern? Auch aus anderen Zahlen ist der erschreckende Niedergang des Technologiestandortes Deutschland abzulesen. So z. B. an der Zahlungsbilanz für technologische Dienstleistungen. Deutschland ist nicht mehr - wie über Jahrzehnte hinweg - Netto-Exporteur von Patentrechten, Forschungs-, EDV- und Ingenieurleistungen, sondern Netto-Importeur. Der Welthandelsteil Deutschlands an forschungsintensiven Erzeugnissen ist von früher knapp 20 Prozent auf rund 14 Prozent geschrumpft.

Erkenntnisse umsetzen

„Ohne neues Wissen aus der Forschung gerät die deutsche Wirtschaft ins Hintertreffen“, warnt Hariolf Grupp, Mitautor des Regierungsberichtes zur „Technologischen Leistungsfähigkeit“. Und man muss hinzufügen: Forschung und Ent-

Forderung des VCD:

Sanften Tourismus stärker fördern!

Nürnberg - Anlässlich der Jahrespressekonferenz Tourismus des Bayerischen Wirtschaftsministeriums (siehe Seite 1) hat der Landesverband Bayern des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) eine wesentlich stärkere Förderung des sanften Tourismus gefordert.

Der VCD stellt übereinstimmend mit dem Wirtschaftsministerium fest, dass der Tourismus zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen in Bayern gehört. Besonders für strukturschwache Räume ist eine positive Entwicklung des Tourismus oft lebenswichtig.

„Für eine nachhaltige Entwicklung des Tourismus ist die Förderung eines 'sanften Tourismus' und insbesondere die Entwicklung umweltverträglicher Mobilitätskonzepte von entscheidender Bedeutung“, betont Matthias Striebich, stellvertretender Vorsitzender des VCD Bayern. Dadurch wird zum einen ein Beitrag geleistet, die wesentlichen Potenziale der Tourismusregionen zu erhalten - nämlich relativ intakte Umwelt, saubere Luft und Ruhe. Zum anderen werden damit auch Urlauber angesprochen, die entweder bewusst mit Bahn, Bus oder Fahrrad mobil sein

wicklung alleine genügt nicht, wir müssen auch bereit sein, neue Erkenntnisse im eigenen Land umzusetzen in neue Produkte und Produktionsverfahren. Wir müssen offener sein für Neues, wenn wir den technologischen Fortschritt für die Zukunft sichern wollen.

Restriktionen

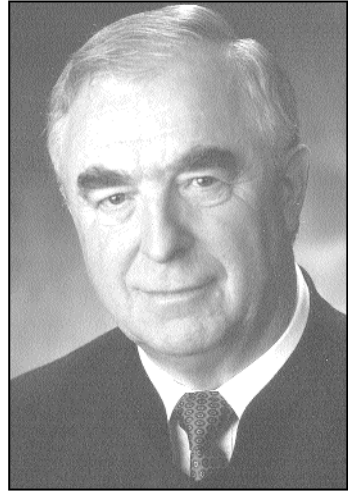
Deutschlands Industrie lebt heute weitgehend von den Leistungen der Vorväter. Ein Sechstel der Beschäftigten ist in der Kraftfahrzeugproduktion und ihrem Umfeld tätig. Das Automobil und der Ottomotor sind deutsche Erfindungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Damals und in den Folgejahren waren Deutschlands chemische Forschung, die hiesige Chemie- und Arzneimittelindustrie weltweit führend. Heutzutage haben Schweizer und amerikanische Konzerne die deutsche Industrie überrundet. Nicht zuletzt, weil der Gesetzgeber durch Restriktionen die Forschung in Deutschland unnötig erschwert. Wird Deutschland weiter ins Hintertreffen geraten?

Bahnbrechende Neuheiten

Wichtiges und Geldwertes fiel Deutschlands Forschern seit der Erfindung von Auto und Aspirin ein. 1957 wurde bei NSU der erste funktionsfähige Wankelmotor produziert. Anfang der 60er Jahre entwickelte Walter Bruch bei Telefunken das heute beste Farbfernsehensystem PAL. Das Faxgerät wurde in Deutschland erfunden. 1967 ließ Wolfgang Hilberg seine revolutionäre Funkuhr patentieren. Danach schuf ein deutsches Firmenkonsortium die Magnetschwebbahn Transrapid.

Doch die bahnbrechenden Neuheiten wurden hierzulande nicht genutzt. Die deutschen Farbfernseh- und Unterhal-

tungselektronikfirmen wussten ihren technischen Vorsprung nicht zu nutzen und sind weitgehend vom Markt verschwunden. Die deutschen Uhrenproduzenten wiederum debattierten so lange über die Massenfertigung der Funkuhr, bis Hilbergs Pa-



Adolf Dingreiter.

tent auslief. Während in Deutschland noch über die Kosten des Transrapid gestritten wird, transportiert die Magnetrain längst Passagiere in China. Eine fragwürdige Referenz für die deutschen Produzenten. Fehlt es bei uns an Interesse, eine Technologie des 21. Jahr-

Forderung Bayerns:

„Verkehrsprojekte Europäische Einheit“

„Die Bayerische Staatsregierung handelt, die EU überlegt, die Bundesregierung kneift“, sagte Europaminister Eberhard Sinner bei einer Veranstaltung des Wirtschaftsbeirats der Union e.V. mit dem Titel „Grenzregion - Risikoregion oder Aufsteigerregion?“ in Deggendorf. Die jüngste Erweiterung der EU, die das Grenzland gegenwärtig so unter Anpassungsdruck setze, sei kein rein bayerisches, sondern ein deutsches und europäisches Projekt.

Die Staatsregierung stehe „ohne Wenn und Aber“ zu ihrer Verantwortung. Bayern habe im Jahr 2001 ein 100 Millionen Euro Ertüchtigungsprogramm Ostbayern aufgelegt, am 25. Mai 2004 in Freyung ein Maßnahmenpaket für Investitionen und Infrastrukturprojekte in Ostbayern verabschiedet und am 7. September 2004 die hierfür zugesagte Verwendung der Erlöse aus dem Verkauf der Regentalbahn beschlossen. Bayern habe darüber hinaus die Mindestinvestitionsgrenze der bayerischen Regionalförderung von 500.000 Euro auf 250.000 Euro abgesenkt und neue Förderhöchstsätze von 80 % in der Städtebauförderung und Dorferneuerung in den nächsten fünf Jahren festgelegt.

Sinner: „Das sind starke finanzielle Leistungen für ein starkes Ostbayern. Damit ist und bleibt die Staatsregierung ein verlässlicher Partner der bayerischen Grenzregionen.“ Im Verkehrsbeiratsbereich sei die Staatsregierung dagegen weitgehend auf den Bund angewiesen, der jedoch kein Geld zur Verfügung stelle. Sinner: „Dabei wäre ein Programm ‚Verkehrsprojekte Europäische Einheit‘ dringend notwendig! Wie kann man Europa vereinigen, wenn der Lkw in Tschechien bis an die Grenze auf der Autobahn rollen kann, und sich anschließend in Deutschland auf der Landstraße durch die Dörfer quälen muss?“ Und natürlich brauche man angesichts des stark ansteigenden Güterverkehrs mit den östlichen Nachbarn nicht nur leistungsfähige Straßenverbindungen, sondern mindestens ebenso leistungsfähige Schienenwege.

Sinner: „Hier muss der Bund seine Anstrengungen verstärken, sowohl im wirtschaftlichen als auch im Umweltinteresse.“ Die Bundesregierung tue viel zu wenig. Die Staatsregierung kämpfe in Berlin und Brüssel dafür, dass das ostbayerische Grenzland auch in der nächsten Förderperiode der EU-Strukturfonds von 2007 bis 2013 angemessen berücksichtigt werde. Mit der Anerkennung der ostbayerischen Grenzregionen als ‚benachteiligte Gebiete‘ durch die EU-Kommission sei ein Teilerfolg erzielt worden. Doch sichere das noch nicht die Basisförderung. Hier müsse es noch weitere Zusicherungen der EU geben.

Wichtige Partner seien insoweit auch die Grenzregionen in Österreich und Italien, die ebenfalls an die neuen EU-Staaten angrenzen. In zwei Wochen werde man der Kommission ein gemeinsames Positionspapier übergeben und Ende November bei einer Veranstaltung in Brüssel gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftskammern entlang der Grenze zu den neuen Mitgliedstaaten (ARGE-28) nochmals die bayerischen Forderungen deutlich machen. Mit Blick auf die Bundesregierung forderte Sinner: „Was wir brauchen sind durchgreifende Strukturreformen in Deutschland. Eine Senkung der Lohnnebenkosten durch die Reform der Sozialleistungssysteme, eine Steuerreform, die Unternehmen und besonders den Mittelstand weiter entlastet sowie eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Dies wäre die beste ‚Regionalpolitik‘ für Ostbayern.“

hunderts industriepolitisch nach vorne zu bringen und uns damit in der Welt neue Märkte zu erschließen?

Verlorener Vorsprung

In der Wasserstoffanwendung haben jetzt die USA und Japan durch massive Förderprogramme die Rolle der Technologieführer übernommen. Deutschland hat seinen Vorsprung verloren, obwohl es über Jahrzehnte hinweg Pionier auf dem Gebiet der Wasserstofftechnologie im Verkehrsbereich war. Gerät das High-Tech-Land Deutschland damit bei der Energie des 21. Jahrhunderts in neue Abhängigkeiten? Ähnliches erleben wir derzeit in der Verkehrsleittechnik und beim Mautsystem.

Stadium der Erstarrung

Das sind nur einige Beispiele die deutlich machen, dass wir uns weithin in einem Stadium der Erstarrung befinden, wo Aufbruch und Bewegung dringend nötig wären. Und das ist nicht nur ein Problem der letzten Jahre. Die Ursachen liegen 30 Jahre zurück. Da gab es die Bewegung der 68er, die in den 70er Jahren mit ihren politischen Sympathisanten Wirtschaftswachstum und alles Neue verteufelt hat. Eine Angst vor dem technologischen Fortschritt hat sich in Deutschland breit gemacht.

Viele Menschen - weit über die Anhänger der 68er hinaus -

haben sich von diesem Denken anstecken lassen. Bis heute! Hier muss sich etwas ändern. Die Menschen müssen in ihrer Mehrheit erkennen, dass wir in einer globalen Welt auf technologische Überlegenheit angewiesen sind.

Vorreiter Bayern

Wenn wir Wohlstand und soziale Sicherheit bewahren wollen, müssen wir um den Prozentsatz innovativer, kreativer und produktiver sein, um den wir gegenüber anderen Ländern teurer sind. Und das ist eine ganze Menge.

Bayern hat es auf vielen Feldern vorgemacht wie es geht. Veränderung ist aber in ganz

Deutschland notwendig. Wer nur das Erreichte bewahren will, gefährdet es. Eine bereits gescheiterte Vollkaskogesellschaft darf nicht mehr das Idealbild in unserem Land sein. Wir müssen wieder bereit sein Verantwortung zu übernehmen und Risiken einzugehen, um uns dadurch nachhaltig Chancen für die Zukunft zu eröffnen.

Leistung muss sich lohnen

Wir brauchen mehr Bewegung in Richtung Fortschritt. Leistung und Mut müssen sich wieder lohnen. Und lohnen hat letztlich etwas mit belohnen zu tun. Nur so kann der Erfolg wieder zurückkehren.

„Marzlinger Spange“ nimmt Fahrt auf

Nun greift das Räderwerk langsam ineinander: Bereits im vergangenen Sommer wurde im Bayerischen Landtag von Abgeordneten der CSU ein Antrag eingebracht. Dieser spricht sich dafür aus, neben einer schnell zu realisierenden S-Bahn-Kurve von Freising zum Flughafen zügig Planungssicherheit für eine Fernbahn-Anbindung über die Marzlinger Spange zu schaffen. Diesen Steilpass hat nun die Bundesebene aufgenommen. Bei einem Gespräch im Berliner Verkehrsministerium konnten die Vertreter der ostbayerischen Initiative ihre Argumente vortragen.

Angelika Mertens, Parlamentarische Staatssekretärin im Stolpe-Ministerium, erkannte durchaus die Notwendigkeit eines Fernbahn-Anschlusses für den Flughafen München an. Grundsätzlich entspreche es dem Flughafenkonzept der Bundesregierung, zusammen mit den Ländern und den Flughafenunternehmen die Verknüpfung von Schiene und Luft zu verbessern. Damit solle eine möglichst weitgehende Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene erreicht werden.

Warten auf Analysen

Der Bund, so Frau Mertens, warte noch auf die vom bayerischen Verkehrsministerium in Auftrag gegebenen Potenzialanalysen für die drei im Raumordnungsverfahren positiv beurteilten Trassen-Alternativen „Neufahrner Gegenkurve“, „Pullinger Spange“ und „Marzlinger Spange“. Diese seien Grundlage der weiteren Bewertung. Daneben stehe auch noch die Entscheidung über die Verwirklichung der Magnetschwebbahn „Transrapid“ an.

Peter Bartleit wies in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der ostbayerischen Kooperation

dabei auf die grundlegenden Wesensmerkmale der unterschiedlichen Lösungs-Ansätze hin. Auch wenn der „Transrapid“ hinsichtlich seiner Finanzierung eine gewisse Sonderstellung einnehme, müsse er in seiner Relation von der Münchner Innenstadt zum Flughafen doch als Nahverkehrs-Angebot betrachtet werden.

Unattraktiver Umweg

Für den Raum Ostbayern und die angrenzenden EU-Regionen sei der Umweg über den Hauptbahnhof völlig unattraktiv. Nur die „Marzlinger Spange“ biete die Möglichkeit, durchgehende Zugläufe aus Nordbayern, der Tschechischen Republik oder dem Raum Passau über den Flughafen beispielsweise zum Münchner Ostbahnhof zu führen.

Hans-Joachim Pfeiff von der Stadt Regensburg verwies in diesem Zusammenhang auf die bereits abgeschlossene Studie für eine „Isar-Donau-Moldau-Bahn“. Es sei ein wichtiges Ziel, die beiden europäischen Metropolregionen München und Prag auf dem Landweg besser zu verknüpfen. Dabei müsse auch an die Wiederbelebung der früheren Fernzüge Prag-München-Zürich gedacht werden. DK

Eisenbahnstrecke München-Starnberg wird 150 Jahre alt

Starnberg - Mit seiner Idee eine Bahnverbindung von München nach Starnberg zu bauen, hat sich Johann Ulrich Himbsel zunächst eine gewaltige Abfuhr geholt. Die Bahnlinie sei schädlich für das Volk, es könnte von einer großen Unrast befallen werden, dachte der damalige Bayernkönig Ludwig I.

„Weder eine Dampfschiffahrt auf dem Würmsee noch eine Eisenbahn durch meinen Park soll statt haben“, antwortete der König barsch. Bei Ludwigs Nachfolger Max II, fand Münchens Baurat Himbsel endlich ein offenes Ohr. Im Jahr 1851 erhielt er die Genehmigung für die Bahnlinie und schon 1854 war sie fertig.

Ausstellung bis 16. Januar

Seither haben Generationen von Münchnern, Kommunionkindern und Firmlingen ihre Ausflüge nach Starnberg gemacht. Auch hat kein anderes Ereignis die Geschichte Starnbergs so nachhaltig beeinflusst. Zum 150-jährigen Bestehen der Bahnstrecke ist noch bis 16. Januar die Ausstellung „Mit Voll dampf zum See - 150 Jahre

Eisenbahnstrecke München - Starnberg“ mit sehenswerten Stücken und Informationstafeln zur Geschichte in der Starnberger Geschäftsstelle der Kreis-sparkasse München-Starnberg zu sehen.

Fakten und Dokumente

Die Ausstellung, die von dem Geldinstitut ins Leben gerufen und finanziert wurde, ist in Zusammenarbeit mit der Stadt Starnberg sowie dem Journalisten Otto Walser entstanden. Neben viel Information rund um die historischen Fakten zum Bau der Bahnstrecke sowie skurrilen Schilderungen von Reiseerlebnissen aus der damaligen Zeit, werden alte Dokumente und Postkarten, aber auch Modellzüge gezeigt.

Sylvia Böhm-Haimler

BMG-Dialogveranstaltung in Freising:

Wissenswertes zum Transrapid

„Selten hat ein Thema so viel Staub aufgewirbelt und Emotionen erzeugt wie der Transrapid“, bemerkte Freisinger Oberbürgermeister Dieter Thalhammer, diesmal bei einer weiteren Dialogveranstaltung der BMG in der oberbayerischen Kreis- und Universitätsstadt. Die rund 100 Zuhörer im Rathaussaal blieben freilich weitestgehend „auf dem Boden“ und versuchten, ohne allgemeine Verurteilungen und Polemik sich des Themas zu nähern. Ohnehin, so Freisingers Rathauschef, seien Unterstellungen und Beleidigungen, wie sie bedauerlicherweise immer wieder vorkämen, „nicht gerechtfertigt“, da der momentane Informationsstand kein abschließendes Urteil zulasse.

Rahmendaten für das Projekt dem Bau und 2009 mit dem Probetrieb beginnen, um schließlich 2010 den Schwebel in Dienst zu stellen. Die BMG-Mitarbeiter Markus Kretschmer und Karlheinz Wolff, die anschließend den

Problemloses Einfügen

Kooperation:

ESRI Geoinformatik GmbH und PTV AG

ESRI Geoinformatik GmbH und das Karlsruher Software- und Beratungsunternehmen PTV AG arbeiten seit Kurzem auf dem Gebiet Verkehrsplanung und GIS zusammen. Grundlage bildet eine im Juli 2004 zwischen den Partnern geschlossene Vereinbarung. PTV wird demnach als ArcGIS Integration Partner das Zusammenwirken zwischen PTV- und ESRI Produkten verbessern und die Integration von ArcGIS in seine Lösungen und Technologien vorantreiben.

Schwerpunkt der Zusammenarbeit ist zunächst das Geschäftsfeld Traffic von PTV, in dessen Zentrum die intelligente Planung und Nutzung der Verkehrsinfrastruktur von Straße, Schiene oder ÖPNV stehen. Ziel ist hier, Lösungen für die Datenhaltung und den Planungsablauf der öffentlichen Hand, privater und öffentlicher Betreibergesellschaften, der Verkehrsbetriebe und -verbände, der Planungsbüros und der Industrie um den direkten Zugang zum marktführenden GIS von ESRI zu erweitern.

Weltweiter Fokus

Für ESRI ist PTV der erste ArcGIS Integration Partner mit weltweitem Fokus auf die Verkehrsplanung und -simulation. Durch die Verbindung können Daten aus dem Geoinformationssystem und der Verkehrsmodellierung gegenseitig genutzt werden. Ausgehend von einem bereits realisierten Datenaustausch im bewährten Shape-Format ermöglicht die Anbindung der Personal Geo Database an die Verkehrsplanungssoftware nun einen transparenten Zugriff auf Daten in ArcGIS. So profitiert der Anwender von verkehrsspezifischen Bearbeitungsfunktionen und Analysefunktionen, ohne auf die gemeinsame Datenhaltung im GIS verzichten zu müssen. Der weitere Ausbau der Interoperabilität und die Integration der Datenflüsse zwischen den Systemen pvt vision und ArcGIS ist geplant. „ESRI begrüßt es außerordentlich, in diesem wichtigen

Marktsegment mit einem führenden Anbieter den Workflow zwischen Verkehrsplanung und GIS zu lösen“, so Dr. Gerhard Haude, Geschäftsführender Gesellschafter von ESRI Geoinformatik GmbH.

Hintergrund-Informationen ESRI Geoinformatik GmbH: Die Environmental Systems Research Institute (ESRI) Inc. in Redlands, Kalifornien (USA), ist die weltweit erfolgreichste Firmengruppe auf dem Gebiet der Geografischen Informationssysteme (GIS). Heute wird die GIS-Technik von ESRI von über einer Million Anwendern branchenübergreifend bei Behörden, Unternehmen, Universitäten und Verbänden eingesetzt. In Deutschland wird ESRI Inc. durch die 1979 gegründete ESRI Geoinformatik GmbH in Kranzberg bei München als exklusivem Distributor vertreten.

Hintergrund-Informationen PTV AG: Die PTV AG bietet Software, Consulting und Forschung für die Reise-, Verkehrs- und Transportplanung im B2B-Bereich. Europaweit marktführend sind PTV-Produkte wie map&guide zur professionellen Routenplanung, VISUM für die Verkehrsplanung und pvt intertour für die Tourenplanung - und das schon seit Jahren. In den Geschäftsfeldern Traffic, Mobility und Logistics sichert das Unternehmen mit zukunftsreichen Konzepten und innovativen Technologien auch langfristig die Mobilität. Das konzernunabhängige Unternehmen wurde 1979 gegründet.

Trassenverlauf erläuterten, bestätigten, dass die Neufahrer Mühle nicht zugeschüttet oder zerschnitten werden. Zwei der drei Acheringer Weiher werden hingegen komplett bzw. teilweise verfüllt. Mit etwa 300 km/h wird die Magnetbahn den Ort Achering passieren. Die Bündelung mit der A 92 sei gegeben, die 160 m lange Brücke über die Isar passe sich problemlos in die Brückenlandschaft ein.

Niedriger Schalldruck

Allgemeines zum Schallpegel, gesetzliche Grundlagen sowie Erschütterungsuntersuchungen und deren Ergebnisse vermittelte Gutachter Walter Weißenberger von der Müller-BBM GmbH. Anhand einer Isofonenkarte (Abbildung) zeigte der Experte auf: Der Transrapid erreicht hohe Geschwindigkeiten bei niedrigem Schalldruck. In allen bewohnten Häusern im

Bereich Achering (180 Meter von der Trasse entfernt) werden die gesetzlichen Immissionsgrenzwerte unterschritten, weder sind passive noch aktive Schallschutzmaßnahmen erforderlich.

Die Verkehrsgeräuschsituation wird beinahe ausschließlich von der Autobahn und anderen Hauptverkehrsstraßen verursacht. Die Magnetschnellbahn trägt nur sehr wenig zur Gesamtlärmsituation bei. Geplant sind derzeit tagsüber 96 Fahrten in jede Richtung von 6 bis 22 Uhr; nachts sind 19 Regelfahrten von 22 bis 6 Uhr vorgesehen.

Berechnungsverfahren

Das Berechnungsverfahren für die Schallpegel ist Weißenberger zufolge in der gesetzlich vorgeschriebenen Magnetschnellbahn-Lärmschutzverordnung festgelegt. Zum Vergleich mit den gesetzlichen Anforderungen müssen die Vorbeifahrtpegel der einzelnen Fahrzeuge über die Tages- bzw. Nachtzeit gemittelt werden. Bei einem Vorbeifahrtpegel von z.B. 87 dB(A) in 25 m Abstand bei-



Diskussion in Freising. Links OB Thalhammer, rechts BMG-Geschäftsführer Josef Zeiselmaier.

spielsweise errechnet sich bei 200 m ein Pegel von ca. 68 dB(A) - dies ohne besondere Schallschutzmaßnahmen. Zu berücksichtigen ist zudem die Entfernungskorrektur von der Trasse zu den Häusern. Dieser sog. Mittelungspegel wird mit dem Immissionsgrenzwert der Lärmschutzverordnung verglichen. Wird letzterer überschritten, sind Schallschutzmaßnahmen nötig.

Keine Überschreitungen

Auf die Ursachen für die Ausbreitung von Erschütterungen eingehend, verwies Weißenberger darauf, dass es unterschiedliche Bodenverhältnisse gibt, die auch die Erschütterungen unterschiedlich stark weiterleiten. Wesentlich sei aber auch die Empfindlichkeit des „Empfangssystems“ Haus mit seinen unterschiedlichen Konstruktionen. In kritischen Bereichen entlang des Magnetbahnverlaufes seien Messungen durchgeführt und Prognosen für die einzelnen Bereiche erstellt worden. Untersuchungen anhand besonderer Beurteilungsgrößen, sog. KB-Werte, hätten gezeigt, „dass keine Überschreitungen der Erschütterungsanforderungen aufzutreten werden“.

Untersuchungen für Isarquerungen laufen

Prof. Jörg Schaller, der über landschaftliche Auswirkungen des Projekts informierte, wies darauf hin, dass für die Planfeststellung eine Umweltverträglichkeitsstudie erarbeitet werde, darüber hinaus ein landschaftspflegerischer Begleitplan (Aufgabe: Ermittlung und Bewältigung von Beeinträchtigungen

der Umwelt durch Maßnahmen zur Vermeidung, Ausgleich und Ersatz), und zudem eine FFH-Verträglichkeitsstudie und FFH-Erheblichkeitsabschätzung benachbarter weiter entfernter FFH- und Vogelschutzgebiete (FFH = Flora, Fauna, Habitat).

Abschnitt Achering

Beim Bereich Achering handle es sich um einen sehr schwierigen, weil landschaftlich sehr unterschiedlich ausgeprägten Abschnitt, erklärte Schaller. Auf etwa einem Drittel der Bahnstrecke habe man es mit einem völlig umgestalteten Landschaftsbereich (siehe z.B. Flughafengelände mit Industrieanlagen) zu tun. Im Bereich der Isarauen, einem FFH-Gebiet, sei jetzt schon eine starke Zäsur durch die Querung der Autobahn und die S-Bahn gegeben. Auch ohne Transrapid sei die Beeinträchtigung vorhanden.

Eingriffe kompensierbar?

Die Trasse selbst laufe sehr dicht und eng gebündelt an der Autobahn entlang und beanspruche durch die Aufständigung damit nur eine verhältnismäßig geringe Bodenfläche, die im Rahmen des Autobahnbaus ohnehin schon sehr in Anspruch genommen worden sei.

Schaller zufolge lautet die Hauptfrage: Kann man Eingriffe kompensieren? Werden die Ziele zur Erhaltung der Isarauen durch das Vorhaben verletzt? Nunmehr gehe es darum, detaillierte Erkenntnisse über geschützte Tiere und Pflanzen zu sammeln und sie den Behörden zur Verfügung zu stellen.



Die NUVOLA-Lichtmasten tauchen die Station in ein angenehmes Licht.

iGuzzini illuminazione:

Die neuen Straßenbahn-Stationen von Augsburg

Der Stadt Augsburg ist es gelungen, eine verlockende Alternative zum privaten Personenverkehr aufzubauen. Die mit 250 Millionen Euro veranschlagte Modernisierung des Straßenbahnnetzes wird voraussichtlich im Jahr 2005 fertig gestellt werden. Sie umfasst eine ganze Reihe von Eingriffen. Besondere Aufmerksamkeit galt der Beleuchtung der Haltestellen, der Umkleekabinen, der Endstationen sowie den „Park&Ride“-Parkplätzen.

Ein besonders schönes Beispiel für die Beleuchtung der Stationen bietet die Endstation der Linie 4, die schon von weitem gut sichtbar ist. Aus dem Norden der Stadt ankommenden Pendler, die auf dem nahe gelegenen Park&Ride-Parkplatz ihre Autos abstellen, signalisiert sie schon von weitem - wie eine Art Landmark des Nordens - den Zugang zur Stadt und lädt zum Umsteigen auf den öffentlichen Personennahverkehr ein.

Um wartenden oder einsteigenden Fahrgästen, insbesondere bei Dunkelheit, ein Höchstmaß an Sicherheit bieten zu können, entschied man sich für eine filigrane Konstruktion aus Glas und Stahl, völlig transparent und von allen Seiten einsehbar.

Harmonischer Eindruck

Es handelt sich dabei um eine offene Insel, die mit der überdachten Abstellmöglichkeit für Fahrräder, dem Kubus mit den sanitären Einrichtungen und dem Glaspavillon, über den der Zugang zu den technischen Einrichtungen erfolgt, einen ästhetisch ausgewogenen, leichten, freundlichen und harmonischen Gesamteindruck erzeugt.

Die Beleuchtung sollte dem Filigran der Architektur entsprechen, sie sogar betonen und sich in ihrer Designästhetik anglei-

chen. Leicht, beschwingt und einladend, dabei hochgradig funktionell. Sie sollte aber auch das Gefühl der Sicherheit für die Fahrgäste verstärken und für eine äußerst gleichmäßige Ausleuchtung der Station sorgen. Eine sichere Insel des Lichts.

Die Entscheidung fiel schnell auf elf NUVOLA-Lichtmasten, die sich in das wohlproportionierte Gesamtbild perfekt integrieren und mit ihren zehn Metern Höhe die Station in ein angenehmes weißes Licht tauchen. Insbesondere bei Dunkelheit besonders eindrucksvoll.

Besondere Struktur

Die Fassade der Toilettenanlage, die fast schon wie ein stehendes Häuschen wirkt, wird von oben beleuchtet, wobei das Licht aus dem Hintergrund mit LINEALUCE-Leuchten mit fünf Lampen projiziert wird. Die mit Xenonlampen bestückten Leuchten sind an der Basis der Glaswände angebracht und unterstreichen die besondere Struktur des Pavillons, in dessen Mitte eine vertikale Röhre aus Lochblech steht, aus der das Licht fein herausströmt.

Eine Besonderheit bilden auch die verschiedenen Trafostationen, so beispielsweise die der Linie 2, bei Nacht fast schon eine reine Lichtskulptur. Die Box aus

Wussten Sie schon ...

... dass der Kunde bei der Bahn seit dem 1. Oktober 2004 einen rechtsverbindlichen Anspruch auf Entschädigung bei Verspätungen hat? Und zwar dann, wenn die Reise mit ICE, IC/EC oder IR über 60 Minuten verspätet endet. Auch bei Verspätung durch verpasste Anschlüsse haben die Kunden jetzt unter bestimmten Voraussetzungen diesen Anspruch auf Entschädigung. Bisher hatte die Bahn ihre Kunden lediglich auf Kulanzbasis entschädigt. Bahnfahrer erhalten einen Gutschein im Wert von 20 Prozent des Fahrpreises, wenn die Bahn für die Ursachen der Verspätung verantwortlich ist. Der Gutschein kann beim nächsten Ticket-Kauf eingelöst werden. Kann der Bahnkunde seine Fahrt nicht wie geplant bis 24 Uhr fortsetzen, entschädigt die Bahn mit einer Taxifahrt bis maximal 80 Euro oder einer Übernachtung im Hotel. Der Verband Allianz pro Schiene sieht in der Bahn einen Vorreiter für Passagierrechte in Europa. Auch Bundesverbraucherschutzministerin Renate Künast begrüßt die neuen Passagierrechte: „Damit wird die Rechtsposition der Fahrgäste erheblich verbessert.“

Stahl mit einer Schicht aus 70 Mikron gem. Norm UNI 5744/66

< Oberflächenbehandlung crylac mit texturisiertem Pulver

< > Erdmaste oder Maste mit Bodenplatte

< > Sturmsicher und schneelast-sicher bis 205 kg

< > Auch als Wandleuchte erhältlich

< > Masthöhen 5 bis 10 m

Bestückung: Halogenmetall-dampflampen oder Natrium-dampf-Hochdrucklampen

< > 150W HIT-DE /

< > 150W HAST-DE

Schutzklasse IP55, IMQ-Zulassung, ENEC-Zeichen

F-Zeichen, Iso-Klasse II

LINEALUCE - Modulares Beleuchtungssystem

Produktbeschreibung:

< Leuchten aus strang-gepreßtem Aluminium

< Reflektor aus reinstem Aluminium

< Einsetzbar als Anbauleuchte, Hängeleuchte und als Einbauleuchte für Boden, Wand und Decke

< > Lampentypen in verschiedenen Farbtemperaturabstufungen, von warmweiß bis tageslichtweiß

< Wegen seiner geringen Abmessungen kaum sichtbar

< Hohe Anpassungsfähigkeit des Systems an architektonische Gegebenheiten.

Bayerischer Städtetag/Bezirksversammlung Oberpfalz:

„Geburtsfehler“ der Verwaltungsreform

Amberg. „Hartz IV und die Standortschließungen der Bundeswehr, die Verwaltungsreform und die Krankenhausdiskussion, der Ausbau der Mittagsbetreuung und der Generationenkonflikt“: Diese Themen, von Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer in seiner Eigenschaft als Bezirksvorsitzender für die kreisfreien Städte im Bayerischen Städtetag zu Beginn in zentralen Schlagworten zusammengefasst, bildeten den Mittelpunkt der Bezirksversammlung am Montag im Amberger Rathaus.

Als Referent zu diesem umfangreichen Fragenkatalog stand den dazu aus der gesamten Oberpfalz angereisten insgesamt 20 Stadtoberhäuptern, unter ihnen auch Hans Schaidinger (Regensburg) und Hans Schröpf (Weiden), der Landshuter OB Josef Deimer zur Verfügung. Außerdem nahmen das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags Dr. Helmut Schwinghammer, Städtetagsreferent Werner Natter sowie der Bezirksvorsitzende der kreisangehörigen Städte Reinhold Macho aus Furth im Wald an der Sitzung teil.

Erhebliche Zweifel

„Die Verwaltungsreform hat einen entscheidenden Geburtsfehler“, war eine der wichtigen Botschaften, die der Städtetagsvorsitzende bei diesem Zusammentreffen artikulierte. Dieser liege eindeutig darin, dass die Behördenstrukturreform durchgezogen worden sei ohne zuvor zu hinterfragen, welche Aufgaben der Staat abgeben kann. Zudem müsse die Reform in engem Zusammenhang mit den Standortschließungen betrachtet werden, meinte der Landshuter Oberbürgermeister. Die Ankündigung der CSU-Landtagsfraktion, im nächsten Jahr Verordnungen und Verwaltungsvorschriften abzubauen, werde zwar begrüßt. „Es bestehen allerdings erhebliche Zweifel, ob dieser Anspruch auch tatsächlich durchgesetzt wird“, so Deimer.

Positiver fiel im Gegensatz dazu Josef Deimers Stellungnahme zu den Steuerschätzungen aus. „Die Gewerbesteuer stabilisiert

sich nach dem verheerenden Rückgang von 2001 bis 2003 offenbar wieder und kehrt zum Niveau des Jahres 2000 zurück“, konnte er beispielsweise berichten. Wie die anwesenden Bürgermeister auch für die Oberpfalz in der anschließenden Diskussion bestätigten, trifft diese Tendenz jedoch leider nicht für alle Kommunen zu. Zudem würden diese guten Nachrichten durch einen weiteren Rückgang der Einkommensteuer relativiert, ergänzte Deimer.

Kein Verständnis

Doch selbst wenn die Kommunen unter dem Strich ein Plus verzeichnen könnten, hätten die Städte kein Verständnis für die Forderungen der Bundespolitik, die Einnahmen umgehend für Investitionen zu verwenden. „Damit müssen die Städte und Gemeinden größtenteils die Haushaltsdefizite der zurückliegenden Jahre abbauen“, machte OB Josef Deimer deutlich. Ebenso erteilte er den „Gelüsten“ der Landkreise eine klare Absage, etwaige Steuermehreinnahmen durch Umlageerhöhungen abzuschöpfen: „Ich weiß nicht, wie die Städte und Gemeinden dies auch noch schultern sollen.“

Ausführungen zum - aus seiner Sicht zufrieden stellenden - kommunalen Finanzausgleich, bei dem sich allerdings die Bezirke nicht aus der Verantwortung stehlen dürften, zum „Pakt für den Kommunalwald“, der dem Städtetag nicht weit genug geht, und zur Kinderbetreuung rundeten diese Informationen ab. Dabei bezeichnete OB Deimer das Kindertagesstättengesetz als



Herzliche Worte des Abschieds. V. l.: Reinhold Macho, Dr. Helmut Schwinghammer, Josef Deimer und Wolfgang Dandorfer.

deutlichen Fortschritt, nannte das Finanzierungsregelung im Tagesbetreuungs-Ausbaugesetz jedoch eine „Milchmädchenrechnung“. Danach sollen die Städte und Gemeinden jährlich 1,5 Milliarden Euro aus den Einsparungen von Hartz IV für den Bau von Kinderkrippen verwenden. Diesen Vorschlag hält Deimer für im höchsten Maße unseriös: „Erstens sieht es derzeit danach aus, dass wir bei Hartz IV eher zuzahlen als Einsparungen erzielen, zum Zweiten müssten wir zusätzliche Einnahmen zur Sanierung unserer Haushalte verwenden.“

„Wachablösung“ beim Bayerischen Städtetag

Amberg. Mit dem Ausscheiden des Landshuter OB Josef Deimer zum Ende 2004 und des Geschäftsführenden Vorstandsmitglieds Dr. Helmut Schwinghammer zum 31. Januar 2005 steht dem Städtetag ein doppelter Wechsel in der Führung ins Haus. Diese „Wachablösung“ bildet derzeit einen wichtigen Punkt in den Bezirksversammlungen der Mitglieder.

Auch in Amberg, wo sich die Oberpfälzer Stadtoberhäupter trafen, wurden die beiden altgedienten Streiter für die Rechte der Städte mit Geschenken und herzlichen Worten verabschiedet. So dankte Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer, Bezirksvorsitzender für die kreisfreien Städte, „Dick“ Deimer für das große Engagement, das er bei seinem 30-jährigen Einsatz für die Städte an den Tag gelegt hat. Ebenso hob er den Charme, den Humor und die „gewisse Lässigkeit“ hervor, die Deimer kennzeichneten. Ihn hätten die Städtetagsmitglieder immer als liebenswürdig, aber kantigen Menschen kennen gelernt, so Wolfgang Dandorfer. „Du warst nie parteipolitisch ausgerichtet, aber stets parteiisch für die Städte. Mit deinen Entscheidungen hast du die Entwicklung der bayerischen Städte beeinflusst“, lobte der Amberger OB das Wirken seines Amtskollegen.

Dem Geschäftsführenden Vorstand Dr. Helmut Schwinghammer sei es stets gelungen, in schwierigen Auseinandersetzungen einen Konsens herbeizuführen, richtete sich OB Wolfgang Dandorfer an die zweite Führungsspitze, die den Bayerischen Städtetag in Kürze verlässt. An ihm habe er vor allem das umfangreiche Sach- und Fachwissen bis ins Detail bewundert. „Ich danke Ihnen für die Sisyphusarbeit“, schloss der Amberger OB seine Laudatio und überreichte den beiden scheidenden Vertretern je ein Glasobjekt von Otmar Alt. Wolfgang Dandorfers Kollege für die kreisangehörigen Städte, Reinhold Macho, Bürgermeister von Furth im Wald, schloss sich diesen Wünschen an und überreichte zwei Bronzearbeiten. su

Bühlberg/Landkreis Passau:

Missbrauchtes Vertrauen

Weil sein Cousin über Jahre die Kommune betrogen hat, muss der frühere Bürgermeister tief in die Tasche greifen

Der frühere Bürgermeister von Bühlberg, Landkreis Passau, hat mehr als eine halbe Million Euro Schadenersatz an seine Gemeinde zu zahlen. Dies hat das Verwaltungsgericht Regensburg entschieden. Der frühere Rathauschef muss dafür haften, dass ein Ex-Mitarbeiter, ein Cousin des Altbürgermeisters, die Kommune über Jahre hinweg durch eine manipulierte Buchführung betrogen hat. Kurz bevor die Straftaten bekannt wurden, hatte sich der ehemalige Kassenwart das Leben genommen.

Der Kassierer hatte seit 1984 knapp 550.000 Euro aus der Kasse der Gemeinde unterschlagen. Regelmäßig entnahm er größere Beträge und verschleierte den Fehlbetrag dann durch Scheinbuchungen. Die Kommune blieb auf dem Schaden weitgehend sitzen, aus dem Nachlass des Kassierers wurden nur knapp 40.000 Euro erstattet.

Den Restbetrag von rund 504.000 Euro machte die Gemeinde in der Klage bei dem früheren Bürgermeister geltend, der mehr als 22 Jahre lang ehrenamtlich die Verwaltung führte. Trotz Beanstandungen von Rechnungsprüfern habe der Ex-Bürgermeister den kriminellen Kassenswart nicht ausreichend kontrolliert und somit die Unterschla-

gung ermöglicht, so die Ansicht des Gemeinderats.

Das Gericht schloss sich dieser Sichtweise an und stellte eklatante Missstände in der damaligen Verwaltungsstruktur von Bühlberg fest. Obwohl den Vorschriften für Buchführung und Zahlungsverkehr zufolge unterschiedliche Bedienstete zuständig sein sollen, habe es keine Trennung dieser Aufgaben gegeben. Der Ex-Bedienstete sei „uneingeschränkter Herrscher über die Kasse“ gewesen. Dessen Machenschaften habe der Bürgermeister spätestens seit 1995 vermutet und nichts unternommen, erklärten die Richter. „Der Beklagte hat als ehemaliger erster Bürgermeister die ihm obliegenden Dienstpflichten objektiv verletzt“, heißt es in dem Urteil. DK

Franz Meitinger ein 60er

Seit über 26 Jahren an der Spitze Mittelneufnachs

Mittelneufnach (wkl). Seit über 26 Jahren an der Spitze der Staudengemeinde Mittelneufnach, zählt Franz Xaver Meitinger zu den dienstältesten Bürgermeistern im ganzen Landkreis Augsburg. Am 27. November feierte der Rathauschef seinen 60. Geburtstag. Die kommunalpolitischen Gene hat er geerbt: Meitingers Vater und sein Onkel waren viele Jahre als Gemeindegeldkassierer und Bürgermeister in Memmenhausen tätig.

Vor vierzig Jahren, am 1. Oktober 1964, kam Franz Meitinger nach Mittelneufnach. Er trat in die Dienste der dortigen Raiffeisenkasse, wo er sich bis zum Geschäftsführer hocharbeitete. Seit der Fusion mit der Raiffeisenbank Stauden 1993 ist er als Geschäftsstellenleiter und Prokurist des Geldinstitutes tätig. 1972 kandidierte Meitinger erstmals und auf Anhieb mit großem Erfolg auf der Liste der CSU für den Gemeinderat seiner Wahlheimat. Sechs Jahre später bewarb sich der damals 34-Jährige um die Nachfolge von Bürgermeister Hermann Müller. Mit Erfolg: Seither steht er unangefochten und souverän an der Spitze der Staudengemeinde.

Bürgermeisterei als Berufung

Die Bürgermeisterei, so der frisch gebackene 60er, sei für ihn nie „Job“, sondern vom ersten Tag an stets Berufung gewesen. Das Amt mache ihm noch heute viel Spaß, wengleich er sich jetzt allmählich anschiekt, rechtzeitig die Weichen für seinen Abschied aus der Kommunalpolitik zu stellen. Bei den nächsten Kommunalwahlen im Frühjahr 2008 möchte er das Amt des Gemeindegeldkassierers in jüngere Hände übergeben - vorausgesetzt, es findet sich ein geeigneter Nachfolger oder eine Nachfolgerin.

Meilensteine in Meitingers kommunalpolitischer Karriere waren die Ortskanalisation (1979), der Bau des Gemeindezentrums (1995) und der Umbau der ehemaligen Schule zum Kindergarten (1997). Ein Herzensanliegen ist ihm darüber hinaus die 1994/95 besiegelte Partnerschaft mit der französischen Mayenne-Gemeinde Nuillé-sur-Vicoin. Im kommenden Jahr wird das zehnjährige Bestehen der Gemeindepartnerschaft auf schwäbischer Seite gefeiert.

Mit der Flurbereinigung, mit der örtlichen Agenda-Gruppe und nicht zuletzt mit der Regionalentwicklung Stauden sind in den vergangenen Jahren fri-

scher Wind und neues Gedankengut in die Gemeinde gekommen. Franz Meitinger freut sich, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger - auch außerhalb des Gemeinderates - hier engagieren.

Neues Wir-Gefühl

„Es tut gut zu spüren, dass sich die Leute bei der Entwicklung unseres Gemeinwesens aktiv einbringen möchten und mit kreativen, auf den ersten Blick manchmal auch ungewöhnlichen Ideen und Projekten an der Zukunft unserer Gemeinde selber mitarbeiten.“ Ein neues Wir-Gefühl sei da in jüngster Zeit entstanden, über alle Strukturen hinweg: Alle zögen an einem Strang und stellten sich den Herausforderungen für die Entwicklung und Stärkung des ländlichen Raumes. z

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung: Viktoria Bertele (verantwortlich), Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 01.01.2004

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Münchner Hochhaus-Entscheid:

Ungewisse Zukunft für Großprojekte

In München dürfen künftig auch in den Randgebieten Hochhäuser nicht mehr höher als 99 Meter sein. Bei einem Bürgerentscheid setzte sich die „Initiative Unser München“ mit Münchens Alt-Oberbürgermeister Georg Kronawitter an der Spitze durch. Knapp 102.000 Stimmberechtigte - dies entspricht 50,8 Prozent der abgegebenen Stimmen und nur rund 11 Prozent der insgesamt knapp 918.000 Stimmberechtigten - unterstützten die Forderungen des Hochhaus-Bürgerbegehrens.

Danach sollen weitere Hochhäuser außerhalb der Stadtautobahn „Mittlerer Ring“ nur dann zulässig sein, wenn sie nicht höher als die Türme der Frauenkirche sind und sich in das Stadtviertel einfügen. Die Wähler lehnten auch zwei große Bauprojekte ab: Zwei 148 Meter hohe Türme auf dem Siemensgelände und das neue Hochhaus des Süddeutschen Verlags im Münchner Osten.

Oberbürgermeister Christian Ude reagierte enttäuscht: „Das Ergebnis kann man nicht schönreden, das ist eine herbe Schlappe für den Wirtschaftsstandort München. Wir werden jetzt alles daran setzen müssen, das fatale Signal des Bürgerentscheids zu korrigieren. Ich habe deshalb sofort den Süddeutschen Verlag und Siemens zu Gesprächen eingeladen. Gemeinsam müssen jetzt alle Möglichkeiten ausgelotet werden, die Unternehmen in der Stadt zu halten und Investitionen im Stadtgebiet zu ermöglichen.“

Immer wieder hatte Ude betont, dass er das „Juwel der Altstadtsilhouette“ sorgsam hüten werde. An geeigneten Plätzen jedoch müsse auch über Hochhäuser nachgedacht werden, die München moderne Akzente gäben. Er lehne Denkverbote und Tabus kategorisch ab. Doch natürlich sei bei solchen Projekten auf die besondere Qualität der Architektur zu achten.

München darf kein Museum werden!

Der Präsident der Bayerischen Architektenkammer, Professor Peter Kaup, erklärte, München dürfe städteplanerisch nicht zu einem Museum gemacht werden. Die Höhe der Frauentürme zur Obergrenze auszurufen, entbehre jeder sachlichen Grundlage. Wichtig bei diesen Bauten sei der architektonische Anspruch nach Vorbildern, die es in München bereits gebe, zum Beispiel das markante BMW-Zylinder-Hochhaus. DK

Hutthurm:

Briefbombenattentäter übt Selbstjustiz

Gut ein halbes Jahr nach Beginn der Briefbombenserie in Bayern hat sich der Attentäter durch eine Gasexplosion das Leben genommen. Der 22-jährige Johann L. sprengte sich kurz nach Beginn eines Serien-Gentests auf einer abgelegenen Wiese in der niederbayerischen Gemeinde Hutthurm mit einer selbst gebauten Bombe in die Luft. Eine DNA-Untersuchung der Leiche hat nach Angaben des Bayerischen Landeskriminalamtes (LKA) eindeutig ergeben, dass es sich um den Bombenbauer handelt.

Nach der Aufklärung der Briefbombenserie ist das Motiv des jungen Mannes für die Ermittler weiter völlig unklar. Er hatte offensichtlich eine Reihe weiterer Anschläge geplant. Bei der Durchsuchung seines Zimmers im Hutthurm seien massenhaft entsprechende Utensilien wie Zünder und Knopfzellen für Sprengsätze gefunden worden, erklärte der Leitende Passauer Oberstaatsanwalt. Damit seien durch den Selbstmord des Mannes offenbar weitere Anschläge verhindert worden. Denn auch einige bereits nahezu fertig gestellte Sprengsätze wurden beschlagnahmt.

Die Ermittlungen hatten sich in den vergangenen Wochen immer stärker auf die niederbayerische Gemeinde konzen-

triert. Speichelreste auf dem Umschlag der sechsten Briefbombe stimmten mit DNA-Spuren von einem zwei Jahre zurückliegenden Einbruch in einem Hutthurmer Gasthaus überein.

Neun Anschläge

Der zweite Massen-Gentest wurde am vergangenen Wochenende sofort abgesagt. Rund 2.300 Männer im Alter zwischen 17 und 70 Jahren waren aufgerufen gewesen, eine Speichelprobe abzugeben. Seit dem 6. April dieses Jahres, als ein Anschlag auf den Passauer Landrat Hanns Dorfner verübt wurde, hatte der Täter neun Briefbomben verschickt, von denen eine zündete. Die Sekretärin des Regener Landrats Heinz Wöflf erlitt dabei

leichte Verletzungen. In den anderen Fällen wurde dank der Vorsicht der Beschäftigten beim Öffnen der Post der Zündmechanismus nicht ausgelöst. Die letzten beiden Bomben tauchten am 10. November auf. Adressiert waren sie an den Regierungspräsidenten von Unterfranken, Paul Beinhofer, und an die Oberfinanzdirektion München. Verletzt wurde niemand. Beunruhigend jedoch: Der Täter hatte die Technik der Bomben verfeinert. Die letzten drei Briefbomben waren mit elektrischen Zündern versehen.

Innenminister Dr. Günther Beckstein zeigte sich erleichtert über das Ende der Briefbombenserie: „Die bayerische Polizei hat monatelang schwierigste Ermittlungsarbeit geleistet, um dem gefährlichen und raffinierten Bombenbastler das Handwerk zu legen.“ Der Fall zeige zugleich die Bedeutung der DNA-Analyse für die Arbeit der Kripo. Inzwischen mehrte sich in der Bevölkerung das Mitgefühl für den vereinsamen jugendlichen Täter. DK



V. l. n. r.: Franz Oppel, stellv. Landrat Donau-Ries, Giorgio Demartin, Regionalmanager Donautal-Aktiv, Leo Schrell, Landrat Dillingen, Lothar Kempfle, Regionalmanager Donautal-Aktiv, Hubert Hafner, Landrat Günzburg.

Start der Gesundheits- und Wohlfühlregion:

Neue Impulse für das Schwäbische Donautal

Forum Donautal: Landräte unterzeichneten Höchststädter Erklärung

Höchstädt/Bächingen - Bereits in seiner Begrüßung hat Leo Schrell, erster Vorsitzender des Vereins Donautal-Aktiv und Dillinger Landrat, die Veranstaltung als Erfolg gewertet: „Die Resonanz und das Interesse am Forum Donautal zeigt uns wiederholt, dass wir mit unserer Profilierung des Schwäbischen Donautals als Gesundheits- und Wohlfühlregion auf dem richtigen Weg sind.“

Als politischer Schulterschluss und positives Signal für die Region bezeichnete Schrell die Unterzeichnung der „Höchststädter Erklärung“ im Rittersaal des Schlosses durch seine Landratskollegen Stefan Rössle (Landkreis Donau-Ries) und Hubert Hafner (Landkreis Günzburg) sowie dem Oberbürgermeister der Stadt Ulm Ivo Gönner.

Ermunterung der Bürger

Mit dieser Erklärung verpflichteten sich die Unterzeichner, die Entwicklung der Gesundheits- und Wohlfühlregion zu unterstützen und ermuntern alle interessierten Bürger, sich mit Ideen und Engagement einzubringen. „Wir freuen uns natürlich, wenn noch mehr politisch Verantwortliche aus dem Schwäbischen Donautal ihre Unterstüt-

zung mit einer Unterzeichnung der Erklärung dokumentieren wollen“, betonte Schrell.

Frage der Profilierung

Regionalmanager Giorgio Demartin stellte in seinem Referat die Frage nach der Profilierung und Abgrenzung gegenüber anderen Regionen in den Vordergrund. „Unser Profil entscheidet darüber, wie wir wahrgenommen werden.“ An der Basis geforscht hat Dr. Hilmar Sturm in seinem vom Bayerischen Gesundheits- und Verbraucherministerium in Auftrag gegebenen Bürgergutachten zur Gesundheitspolitik. Der Bürger sei sich sehr wohl seiner eigenen Verantwortung bewusst, so ein Ergebnis der Studie. Dies bedeute auch, dass die Gesundheitsvorsorge einen hohen Stellenwert einnimmt.

Diesem Statement schloss sich Klaus Reppel an, der sich vor allem den ökonomischen Aspekten des Themas näherte. Er machte in seinem Referat deutlich, dass eine Gesundheitsregion nur funktionieren kann, wenn auch die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Aspekte beachtet werden.

Vorreiter Hersbrucker Land

Ebenfalls auf den Weg zu einer Gesundheitsregion hat sich das Hersbrucker Land gemacht. „Wir haben bereits Mitte der 90er Jahre die Entwicklung in Richtung Gesundheit, Wellness und Wohlfühlen eingeleitet“, erläuterte der Bürgermeister der Stadt Hersbruck und Vorsitzende der Gesundheitsregion Hersbrucker Land, Wolfgang Plattmeier, den Zuhörern. „Die größte Hürde ist genommen, wenn genügend Mitstreiter gefunden werden können“, so seine Einschätzung. Denn neben innovativen Ideen und Konzepten sei der Aufbau eines tragfähigen Netzwerkes unerlässlich für den Erfolg.

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Friedrich der Große holte die großen Geister seiner Zeit zum Tabac-Collegium zusammen und heute sollen die Leute wegen einiger kleiner Geister ausstempeln, wenn sie rauchen wollen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, tat seine Meinung einmal mehr in plastischen Worten kund.

Hintergrund war der Vorstoß eines wohl lasterfreien Volkswirts, der gefordert hat, dass Raucher die Zeit ihres Tabakkonsums nicht mehr als Arbeitszeit angerechnet bekommen dürften und Rauchen somit der Einstieg in eine individuelle Arbeitszeiterhöhung ohne Lohnausgleich werden sollte. Und das Beste: Eine große Tageszeitung, die gerne Kopfnote verteilt, gab dem Bürgermeister einer norddeutschen Stadt eine glatte „2“, der das bei sich im Rathaus schon eingeführt hat. Allerdings schie- ne mir eine „1“ in Beckmesserei und Bürokr-



und denken darüber nach, an welchen Orten - von Gaststätten über Behörden bis zu Schulen - wir das Rauchen überall verbieten können. Wenn aber die Raucher weniger Glimmstengel kaufen, geht sogleich ein Wehgeschrei ob des Steueranfalls los, denn von der Terrorbekämpfung bis zu den Zuschüssen für die gesetzliche Krankenversicherung wurde allerlei Wichtiges auf die Konten diverser Tabaksteuererhöhungen gebucht. In Irland hat man ein Rauchverbot in den Pubs erlassen, mit der Folge, dass jetzt bei schönem Wetter im Freien vor den Lokalen getrunken, gesungen und geraucht wird und sich auf der grünen Insel so was wie mediterranes Lebensgefühl breit macht. Und in den USA, in denen Raucher ebenso beliebt sind wie Fußball, hat vor einigen Tagen ein einfaches Bild für Wellen patriotischer Erregung gesorgt: Ein abgekämpfter, aber siegreicher GI war darauf abgebildet, der sich nach dem Fall von Falludschah eine Zigarette angezündet hat. Die Fluppe als Symbol für die Entspannung des Helden nach gewonnener Schlacht.

Mein Chef, der Bürgermeister, will es bei uns weiter so halten, wie es sich bestens eingespült hat: Fühlt sich jemand durch Rauch gestört, sei es im Stadtrat, bei Gremiumssitzungen, Bürgerversammlungen oder im Zwei-Mann-Zimmer, wird selbstverständlich darauf Rücksicht genommen und nicht geraucht. Wenn es aber niemanden stört, soll man uns mit weiteren Verböten zufrieden lassen. Man sollte da auch ein Wort von Winston Churchill auf dem heutigen Kalenderblatt denken: „Man soll dem Leib etwas Gutes tun, damit die Seele Lust hat, darin zu wohnen.“

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, auch eine friedliche und besinnliche Advents- und Weihnachtszeit und ein erfolgreiches 2005. Lassen Sie es sich gut gehen!

the
Sabriul

Neumodische Hetzjagd auf Raucher

teln angebrachter für dieses Stadtoberhaupt. Denn Ludwig Erhard hat das Zigarrrauchen bestimmt nicht am Denken und damit am Arbeiten gehindert. Putzig ist auch die Vorstellung, dass man den Kettenraucher Helmut Schmidt sechzig Mal am Tag zum Ein- und Ausstempeln ans Zeiterfassungssystem des Bundeskanzleramts hätte schicken müssen.

Wohl gemerkt, ich bin aktive Nichtraucherin und der Bürgermeister ist ein Schnorrer, d.h. er raucht nur zu fortgeschrittener Stunde in verrauchter Runde, wenn ihm ein offenes Päckchen oder ein offerierter Humidor keine andere Wahl lässt. Aber wir halten uns an die altpäpstliche Maxime „Leben und leben lassen“ und weigern uns, die neumodische Hetzjagd auf Raucher mitzumachen.

Überhaupt ist die Einstellung zu Rauchern bei uns und in der so genannten westlichen Welt reichlich schizophoren. Wir hier in Deutschland lassen keine Gelegenheit aus, das Rauchen als Sünde wider die Gesellschaft zu brandmarken

Landkreis Rosenheim:

Kulturelle Landschaft im Umbruch

Dramatische Veränderungen in der kulturellen Landschaft konstatierten die beiden Vorsitzenden des Kulturvereins im Landkreis Rosenheim, Dietmar Dambach und Klaus Jörg Schönmetzler, bei der Jahresversammlung des 1995 von Landrat Dr. Max Gimple zur Förderung von Kunst und Kultur gegründeten Vereins. Als besonders erfreulich wurde bei der Zusammenkunft im Landratsamt die Tatsache herausgestellt, dass dem Verein im vergangenen Vereinsjahr über 40 000 Euro Spenden zugeflossen sind.

Während Großereignisse, wie etwa die Seebühne in Bernau-Felden oder auch die Festspiele auf Herrenchiemsee und in Gut Immling, noch immer deutliche Zuwächse verzeichnen, erscheint das öffentlich subventionierte Abonnementsystem herkömmlicher Konzert- und Theaterreihen nach den Worten von Landratskulturreferent Schönmetzler außerhalb der Großstädte weitgehend überholt. Besonders mit dem Bereich tradierter „klassischer“ Musik sei ein jüngeres Publikum kaum mehr zu erreichen, während alternative Festival- und Crossover-Konzepte, wie etwa die „festivo“-Reihe in Aschau, auch Interessenten unter 40 ansprechen.

Grenze der Belastbarkeit

Die Veränderungen in der Kulturlandschaft sind nach Schönmetzlers Auffassung sowohl gesellschaftlicher als auch wirtschaftlicher Natur. Einerseits stünden die öffentlichen Haushalte an einem Grenzpunkt ihrer Belastbarkeit, der freiwillige Leistungen im kulturellen Bereich auf ein Minimum begrenzt, andererseits bedingen Termindruck und wirtschaftliche Engpässe beim heimischen Kulturpublikum immer öfter kurzfristige Entscheidungen, welche Veranstaltungen

überhaupt noch wahrgenommen werden sollen.

Kernaufgaben

Auch im Hinblick auf die touristische Bedeutung zähle deshalb die Vermittlung des bestehenden Angebots, so Schönmetzler und Kulturvereinsvorsitzender Dambach unisono, mehr denn je zu den Kernaufgaben einer zentralen Kulturpolitik des Landkreises. Mit massiver personeller wie finanzieller Starthilfe des Kulturvereins sei deshalb die Landkreis-Kulturzeitung „momente“ herausgegeben worden.

Träger dieses vielbeachteten Blattes war zunächst ein eigenständiger, im Landratsamt angesiedelter Verein. Er soll jetzt nach dem einstimmigen Votum der Mitglieder ab 2005 dem Kulturverein direkt angegliedert werden, um das Engagement des Landkreises und seines Kulturvereins gegenüber der Öffentlichkeit noch deutlicher zu dokumentieren.

Populäre Musik

Auf die geänderten Rahmenbedingungen in der kulturellen Szene wollen Landkreis und Kulturverein nicht zuletzt dadurch reagieren, dass dem Bereich der „populären“ Musik breiterer Raum eingeräumt

wird, wobei durch verschiedene Wettbewerbe und Konzerte vor allem den zahlreichen Nachwuchsbands aus dem Landkreis ein besonderes Augenmerk gewidmet werden soll.

Veränderte Struktur

Die vom Kulturverein mitgetragene „klassische“ Konzertreihe in Bad Aibling hingegen wird vom kommenden Jahr an als ein offenes, abonnementfreies Forum junger Künstler ihre Struktur grundsätzlich verändern. Erfolgreiche Veranstaltungen, wie etwa die Neujahrskonzerte in Bad Aibling und Wasserburg oder auch die Schlosskonzerte in Hartmannsberg sollen weitergeführt werden. Auch an der bewährten Beratung bei den verschiedenen regionalen Festivals wird festgehalten.

Kommunikation fördern

Zu den Zukunftsaufgaben der nächsten Jahre wird es jedenfalls nach Klaus Schönmetzlers Worten in verstärktem Maße gehören, die Kommunikation zwischen den Veranstaltern zu fördern, bestehende Marketing-Instrumente auszubauen und mit punktuellen Veranstaltungen dort anzusetzen, wo Defizite erkennbar werden oder wo von Gemeinden oder gemeinnützigen Vereinen angestoßene Initiativen eine aktive fördernde Beteiligung nahe legen.

Der Kulturverein wolle - wie sein Vorsitzender Dietmar Dambach ergänzte - die „Kulturhoheit“ der Gemeinden nicht in Frage stellen, dort aber Hilfe leisten, wo sie erwünscht ist. DK

„Tag der offenen Tür“ am Landratsamt Kitzingen:

„Die Familie ... unsere Zukunft“

Auch dieses Jahr veranstaltete das Landratsamt Kitzingen wieder einen „Tag der offenen Tür“ - dieses Mal unter dem Motto „Familie - unsere Zukunft“. Damit sollte die Familie gestärkt und sichergestellt werden, dass sie ihre vielfältigen und für die Gesellschaft so überaus wichtigen Aufgaben auch in der Zukunft erfüllen kann.

Im Rahmen der Informationsbörse stellten sich neben betroffenen Sachgebieten des Landratsamtes etwa 40 Organisationen und Institutionen der Region themenbezogen vor. Dabei standen insbesondere folgende Themen im Mittelpunkt: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Erziehung, Ausbildung, geringfügig Beschäftigte, Wiedereinstieg in den Beruf, Gleichberechtigung der Frau, Kinderbetreuung, Ehe, Partnerschaft, Schwangerschaft, Gesundheit, Ehrenämter, Politik.

Für das leibliche Wohl wurde in der Kantine und im Innenhof (Warmes Essen, Grill, Land-

kreis-Apfelsaft, -Cocktails etc.) - Bewirtung durch: „Bürger helfen Bürger“- und im Eingangshallenbereich (Kaffee und Kuchen - Bauernverband/Landfrauen) bestens gesorgt. Daneben wurde ein unterhaltsames und - besonders für Kinder - ansprechendes Rahmenprogramm geboten.

Rahmenprogramm

So gab es z.B. Kistenklettern auf dem Parkplatzgelände, Gewinnspiele wie Quiz, Glücksrad, Basteln mit Naturmaterialien, Aktionskünstler/Zauberer, Familienspiele, Hüpfburg, ei-

nen Traktorparcours für Kinder im Innenhof, Filmvorführungen im Gewölbekeller sowie Live-Musik von der Lehrerjazzband „Swinging4“ und von den „Fo(u)r Sax“.

Auch die kreativen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes stellten ihre Arbeiten aus, ebenso wurden die Arbeiten des Mal- und Zeichenwettbewerbs „... das macht das Landratsamt für mich!“ präsentiert. Der Chor der Volksschule Prichtensstadt, unter der Leitung von Herrn Karl, umrahmte dieses Programm mit originellen Musikstücken.

„Wenn Wünsche wuchern“

Bestandteil des Festprogramms war ein Vortrag zum Thema „Unsere Kinder und das Geld - wenn Wünsche wuchern!“ Hier konnten die Zuhörer mehr über das Problem erfahren, Kinder zu einem angemessenen Umgang mit Geld zu erziehen.

Laut Landrätin Tamara Bischof benötigt die Familie familien- und kinderfreundliche Rahmenbedingungen - nicht nur in der großen Politik, sondern „vor ihrer Haustür“. Denn hier würden Kinder und Eltern am

unmittelbarsten erfahren, ob ihre Interessen eingebunden und ihre Anliegen berücksichtigt werden.

Konsequente Familienpolitik sei in Zeiten leerer öffentlicher Kassen schwierig, betonte Tamara Bischof. „weshalb wir für jede Unterstützung dankbar sind, die familienpolitische Initiativen anstößt und mitträgt“. Gemeinsam sei nach Wegen zu suchen, um die Familien für die Zukunft zu stärken.

Zahlreiche Initiativen

Im Landratsamt ist Familienfreundlichkeit bereits in vielen Bereichen selbstverständlich. Bis zum Beginn dieses Jahres wurden auf Initiative der Landrätin folgende Punkte umgesetzt: Wickelmöglichkeit im Behinderten-WC, neben der Information, und barrierefreier Zugang über den Innenhof; zusätzliche Besucher-WCs; Lesematerial für wartende Kinder; Malvorlagen, Buntstifte (und Gummibärchen) in Büros mit Publikumsverkehr; bedarfsgerechte Terminvereinbarung; Kindersicherung an Steckdosen; kinderfreundliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Desweiteren öffnet sich das Landratsamt an einigen Tagen im Jahr für Schulklassen, die durch Führungen das Amt, seine diversen Aufgaben und Leistungen kennen lernen können. **DK**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt ein Prospekt der Firma BayWa, München, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

KULTURmobil 04/05

Die siebte Saison von KULTURmobil, dem fahrenden Sommertheater des Bezirks Niederbayern, liegt nun schon etwas zurück. Brandaktuell ist der Beschluss des Bezirksausschusses, das Projekt auch 2005 fortzuführen.

Auf diese Entscheidung warteten viele niederbayerische Kommunen. In manchen Gemeinden ist KULTURmobil zur festen Größe des kulturellen Angebots geworden. Andere hoffen darauf, endlich einmal in den Genuss des Theaterspektakels zu kommen. Das Angebot erfährt immer größere Anerkennung. Mit der Welturaufführung „Der wunderbare Tassilokelch“ und einer Neubearbeitung von „Amphitryon“ mischt KULTURmobil inzwischen in der Theaterszene mit.

2004 erreichte KULTURmobil bei nur 28 Spielterminen fast 10.000 Kinder und Erwachsene. Zwei Veranstaltungen mussten wetterbedingt abgesagt werden.

Mit der Auswahl des Nachmittagsprogramms „Der wunderbare Tassilokelch“ - einer niederbayerischen Zauberflöte - landete Bezirksheimatpfleger Dr. Maximilian Seefelder einen Volltreffer. Das Stück ist so ge-

fragt, dass es jetzt als Tourneetheater durch die (nieder)bayerischen Schulen unterwegs ist.

Die anspruchsvolle Inszenierung von Amphitryon fand viele Freunde. Das beweist wieder einmal, dass es möglich ist, ein anspruchsvolles Kulturangebot auch „auf's flache Land“ zu schicken.

Noch im Verlauf dieses Jahres wird die Einladung von Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein an die niederbayerischen Gemeinden ergehen, sich für ein Gastspiel von KULTURmobil 2005 zu bewerben. Die Vorbereitungen für das Programm laufen bereits, und für die gleichbleibende Qualität bürgt die langjährige Erfahrung des Projektleiters Dr. Maximilian Seefelder, seiner Mitarbeiterinnen sowie der Tourneorganisatorin Maria Bruckbauer vom gleichnamigen Büro KulturBüro (Maria Bruckbauer).

Vorschau auf GZ 24

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 24, die am 16. Dezember erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ≪ Organisation, Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- ≪ Kommunalfinanzen
- ≪ Kommunale Baupolitik
- ≪ Garten- und Landschaftsbau • Dorferneuerung
- ≪ Kommunale Repräsentation